Ländlicher Raum

AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT E. V.

Interview

Prof. Dr. Harald Grethe
Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Holger Hennies
Präsident des Landvolks Niedersachsen

Schwerpunkt

Dorfläden

H 20781 | 72. Jahrgang | 02/2021 | www.asg-goe.de

Inhaltsverzeichnis

ASG

1 Editorial
2 ASG-Frühjahrstagung 2021 (Online-Veranstaltung): Digitalisierung in Landwirtschaft und ländlichen Räumen
7 ASG-Termine
8 ViveAge – Lebensabend im Dorf Angebote für Seniorinnen und Senioren auf landwirtschaftlichen Betrieben
12 Gemeinsame Sitzung von Kuratorium und Vorstand: Ministerin Barbara Otte-Kinast zum „Niedersächsischen Weg“

Agrarpolitik

13 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Die Unvollendete

Landwirtschaft

15 Interview mit Prof. Dr. Harald Grethe und Dr. Holger Hennies: Die notwendige Transformation der Landwirtschaft honorieren – das Borchert-Paket in Gänze umsetzen
18 Regenerative Landwirtschaft – neue Idee oder Revival?
22 Rentenbank: „Bioökonomie – mit der grünen Branche in eine neue Wirtschaft?“
23 Erste Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2020

Ländlicher Raum

26 Lernen am Modell – die Resilienz von ländlichen Gemeinschaften in Politik und Praxis der Landentwicklung stärken
30 Transnationale Zusammenarbeit: Neue Fördermöglichkeiten für Städte und Regionen
33 Mitten im Dorf: Feuerwehren im ländlichen Raum am Beispiel Bayerns und Nordrhein-Westfalens

Schwerpunkt Dorfläden

36 Dorfladen-Sterben und die Bürgerladen-Gegenbewegung ab 1994
37 Fördermöglichkeiten für die Nahversorgung in ländlichen Räumen
40 Dorfläden in Bayern – eine Erfolgsgeschichte
41 Warum Coworking zu Dorfläden passt
42 Dorfläden als Absatzmarkt regionaler Lebensmittel
43 Hybride Dorfläden: Stationär & digital – das Beste aus zwei Welten
45 MarktTreff (SH) und Neue Dorfmitte (MV): Soziale Faktoren mitten im Dorf
46 Dorfläden als Klimaschützer
47 Modell- und Demonstrationsvorhaben LandVersorgt: Von LebensMittelPunkten bis Lieferdrohnen
48 Drehscheibe Neuenkirchen: Multifunktionshaus schließt dörfliche Versorgungslücken

Personalien

50 Dr. Martin Wille 80 Jahre
50 Dr. Aloys Altmann 75 Jahre
50 Dr. Gerd Wesselmann 70 Jahre
50 Dr. Juliane Rumpf 65 Jahre

Lesetipps

51 Gutes Leben auf dem Land? Imaginationen und Projektionen vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart
51 Das Landleben. Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform
51 Zukunft Dorf. Dorfentwicklung in Niedersachsen

Aus der Forschung

52 Zukunftsfähige Konzepte zur Lebensmittelnahversorgung in Dörfern – eine sozial-empirische Analyse moderner Konzepte in Deutschland
52 Neue und innovative Formen der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte – Analyse und Erarbeitung von Handlungsempfehlungen
52 Ernährung 4.0: Wie nachhaltig sind digitale Plattformen zum Erwerb von Lebensmitteln?

Foto Titelseite: Dorfladen Farchant UG. Sofern keine Nachweise an den Fotos und Abbildungen stehen, wurden diese der Redaktion von den Autor*innen, Fotograf*innen und Verlagen überlassen oder stammen aus dem Bildarchiv der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Liebe Leserinnen und Leser,

Machen macht den Unterschied!

Wenn dieser Satz auf jemanden zutrifft, dann auf die vielen hoch motivierten und engagierten Akteur*innen, die Dorf- und Bürgerläden ins Leben rufen und am Leben halten. Beherzte Menschen wollen nicht nur etwas gegen die mangelnde Nahversorgung tun, sondern ihre Dörfer zu neuem Leben erwecken, indem sie ihre Dorfläden zu zentralen Treffpunkten machen.

„Den Laden um die Ecke“ wissen besonders die Menschen zu schätzen, die eingeschränkt mobil sind. Gerade für ältere Menschen ist die Möglichkeit der Begegnung und des Austausches von unschätzbarem Wert. Zunehmend sind es aber nicht nur mobil eingeschränkte Bevölkerungsgruppen, die von Dorfläden als Kundschaft gebunden werden können. Seit einigen Jahren erhalten neue Initiativen auch deshalb Aufwind, weil sie mit ihrem Angebot bei dem Wunsch der Menschen nach mehr regionalen Lebensmitteln ansetzen und dabei mit der Digitalisierung weitere Annehmlichkeiten bringen. Die daraus entstehenden Kooperationen sind eine Win-win-Situation für alle Beteiligten: die Landwirtschaft mit Direktvermarktung, die Dorfläden, die Kundschaft, die Gemeinschaft.

Vor allem in den Metropolen prägen digital gestützte Liefer- und Bringdienste im Foodbereich mehr und mehr das Stadtbild. Nicht nur einschlägige Einzelhandelsketten, sondern auch Start-ups sowie große Player im Online-Handel liefern Dinge des täglichen Bedarfs innerhalb kürzester Zeit nach Hause. Pizza- und Burgerbringdienste werden von Lieferangeboten der Gastroszene komplementiert.

Wie sehen dahingehende Entwicklungen in den ländlichen Räumen aus und was hat das mit der Dorfladenbewegung zu tun? Dies ist eine Frage, der wir uns noch stärker widmen sollten, um daraus Chancen abzuleiten, aber auch Risiken beispielsweise für die Umwelt (Verpackungsmüll, transportbedingte Emissionen) einzuschätzen. Dorfläden nutzen zunehmend die Digitalisierung, um ergänzend zum Bedienangebot kundenfreundlichere Öffnungszeiten bis hin zum 24/7-Markt anbieten zu können. Dazu, welche Perspektiven die Digitalisierung für die Nahversorgung in den ländlichen Räumen insgesamt bietet, gibt es bereits dank vieler Modellprojekte wichtige Erkenntnisse. Im Dreieck Mobilität, Digitalisierung und Regionalität können Dorfläden aus meiner Sicht nennenswert zum Klimaschutz beitragen und dieses Potenzial als Chance nutzen.

Eine Blaupause allerdings gibt es nicht. Jede Gemeinde hat ihre besonderen Herausforderungen und Ansprüche. Auch brauchen die ländlichen Räume andere Lösungen als die Stadt, welche ganz im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse einschließlich des Breitbandausbaus verwirklicht werden müssen.

Auch dort, wo der Markt es nicht schafft, dauerhaft tragende Angebote zu schaffen, sollte vor allem der Mensch in der Gemeinschaft im Vordergrund stehen. Wo zentrale Leistungen in der Daseinsvorsorge von Menschen ehrenamtlich erbracht werden müssen, hat der Staat besonders die Aufgabe, mit Förderprogrammen zu unterstützen. Denn hier gilt ebenso: Machen macht den Unterschied!

Jutta Kuhles

Präsidiumsmitglied Deutscher LandFrauenverband e.V.
und ASG-Vorstandsmitglied

ASG-Frühjahrstagung 2021 (Online-Veranstaltung):

Digitalisierung in Landwirtschaft und ländlichen Räumen Chancen – Risiken – Regelungsbedarf

Die Digitalisierung eröffne für Landwirtschaft und ländliche Räume gute Perspektiven, betonte Dr. Juliane Rumpf, Vorsitzende der ASG, bei der Eröffnung der Online-Frühjahrstagung der ASG mit großem Bezug zu Schleswig-Holstein. Veränderte Arbeitsbedingungen machten landwirtschaftliche Arbeitsplätze für junge Menschen attraktiver und neue Formen der Arbeit, z. B. in Coworking Spaces, böten ansässigen Betrieben neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Auch das gesellschaftliche Miteinander könne durch die Digitalisierung verbessert werden. Junge Menschen aus der Landwirtschaft seien in den sozialen Netzwerken aktiv und förderten damit auch in der Stadt das Verständnis für die Landwirtschaft.

Bei der Gestaltung der digitalen Transformation müsse immer gefragt werden, ob neue digitale Anwendungen dabei helfen würden, das Leben der Menschen wirtschaftlich und sozial zu verbessern, allen Menschen die gleiche Teilhabe zu ermöglichen und damit zu gleichwertigen Lebensverhältnissen beizutragen, betonte Dr. Sabine Sütterlin-Waack in ihrem Grußwort. Zentral sei die Frage, ob digitale Anwendungen die Demokratie stärkten oder die Macht bei Wenigen konzentrierten. Schleswig-Holstein sei beim Breitbandausbau an der Spitze unter den Flächenländern, auch beim Mobilfunk würden Fortschritte gemacht. Beides seien Voraussetzungen für digitale Anwendungen in Landwirtschaft und ländlichem Raum. Die technische Ausstattung von Dorfgemeinschaftshäusern und Coworking Spaces werde ebenfalls gefördert. Im ländlichen Raum würden neben Bundesmitteln auch die Fördermöglichkeiten der GAK genutzt. Ihr Ministerium sorge dafür, dass beim Ausbau der Infrastruktur kein Unterschied zwischen Stadt und Land gemacht werde, so die Ministerin.

„Mit Breitband bleiben die Dörfer konkurrenzfähig gegenüber den großen Zentren."

Dr. Sabine Sütterlin-Waack

Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein (MILIG)

Landwirtschaft der Zukunft mit KI, Robotik und Big Data

Ein großes Potenzial bei der Digitalisierung der Landwirtschaft liege in der kleinteiligen Steuerung von Prozessen, sowohl bei heterogenen Flächen als auch bei heterogenen Tiergruppen, so Prof'in Hessel. Mit Hilfe verschiedener Sensoren, z. B. von Satelliten oder Drohnen, könne der Bedarf an Dünge- oder Pflanzenschutzmitteln ermittelt werden, als Zukunftsvision bis hin zur Einzelpflanze. Schon heute seien in der Milchviehhaltung Systeme zur Brunst- oder Mastitis-Erkennung weit verbreitet.

„Digitale Vernetzung, Cloud Computing und KI ermöglichen die Entwicklung von Frühwarnsystemen, die es ermöglichen, Echtzeit-Entscheidungen zu treffen."

Prof´in Dr. Engel Friederike Hessel

Digitalisierungsbeauftragte des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Hessel benannte drei wichtige Bereiche der Digitalisierung in der Landwirtschaft: 1. die maschinenlesbare Verfügbarmachung von prozessrelevanten, validen Daten, 2. die Vernetzung von Daten unterschiedlicher Herkunft (Big Data) und 3. Entscheidungsmodelle sowie die Nutzung und Weiterentwicklung von Robotik und maschinellem Lernen (KI). Zu den Anwendungsfeldern gehörten z. B. die Effizienz der Arbeit, Transparenz in der Lieferkette sowie die Lebensmittelsicherheit. Die gesellschaftlichen Ansprüche bestimmten die Top Five der Förderung durch das BMEL: Ressourceneffizienz, Tierwohl, Verringerung des Pflanzenschutzes, Beratung und Bildung sowie den Emissionsschutz. Um die Praxistauglichkeit unterschiedlicher digitaler Techniken zu

testen, fördere das BMEL seit 2020 14 „Digitale Experimentierfelder“ auf landwirtschaftlichen Betrieben mit über 50 Mio. € innerhalb von drei Jahren. Hier seien auch kleine Start-ups beteiligt, die ihre Erfindungen im Austausch mit Landwirt*innen praxisnah weiterentwickeln könnten und gemeinsam den Wissenstransfer gewährleisteten.

Die digitale technologische Entwicklung in den „Grünen Branchen“ befinde sich in vollem Gang – so Arnd Spahn. Smart Farming, Automatisierung und Big Data hätten Einzug gehalten, digitale Endgeräte wie Smartphones, Tablets und Apps würden als Arbeitsmittel eingesetzt. E-Learning und computergestützte Unterweisungshilfen spielten in der beruflichen Bildung eine immer größere Rolle. Auch (teil-)autonome Maschinen würden zunehmend nachgefragt.

Gerade für die Berufsgenossenschaft eröffne die Digitalisierung große Chancen: Notruf-Systeme in der Forstwirtschaft, neue Lösungen im Bereich der Ergonomie und die stärkere Trennung von Mensch und Gefahrenstelle. Bei den Schutzausrüstungen werde es zu völlig neuartigen Entwicklungen kommen. Im Garten- und Landschaftsbau würden Tools wie das Building Information Modeling neue Kooperationsformen ermöglichen, was nicht nur zur Effizienzsteigerung beitrage, sondern auch das Image der Berufe steigern werde.

Als Risiken der Digitalisierung bezeichnete Spahn den Strukturwandel bis hin zur Betriebsaufgabe und der Vernichtung von Arbeitsplätzen. Auch die vielfache Überforderungen durch immer neue Anwendungen, die Reduzierung von Facharbeitertätigkeiten auf reine Überwachungsleistungen und Ausbildungsdefizite beim Umgang mit komplexen Maschinen seien problematische Entwicklungen. Zudem sei die Frage, wer die künftigen Normen und Standards setze, noch nicht beantwortet – in den USA seien das die Hersteller, so Spahn.

„Die Digitalisierung, von der wir hier sprechen, die Kombination von Robotik, KI und Big Data, ist eine disruptive Technik, die nichts mehr mit der Technik zu tun hat, die etwa bei einer Video-Konferenz genutzt wird“, stellte Prof. Franz-Theo Gottwald klar. Landwirtschaft werde zunehmend Teil der Industrie 4.0. Resultat sei ein von mehr oder weniger großen Firmen gesteuertes, vertikal integriertes Arbeiten in den ländlichen Räumen.

Alle Nutzenerwägungen bei Einsatz digitaler Technik in der Landwirtschaft müssten gegen mögliche soziale, ökonomische, ökologische und rechtliche Risiken abgewogen werden. Es stellten sich eine Reihe von Fragen: Wer soll haften, wenn durch fehlerhafte Software die Ernte vernichtet werde oder Agrarroboter gehackt werden, etwa aus Wettbewerbsinteressen? Gibt es ein bundesweit kommuniziertes Leitbild der digitalen Mündigkeit? Und was wird dafür getan, dass das auch die älteren Landwirt*innen einbezogen werden? Bei der Frage zu Nutzungsrechten an Daten müssten ein neues Rechtsverständnis entwickelt und auch die Versprechen der Business-Modelle für die Landwirtschaft – ihr gebt Daten und wir geben Rabatt – hinterfragt werden. Die Fähigkeiten der Präzisionslandwirtschaft würden zudem dazu führen, dass die gesetzlichen Anforderungen, z. B. hinsichtlich des Umweltschutzes, sich diesen Möglichkeiten anpassen würden. Nur diejenigen, die diese Technik einsetzten, würden künftig die strengeren gesetzlichen Anforderungen erfüllen können.

Auf die Digitalisierung als Ganzes lasse sich ein wesentliches sozialethisches Prinzip anwenden: das Gleichheitsprinzip. Es könne auf längere Sicht ein Digital Divide innerhalb der Gesellschaft entstehen, z. B. gäbe es immer noch Menschen in ländlichen Räumen, die in Funklöchern lebten, dem räumlichen Kennzeichen der „digitalen Spaltung“.

Meist werde über die Digitalisierung als technologischer Megatrend gesprochen, mit dem man zurechtkommen müsse, so Prof. Thomas Weith. Notwendig sei jedoch immer, den gesellschaftlichen und räumlichen Kontext zu betrachten. Es gehe um die Entwicklung einer „Wissensgesellschaft“ und nicht einer „Digital-Gesellschaft“. Gesellschaftliche Entwicklungen seien auch im Zusammenhang mit der Digitalisierung zu reflektieren, von Veränderungen der Mobilitätsmuster über multilokale Akteure bis zur demografischen Entwicklung. In der Forschung werde z. B. beobachtet, dass keine klaren funktionalen Trennungen zwischen Stadt und Land mehr bestünden. Allerdings sei eine flächendeckende Breitband-Verfügbarkeit (über 200 MB/s) in keinem Bundesland auch nur annähernd vorhanden und die fehlende digitale Souveränität großer Teile der Bevölkerung sei Realität.

Das ZALF sei an verschiedenen Projekten zur Entwicklung von integrativen Lösungsansätzen für Agrarsysteme beteiligt, die vom Bundesforschungsministerium gefördert würden. Das Projekt GreenGrass beschäftige sich mit Virtual Herding zur Stärkung der Grünlandwirtschaft. Es werde untersucht, wie mit Hilfe von Sensoren das Weideverhalten von Kühen gesteuert werden könne, um einerseits Zäune einzusparen und andererseits Biodiversitäts-Aspekte zu berücksichtigen. Bei DAKIS (Digital Agricultural Knowledge and Information System) würden ganz unterschiedliche Techniken eingesetzt, um vom Wasser- und Nährstoffbedarf über die Feinstaubbelastung in der Luft und Wetterdaten bis zur Biodiversität Daten zu erheben. Ziel sei ein Entscheidungsunterstützungssystem, das Ökosystemleistungen, Biodiversität und Ressourceneffizienz integriere und eine kleinteilige und diversifizierte Landbewirtschaftung ermögliche. Immer müsse auch auf den gesellschaftlichen Kontext vor Ort eingegangen und möglichst lokales Wissen integriert werden. Letzteres erweise sich jedoch oft als schwierig, da es sich meist um nach außen abgeschlossene Netzwerke handele, in denen Erfahrungen ausgetauscht würden.

Diskussion

Probleme beim Informationsaustausch und die fehlende Zusammenarbeit führten immer wieder dazu, dass digitale Anwendungen mehrfach entwickelt bzw. Förderprogramme nicht aufeinander abgestimmt würden. Konkurrenz herrsche sowohl zwischen unterschiedlichen Hochschulen und Forschungsinstituten als auch zwischen (Landes-) Ministerien, stellten mehrere Diskussionsteilnehmer*innen fest. Zudem fühlten sich Landwirt*innen zu wenig beteiligt. Ein grundsätzliches Problem sei, dass die positive Zukunftsvision, was die Digitalisierung der Landwirtschaft bringen solle, fehle. Weith äußerte die Hoffnung, dass der Green Deal der EU hier Impulse setzen werde.

Teilhabe der gesamten Gesellschaft durch Breitbandausbau, Bildung und Weiterbildung

Der Prozess der Digitalisierung sei lt. Dr. Stefan Ostrau eine politische Gestaltungsaufgabe mit der Möglichkeit, der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse näherzukommen. Die Bundesregierung habe mit ihrer Strategie zur digitalen Daseinsvorsorge und zur digitalen Wirtschaftsförderung die Grundlagen geschaffen; hinzu kämen die Digitalisierungsstrategien der Länder. Die Umsetzung müsse jedoch in den ländlichen Kreisen erfolgen. Konkret umfasse sie Aufgaben vom Aufbau der digitalen Infrastruktur bis zur Etablierung einer neuen Führungskultur. Im Kreis Lippe seien 14 Handlungsfelder identifiziert und z. B. für den Rettungsdienst und den ÖPNV, zur Starkregenprävention und zur Optimierung des landwirtschaftlichen Wegenetzes digitale Anwendungen entwickelt worden. Das Projekt Smart Countryside sei in Kooperation mit dem Kreis Höxter durchgeführt worden und basiere auf einem starken Partizipationsprozess von unten, den Dorfkonferenzen.

Handlungserfordernisse in technischer Hinsicht sah Ostrau in der Entwicklung von stärker serviceorientierten Lösungen, in standardisierten öffentlichen Verfahren und in der Vernetzung von Smart City-/Smart Country-Plattformen. Von politischer Seite wünsche er sich eine stärkere Nutzung der Digitalisierung bei der Daseinsvorsorge. Notwendig sei auch ein stärkerer Dialog und Wissenstransfer zwischen unterschiedlichen Akteuren und Profes-

Dr. Susanne v. Münchhausen
Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE), Moderatorin

„Es geht darum, vor Ort kommunikative Netzwerke zu bilden, Stärken und Schwächen zu fokussieren und einen „digitalen Instrumentenkasten“ zu entwickeln, der für die jeweilige Region passt.“

Dr. Stefan Ostrau
Digitalisierungsbeauftragter des Kreises Lippe (NRW)

„Wir müssen die Klein- und Kleinstbetriebe bei der Digitalisierung an die Hand nehmen, Großbetriebe haben ihre eigene Strategieabteilung.“

Dr. Volker Kotte
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

sionen. Sichere Datenräume würden eine neue Dimension interkommunaler Kooperation und Bürgerbeteiligung eröffnen. Eine solche vertrauenswürdige, souveräne Datenplattform für Europa könne durch das Projekt GAIA-X erreicht werden.

Befürchtungen, dass die Digitalisierung einen massiven Beschäftigungsabbau nach sich ziehen werde, seien Dr. Volker Kotte zufolge in Deutschland unbegründet. Auch wenn berufliche Tätigkeiten theoretisch substituierbar seien, würden viele weiterhin zeitweilig oder dauerhaft von Menschen ausgeführt werden. Hinsichtlich des technischen Potenzials würden 83 % der Tätigkeiten in der Fertigung als substituierbar angesehen werden, während dies in sozialen und Dienstleistungsberufen nur 13 % seien. Grundsätzlich gelte, je höher die Qualifikation, desto geringer die Ersetzbarkeit.

Digitalisierung schaffe auch Beschäftigung, allerdings könne sich die Digitalisierung regional sehr unterschiedlich auf das Arbeitsplatzangebot auswirken. Von einem Arbeitsplatzverlust seien Regionen mit hohem Industrieanteil besonders stark betroffen, also die Regionen, die heute wirtschaftlich stark seien.

Die Herausforderung bestehe vor allem in der Veränderung der Branchen-, Berufs- und Anforderungsstruktur. Einige Berufe würden aussterben, viele Berufe würden sich inhaltlich stark verändern. Der Bereich Bildung und Weiterbildung stelle deshalb die wichtigste Zukunftsaufgabe dar. Die Interaktion mit anderen Trends – demografischer Wandel, Fachkräftesituation, Internationalisierung der Wirtschaft oder die Energiewende – spiele bei der Entwicklung des Arbeitsmarktes eine große Rolle. Es müssten rechtliche, ethische und ökonomische Fragen jenseits der technischen Machbarkeit geklärt werden.

Expertentalk: Erfolgsmodell Schleswig-Holstein

Im Expertentalk erklärte Erk Westermann-Lammers, Vorsitzender des Vorstands Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH), die gute Entwicklung damit, dass in Schleswig-Holstein seit 2006 – mit

Expertentalk

Beginn des Breitbandausbaus – konsequent auf Glasfasernetze gesetzt worden sei, andere Technologien hätten keine Förderung erhalten. Ein weiterer Erfolgsfaktor seien die Akteure vor Ort – die in den Breitbandzweckverbänden für eine hohe Anschlussquote sorgten. Heute seien 53 % aller Haushalte an das Glasfasernetz angeschlossen, ohne durch Kupfer auf den letzten Metern Leistung zu verlieren. Das Netz selbst bleibe im Eigentum der Kommunen und werde an private Betreiber verpachtet.

Tobias Goldschmidt, Staatssekretär im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein, ergänzte, dass die zupackende Art und das Engagement der Kommunalwirtschaft zum Erfolg beitrügen – niemand verliere sich im „Klein-Klein". 2016 sei z. B. keine Schule an das Glasfasernetz angeschlossen worden. Das durch die Landesregierung beauftragte Vorhaben „Landesnetzausbau auf Glasfaserbasis" habe für Beschleunigung gesorgt. Inzwischen seien 74 % der Schulen angeschlossen und bis Ende dieses Jahres würden es 98 % sein. Dieser Erfolg basiere auch darauf, dass es einen parteiübergreifenden Konsens gäbe, die Digitalisierung voranzubringen und hierfür auch die Finanzierung sicherzustellen.

Auch für Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistages (DLT) und Landrat des Kreises Ostholstein, liegt der Erfolg an der guten Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Land. Auch das Breitbandkompetenzzentrum habe eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der 2013 verabschiedeten Breitbandstrategie gespielt. Diese habe das sehr ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2025 flächendeckend Glasfaseranschlüsse bis in die Haushalte zu gewährleisten. Die Digitalisierung für die gesamte Bevölkerung nutzbar zu machen und niemanden abzuhängen, sei dabei zentral. Es sei nicht vorstellbar, künftig Bildung ohne digitale Infrastruktur durchzuführen. Darüber hinaus würden die Schulen derzeit mit digitalen Endgeräten wie iPads etc. für alle ausgestattet. Ziel sei es, damit einen weiteren Schritt in Richtung gleichwertige Lebensverhältnisse zu gehen.

Westermann-Lammers ergänzte, dass durch die Digitalisierung nicht nur die Teilhabe in der gesamten Gesellschaft steige, sondern auch das Stadt-Land-Gefälle nahezu umgekehrt werde. Viele arbeiteten heute im Homeoffice und auch bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie habe es einen starken Schub durch die Digitalisierung gegeben. Insgesamt ermögliche die Digitalisierung unterschiedliche Lebensmodelle.

Harald Welzer sieht Chancen für ländliche Räume und Defizite bei der gesellschaftlichen Debatte

Als Folge der Pandemie beschreibt der Transformationsforscher Prof. Harald Welzer Chancen für die Aufwertung der ländlichen Räume. Gute Erfahrungen mit dem Homeoffice bei gleichzeitig hohen Miet- und Immobilienpreisen in den Städten könnten die Städte sowohl zum Wohnen wie zum Arbeiten unattraktiver machen und den Aufbau von Coworking Spaces im ländlichen Raum befördern. Cafés mit Mittagstisch würden bald folgen und damit das Dorf attraktiver machen. Umbrüche auf den regionalen Arbeitsmärkten durch die Digitalisierung und die immer stärker fühlbaren Auswirkungen des Klimawandels würden künftig „strukturschwache" nördliche Bundesländer für Menschen anziehender machen als viele süddeutsche Ballungsräume. Welzer rief dazu auf, eine höhere Sensibilität für das Unerwartete zu entwickeln. Umbrüche ließen sich nicht durch Extrapolationen aus der Gegenwart bewältigen.

Die Entwicklung der Digitalisierung sei im Wesentlichen technologie- und wirtschaftsgetrieben, kritisierte Welzer. Eine Digitalpolitik im eigentlichen Sinne gäbe es nicht, vorhanden sei eine heterogene Politik, die – je nach Ressorts und Hierarchieebenen – unterschiedlich verfahre. Es werde reaktiv gehandelt und die digitale Infrastruktur, eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, in private Hände gegeben. Wenn beispielsweise Vodafone von einem chinesischen Investor gekauft würde, entfalle auch noch die letzte Einflussmöglichkeit. Allerdings fehle auch die gesellschaftspolitische Debatte und damit die Politisierung der Digitalisierung; einzelne Ansätze, etwa in Zusammenhang mit der Snowden-Affäre, seien verpufft. Die KI-Werbeaussage „Daten sind der Rohstoff der Zukunft" werde nicht hinterfragt. Daten seien jedoch keine Rohstoffe, sondern bedürften der Rohstoffe. Rohstoff bleibe die Energie. Mit einem Positionspapier zur Bundestagswahl versuche der Rat für digitale Ökonomie die Diskussion neu anzustoßen.

Weite Teile der Nutzung von Daten widersprächen dem demokratischen Grundverständnis und dem aufgeklärten demokratischen Menschenbild, per definitionem seien demokratische Subjekte autonom urteilsfähige Subjekte, die keiner höheren Macht unterlägen. Wir alle hätten bisher die Vorstellung geteilt, niemand wisse mehr über uns, als wir selbst. Dies sei heute absolut unzutreffend. Mit dem Sicherheitsargument erfolge z. B. in modernen Autos eine

„Meine Hypothese ist, dass die Pandemiewirkungen weit nachhaltiger sind, als wir gegenwärtig erahnen. Historisch vergleichbare Ereignisse haben Wirkungen entfaltet, die Jahrzehnte später noch spürbar waren.“

Prof. Dr. Harald Welzer
Direktor von Futurzwei – Stiftung Zukunftsfähigkeit

vollständige Überwachung, die sich nicht abschalten ließe. Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus, wie die Harvard-Ökonomin Shoshana Zuboff es genannt habe, mache eine Re-Demokratisierung notwendig.

Diskussion

Politik könne nur gesellschaftliche Diskurse aufnehmen, die aus der Bürgergesellschaft an sie herangetragen würden, bestätigte Welzer die Einschätzung der ASG-Vorsitzenden Juliane Rumpf. Der Leidensdruck und damit der kritische Impuls sei anscheinend hinsichtlich der Digitalisierung nicht groß genug, vielleicht wegen subjektiver Vorteile oder aus Bequemlichkeit.

Für eine stärkere arbeitssoziologische Betrachtung der Digitalisierung der Arbeitswelt plädierte Christa Gotter, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO). Die Automatisierung betreffe immer nur Teilbereiche einer Tätigkeit, andere fielen weg, wie beim Einsatz des Melk-Roboters deutlich werde: Er registriere z. B. nicht den gesundheitlichen Zustand der Beine einer Kuh. Wenig erforscht sei zudem, wie es sich auf die Handlungsfähigkeit auswirke, wenn Menschen nur noch Überwachungsaufgaben hätten. Auch die produktiven Aspekte der sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz seien enorm wichtig, ergänzte Welzer. Er gehe jedoch davon aus, dass jede Rationalisierungschance genutzt werde. Ob dies jedoch für die Qualität der Arbeit und der Produkte förderlich sei, stehe auf einem anderen Blatt. Eine andere Meinung hierzu vertrat Arbeitsmarktforscher Kotte, der nochmals darauf hinwies, dass nicht jedes technische Potenzial auch genutzt werde, sondern der Markt hierüber entscheide. ■ Dagmar Babel

Die an beiden Nachmittagen der Tagung vorgestellten Praxisbeispiele finden Sie auf der ASG-Website unter: www.asg-goe.de/ASG-Fruehjahrstagung-2021.shtml.

ASG-Termine

VivAge – Lebensabend im Dorf

Angebote für Seniorinnen und Senioren auf landwirtschaftlichen Betrieben

Claudia Busch

Zwischen 2016 und 2019 widmete sich das Forschungsvorhaben Vivage den Chancen sozialer Dienstleistungen, z. B. Tagesstruktur- oder Wohnangeboten für Seniorinnen und Senioren, auf landwirtschaftlichen Betrieben. Die ASG war einer der Kooperationspartner im Vorhaben, aus dessen Ergebnissen vier Konzeptvorschläge entwickelt wurden.

Das Forschungsvorhaben wurde am Zukunftszentrum Holzminden-Höxter der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) durchgeführt. Nach einer Analyse der Ist-Situation in Deutschland und in fünf anderen europäischen Staaten inklusive der jeweiligen gesetzlichen Rahmen- und Förderbedingungen wurden acht Betriebe vertiefend untersucht. Neben einer Teilnehmenden Beobachtung wurden Interviews mit insgesamt 23 Senior*innen sowie den jeweiligen Landwirt*innen geführt. Fünf der Betriebe hatten ein Wohnangebot für ältere oder alte Menschen. Darunter waren zwei selbstverwaltete Hausgemeinschaften, eine Zimmervermietung mit zusätzlich buchbaren Services und zwei ambulant betreute Pflege-Wohngemeinschaften. Bei den anderen drei Betrieben handelte es sich um ein gartentherapeutisches Angebot, ein Freizeitangebot für Demenzkranke und einen Mittagstisch für Senior*innen im Dorf. Diese Auswahl zeigt die Bandbreite möglicher Formen. Bei Vivage war ausschlaggebend, dass sich die Angebote gezielt an ältere oder alte Menschen richteten und ein landwirtschaftlicher Betrieb angemeldet war. Obwohl die Kombination weiterhin als Nische zu bezeichnen ist, ist die Zahl entsprechender Angebote vor allem in den letzten zwei Jahren deutlich gewachsen und viele Anfragen zeigten ein großes Interesse an entsprechenden Konzepten.

Für die Analyse wurden drei Perspektiven mit je eigener Fragestellung eingenommen:

- Perspektive der Landwirt*innen: Wie können soziale Angebote wirtschaftlich rentabel gestaltet werden? Welche (bürokratischen) Hindernisse gibt es und welche Unterstützungs- oder Beratungsangebote brauchen Landwirt*innen?
- Perspektive der Senior*innen: Wie kann eine hohe Qualität der Dienstleistungen sichergestellt werden? Verleiht die Anbindung an einen landwirtschaftlichen Betrieb den Dienstleistungen eine Qualität, die an anderer Stelle nicht in dieser Ausformung erreicht werden kann?
- Perspektive der ländlichen Entwicklung und Daseinsvorsorge: Sind soziale Dienstleistungen auf landwirtschaftlichen Betrieben eine Möglichkeit, den Versorgungsbedarf älterer Dorfbewohner*innen zu decken?

Landwirtschaft ist für die Wohnortwahl nicht immer ausschlaggebend

In manchen Publikationen oder Filmen wird der Eindruck vermittelt, dass Angebote für Senior*innen auf landwirtschaftlichen Betrieben eine besondere Lebensqualität vermitteln. Im Forschungsvorhaben Vivage wurden die Interviewten befragt, wie ihr Standpunkt hierzu ist. Deutlich wurde, dass abgesehen von den beiden Hausgemeinschaften nicht die Verortung auf einem landwirtschaftlichen Betrieb ausschlaggebend für die Wahl des Angebots war. Menschen, die pflegebedürftig waren oder zumindest Unterstützung im Alltag brauchten, wählten eine Wohnmöglichkeit eher wegen der Nähe zu Angehörigen oder diese selbst wählten das Angebot für sie aus. Während einige die Verbindung mit dem landwirtschaftlichen Betrieb besonders schätzten, hielten andere sich von diesem fern. Insbesondere Menschen, die selbst auf einem Hof aufgewachsen waren, verbanden mit Landwirtschaft vor allem harte Arbeit und hatten als junge Erwachsene bewusst einen anderen Beruf gewählt. Das Motiv, wegen der Landwirtschaft ein Wohnangebot gewählt zu haben,

Claudia Busch

Zukunftszentrum Holzminden-Höxter (ZZHH), HAWK Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst, Hildesheim/Holzminden/Göttingen

claudia.busch@hawk.de
www.das-zukunftszentrum.de
www.vivage.de

fand sich überwiegend bei Senior*innen, die zuvor in einer größeren Stadt gelebt hatten.

Als positive Attribute der Landwirtschaft wurden vorrangig Elemente genannt, die auch in einem Hausgarten zu finden wären. Der Anblick von Obstbäumen und Zierpflanzen erfreute viele Interviewte. Einige waren selbst im Garten aktiv, halfen beim Kochen und einer in der Milchverarbeitung. Diese manuellen, haptischen Tätigkeiten wurden mit wenigen Ausnahmen maschinengebundenen landwirtschaftlichen Tätigkeiten wie der Ackerbewirtschaftung vorgezogen. Unterschiedliche Haltungen zeigten sich darin, dass beispielsweise eine interviewte Seniorin die vielen Geruchseindrücke auf dem Betrieb lobte, während eine andere meinte, dass ihr der Geruch angesichts der vielen Vorteile nichts ausmache.

Die Möglichkeit, Kontakte zu Tieren zu haben, war für viele Interviewte ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität. Aus tiertherapeutischen Ansätzen ist bekannt, wie wertvoll diese Kontakte sind, weil Tiere unmittelbar reagieren. Sie beurteilen nicht, wie es Menschen tun würden, ob jemand an Demenz erkrankt ist, arthritische Hände hat oder mit dem Rollator unterwegs ist. Darüber hinaus ermöglichen sie verschiedene Sinnesanreize, weil sie riechen, Laute von sich geben und sich anfassen lassen. Die Tierart, so zeigte das Forschungsvorhaben, ist gleichsam nachrangig. Haustiere wie Hunde und Katzen lassen sich eher berühren und sind menschlichen Kontakt auch gewohnt. Für Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die vor allem Aktivitäten beobachten, bieten aber auch Tierarten Abwechslung, die z. B. in einer Herde untereinander agieren.

Ein abwechslungsreicher Alltag kann ein weiteres Plus eines landwirtschaftlichen Betriebes sein: Lieferungen kommen auf den Hof, Kinder einer Landwirtsfamilie haben Besuch, das Heu muss vor dem nächsten Regen dringend eingebracht werden, der Traktor wird repariert, der Nachbar holt Eier etc. Diese „Lebendigkeit“ ist aber kein Alleinstellungsmerkmal landwirtschaftlicher Betriebe. Auch in einem handwerklichen Unternehmen oder einer Kultureinrichtung gäbe es viel zu beobachten.

Das soziale Miteinander ist für die Lebensqualität entscheidend

Als wesentliches Ergebnis im Forschungsvorhaben Vivage ist festzuhalten, dass der landwirtschaftliche Betrieb immer nur ein zusätzliches Plus sein kann. Entscheidend für die Lebensqualität der Senior*innen ist die Frage, wie mit ihnen umgegangen wird

Foto: A. Koch / Pixabay

und ob sie sich integriert fühlen. Menschen aller Altersstufen möchten in ihrer Individualität wertgeschätzt werden. Auch alte Menschen möchten als Erwachsene behandelt werden und selbstbestimmt leben. Sie haben in ihrer Biographie unterschiedliche Interessen entwickelt, die sie unabhängig von den Lebensjahren prägen. Die Gewissheit, sich einer Gruppe zugehörig fühlen zu dürfen, also nicht einsam zu sein, ist für sie wie für jüngere Menschen relevant. Gruppen entstehen jedoch nicht von selbst. Sie erneuern sich durch gemeinsame Aktivitäten und schöne Erlebnisse. Gerade die weniger Aktiven unter den alten Menschen sind deshalb darauf angewiesen, einbezogen zu werden. Auf den meisten im Forschungsvorhaben untersuchten Betrieben war dies selbstverständlich. Ein Betrieb fiel jedoch ein wenig aus der Reihe, wodurch die Relevanz der sozialen Beziehung besonders deutlich wurde. Hier fühlten sich Senior*innen oft als Störfaktor. Dieser Eindruck bestätigte sich im Interview mit der Person auf landwirtschaftlicher Seite, die sich wünschte, dass die Senior*innen mehr den landwirtschaftlichen Betrieb unterstützten als Aufmerksamkeit für andere Bedürfnisse zu fordern.

Wohnangebote werden auch im Dorf nachgefragt

Generell hoben die befragten Landwirt*innen die positiven Aspekte des Angebots hervor. Gerade die Betriebe mit Wohnangeboten hatten sich bewusst für ein solches Konzept entschieden, weil sie die Generation der Senior*innen als Bereicherung empfanden. Sie alle sind als Pionier*innen zu bezeichnen, die ein innovatives Konzept entwickelten, für das es noch kaum Vorbilder gab. Entsprechend schwierig war der Zugang zu Informationen und Beratung. Auch Behörden reagierten oft unsicher und mit unterschiedlichen Auflagen bei vergleichbaren Konzepten. Manche Probleme wurden eher durch gute Beziehungen zu politisch aktiven Menschen als durch eine fundierte Begründung gelöst. Was Höfe mit Wohnangeboten auch verband, waren die ersten Reaktionen der Umgebung. Oft hörten sie im Vorfeld, dass sich ein solches Angebot im ländlichen Raum nicht lohne. Die Erfahrungen zeigten hingegen, dass es eine hohe Nachfrage gab, sodass die Betriebe trotz geringem Werbeaufwand oft Wartelisten führen.

Ökonomisch erwiesen sich die Wohnangebote als rentabel. Teilweise führte dies dazu, dass die landwirtschaftliche Tätigkeit zugunsten der Vermietung zurückgefahren wurde, weil letztere mehr Zukunftsoptionen bot. Gleichzeitig ist die Vermietung eine gute Möglichkeit zur Umnutzung ehemals landwirtschaftlicher Gebäude oder nicht mehr benötigten Wohnraums, um somit Hofanlagen zu erhalten. Bei der reinen Kosten-Nutzen-Rechnung von Vermietungen erweist es sich jedoch als schwierig, die tatsächlich dafür aufgewendete Arbeitszeit zu beziffern. Je mehr Menschen auf einem Betrieb sind, desto häufiger gibt es kleine Begegnungen im Alltag, bei denen ein Gruß oder ein paar Worte gewechselt werden, Fragen gestellt oder Erlebnisse geteilt werden. Neben den Bewohner*innen kommen auch Angehörige auf den Betrieb, bei denen ein größeres Verständnis für die Landwirtschaft geweckt werden kann. Vermietungen an hochaltrige oder pflegebedürftige Menschen können zu einer höheren Fluktuation führen, weil Mieter*innen versterben. Hier gilt es, in einer sensiblen Art und Weise neue Nutzer*innen zu finden, die wiederum in das soziale Miteinander integriert werden müssen.

Landwirt*innen übernehmen keine Pflege – auch diese Fehlinformation mussten die Pionier*innen oft klarstellen. In ambulant betreuten Pflege-Wohngemeinschaften war ein Pflegedienst ständig vor Ort, bei anderen Wohnformen wurden Bewohner*innen – wie überall sonst auch – über mobile Pflegedienste versorgt. Die Nutzung der Räume durch Pflegebedürftige hing deutlich von dem vorhandenen Wohnraum ab. Mancherorts konnten unproblematisch breite Türen oder ein Aufzug eingebaut werden, während Räume im oberen Stockwerk eines alten Fachwerkhauses beispielsweise über einen Treppenlift erschlossen wurden. Die perfekt barrierefreie Einrichtung lässt sich kaum umsetzen, gleichzeitig ist mit der Neunutzung traditionellen Wohnraums oft eine besondere Wohlfühlatmosphäre verbunden. Es müssen also Kompromisse gefunden werden, die jedoch transparent kommuniziert werden können.

Anders als bei den Vermietungen, war eine Rentabilität bei den anderen Konzepten nicht zu erreichen. Das gartentherapeutische Angebot, das Freizeitangebot für Demenzkranke oder der Mittagstisch für Senior*innen im Dorf basierten auf freiwillig geleisteter Arbeitszeit, die nicht vollständig vergütet wurde. Ihren „Lohn“ bezogen die Landwirt*innen hierbei aus einer hohen Zufriedenheit mit der Tätigkeit oder aus der Möglichkeit, damit den Betrieb mit möglicherweise anderen Erwerbskombinationen wie Urlaub oder Direktvermarktung bekannter zu machen.

Alt ist nicht gleich alt

Wie schon die Stellungnahmen zur Landwirtschaft zeigten, sind alte Menschen sehr unterschiedliche Individuen, deren Ansprüche und Bedürfnisse entsprechend variieren. Teilweise, so zeigten viele Anfragen an das Vivage-Team, werden Konzepte für „junge“ Senior*innen gesprochen, ohne die längerfristige Entwicklung zu bedenken. In den Sozialwissenschaften wird diesbezüglich vom „Dritten“ und vom „Vierten“ Lebensalter gesprochen. Senior*innen, die gerade das Rentenalter erreicht haben und sich konstruktiv auf einem Hof einbringen möchten, sind eine andere Zielgruppe als Menschen, die durch altersbedingte Einschränkungen im Gelenkapparat oder den Sinneswahrnehmungen eingeschränkt sind. Wird ein Wohnkonzept mit 60- bis 70-Jährigen gestartet, die sich einen Platz für ihren Lebensabend suchen, ist die Frage, wie auf deren veränderte Ansprüche 20 Jahre später reagiert werden kann. Senior*innen im Vierten Lebensalter, auch als Hochaltrige bezeichnet, sind körperlich weniger aktiv und können vor allem Tätigkeiten anderer beobachten. Sie müssen mit dem Verlust von Fähigkeiten umgehen lernen und möchten sich gleichzeitig weiterhin zugehörig fühlen. Die Praxis zeigte, dass nicht alle möglichen Verläufe im Vorhinein bedacht werden können oder sollten. Auch unter den Bewoh-

ner*innen entstehen soziale Bindungen, die zur gegenseitigen Unterstützung und Hilfe führen. Wichtig für die Konzeptplanung ist die Überlegung, dass Altern weitergeht. Betriebe, die Möglichkeiten zur Mitarbeit in der Landwirtschaft eröffneten, mussten zudem lernen, dass auch die fitteren Senior*innen überwiegend keine verbindlichen Tätigkeiten übernehmen, sondern die Freiräume der Rente nach den Pflichten der Erwerbsarbeit genießen möchten.

Angebote für Senior*innen fördern neue Netzwerke

Deutlich wurde bei den vertieft analysierten Betrieben, dass die Angebote auch Effekte auf die Umgebung haben. Wie bei dem bereits o. g. größeren Verständnis führt eine höhere Zahl von Besucher*innen auch zu mehr Aufmerksamkeit für die Landwirtschaft insgesamt oder zu weiteren Erwerbskombinationen. Auch konnten soziale Netzwerke in die Umgebung erweitert werden, weil Senior*innen in örtlichen Gruppen aktiv wurden oder selbst Hoffführungen anboten. Positive Effekte zeigten sich beispielsweise in einer ambulant betreuten Pflege-Wohngemeinschaft, die mobile Dienstleistungen wie Friseurin oder Fußpfleger auf den Betrieb holte oder auch Raum für kulturelle Veranstaltungen schuf. Über geteilte Nutzungen können so andere Dorfbewohner*innen profitieren. Das im Forschungsvorhaben untersuchte Mittagstischkonzept bot Raum für Kommunikation und führte so – das ist aus anderen Projekten in der ländlichen Entwicklung bekannt – zu neuen Initiativen im Ort.

Website Vivage bietet verschiedene Materialien

Weitere Ergebnisse des Forschungsvorhabens können hier nicht umfassend dargestellt werden. Der vergleichende Blick auf unterschiedliche Staaten zeigte beispielsweise, wie weitreichend sich verschiedene Leitvorstellungen zu Altenhilfe und Pflege in Gesetzestexten und Förderbedingungen niederschlagen. Dies ist im Schlussbericht beschrieben, der ebenso wie weitere Materialien auf der Website www.vivage.de eingestellt ist. Hier finden sich auch Vorschläge für vier Konzepte, die sich an unterschiedliche Zielgruppen von Senior*innen richten. Sie greifen das auf, was in der Praxis bereits vorgefunden wurde und ergänzen es um die Ergebnisse, die im Forschungsvorhaben generiert wurden: den Eintopftreff, das Bauernhof-Zimmer, die Pflege-WG auf dem Land, die Tagespflege auf dem Bauernhof. Zu jedem Konzept wird ein Umsetzungsleitfaden erstellt, der für „Das Bauernhof-Zimmer – ein Vermietungskonzept mit Serviceangeboten“ – bereits fertig ist und ebenfalls zum Download bereitsteht. Gesetzliche Grundlagen, mit denen ein solches Konzept in Berührung kommt oder kommen könnte, sind für den Referenzraum Niedersachsen aufgearbeitet und auf der Website in Form sog. „Steckbriefe“ von A wie Altenhilfe bis W wie Wohnen und Betreuen veröffentlicht. ■

In der ersten Folge der Podcast-Serie Land.Schafft.Wissen. präsentiert das ZZHH die Ergebnisse von VivAge unter:

www.das-zukunftszentrum.de/forschung/publikationen/podcasts/

Der Niedersächsische Weg – Maßnahmenpaket für den Natur-, Arten- und Gewässerschutz

Um ein Volksbegehren zur Artenvielfalt wie in Bayern zu vermeiden, hätten die Niedersächsische Landesregierung, das Landvolk Niedersachsen, die Landwirtschaftskammer, der NABU und der BUND Anfang 2020 Gespräche über Natur-, Arten- und Gewässerschutz aufgenommen, so Barbara Otte-Kinast, Niedersächsische Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und ASG-Kuratoriumsmitglied. Anlässlich der gemeinsamen Sitzung von ASG-Kuratorium und Vorstand (online) am 2. Juni 2021 berichtete sie darüber, wie der Austausch über einen gemeinsamen Weg zunächst bei Treffen im sehr kleinen Kreis stattgefunden habe.

Foto: ML/ Timo Jaworr

In diesem Kreis seien gemeinsam Ziele erarbeitet worden, zu denen u. a. gehöre, dass Waldmoore nicht mehr entwässert werden dürften, bis 2023 ein Biotopverbund auf 15 % der Landesfläche geschaffen werde, in dem schon bestehende Landschaftselemente wie Fließgewässer einschließlich ihrer Ufer, Weg- und Feldraine sowie Hecken, Feldgehölze, Alleen und Baumreihen einbezogen werden, auf Gewässerrandstreifen nicht mehr gedüngt und keine Pflanzenschutzmittel ausgebracht werden dürften und der Ökolandbau bis 2030 auf 15 % der Fläche ausgedehnt werde. Diese und weitere Themen seien in einen Rahmenvertrag gemündet, der von den beteiligten Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz sowie durch den Ministerpräsidenten Stephan Weil im Mai 2020 unterzeichnet worden sei.

Gemeinsam mit entsprechenden Expert*innen seien die einzelnen Themen im Hinblick auf die Ausarbeitung neuer Gesetze intensiv in Arbeitsgruppen bearbeitet worden. Insgesamt sei der gesamte Prozess für alle Beteiligte nicht einfach gewesen, denn problematische Situationen habe es nicht nur zwischen Landwirtschaft und Naturschutz, sondern beispielsweise auch in Bezug auf das Thema Landesforsten gegeben. Besonders schwer sei der Landesregierung gefallen, 1 000 ha Wirtschaftswald im Solling als Wildnis auszuweisen. Dies sei auch in ihrem eigenen Haus nicht einfach zu kommunizieren gewesen. Im Dezember 2020 seien dann die für den Niedersächsischen Weg notwendigen Gesetze im Landtag einstimmig verabschiedet worden.

Das bedeute auch, dass die Landesregierung für die Umsetzung der zahlreichen konkreten Schritte und zum Ausgleich wirtschaftlicher Nachteile erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellen müsse. Beispielsweise würden Gewässerrandstreifen über eine Erhöhung der Wasserentnahmegebühr und die Förderung des Ökolandbaus aus GAP-Mitteln finanziert. Darüber hinaus würden mit Landesmitteln bis 2022 drei weitere Ökomodellregionen sowie eine Biodiversitätsberatung (1 Mio. €) eingerichtet werden. Zur Finanzierung von Managementmaßnahmen für Natura 2000-Gebiete würden in den nächsten drei Jahren jeweils zusätzlich 30 Mio. € aus dem Landeshaushalt bereitgestellt.

Am Niedersächsischen Weg, in dem die Landwirt*innen Teil der Lösung seien, werde weiter gearbeitet, beispielsweise wie der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduziert und der Ökolandbau ausgebaut werden könne. Gleichzeitig könne er schon jetzt eine Blaupause für andere Bundesländer und Regionen sein, alle Beteiligten an den Tisch zu holen, zu streiten, aber auch Ziele konstruktiv weiterzuentwickeln. So gäbe es schon eine Zusammenarbeit mit Katalonien und der Bretagne, die sehr an den hier erarbeiteten Lösungen interessiert seien. Auch das Saarland und andere Bundesländer hätten Interesse gezeigt. Ein Plan für ganz Deutschland sei ihrer Ansicht nach nicht notwendig, weil die Bundesländer von den natürlichen Gegebenheiten und den Akteuren her sehr unterschiedlich seien.

In der anschließenden Diskussion auf die wichtigsten Punkte im Prozess angesprochen, führte die Ministerin selbstkritisch an, dass weitere Organisationen und Personen frühzeitiger hätten beteiligt werden müssen. Das Wichtigste seien darüber hinaus Kommunikation und Geduld sowie der Umgang auf Augenhöhe miteinander. ■ Ines Fahning

Neues von der agrarpolitischen Bühne:

Die Unvollendete

Über eine Ministerin zwischen Bewahren und Verändern, Ankündigen und Umsetzen, Vorangehen und Zögern

Start

Das Bundeslandwirtschaftsministerium und sein Spitzenpersonal – eine lange Geschichte von Versuch und Irrtum, Aufstieg und Fall, Krisen und Konzepten, Erwartungen und Enttäuschungen, ein Gemälde mit viel Schwarz auf überwiegend weißblauem Grund, mit grellem grün und verblassendem Rot. Allein dieses Jahrtausend hatte bereits einiges zu bieten. Auf Renate Künast, die Unverträgliche, die manches an- und viele vor den Kopf gestoßen hatte, folgte Horst Seehofer, der Unterforderte, der nach ungemütlichen Künast-Jahren die Gemüter beruhigte, nichts anbrennen ließ und das Ministeramt dazu nutzte, den Sprung auf den seinerzeit bedenklich bröckelnden bayerischen Regierungsgipfel zu machen. Nach Ilse Aigner, der Unterschätzten, die sich Zeit ihres Amtes energisch, aber vergeblich gegen den Ruf der „Seehofer-Sekretärin“ wehrte, kam Parteifreund Hans-Peter Friedrich, der Unverrichtete. Dessen rascher Rückzug nach euphorischem Einzug machte die Bühne frei für Christian Schmidt, den Unpassenden. Der hatte zuvor in Nebenrollen reussieren, in der Hauptrolle jedoch weder Mitspieler noch Publikum erwärmen können. Nach ihm war’s erst einmal vorbei mit der CSU-Regentschaft in einem Ministerium, das politisch allenfalls kleine Ernten verspricht, aber große Mühen bereitet beim Beackern der steinigen Felder und dem Zufriedenstellen der Erwartungen beiderseits der nach wie vor tiefen Gräben.

Herzblut

Niemand wird behaupten, Julia Klöckner habe nicht gewusst, worauf sie sich einließ, als sie das Bundeslandwirtschaftsministerium im April 2018 übernahm. Immerhin war sie als einstige Praktikantin unter dem letzten CDU-Ressortchef Jochen Borchert und spätere kurzzeitige Parlamentarische Staatssekretärin mit den Risiken und Nebenwirkungen in dem Ministerium vertraut. Die Umstände für ein erfolgreiches Wirken schienen günstig. Zwar waren bei Amtsantritt die Wunden vom Scheitern Jamaikas frisch, der Groll auf die Liberalen groß und die Vorfreude auf vier weitere Jahre Zwangsehe mit den Sozialdemokraten gedämpft. Dass es Klöckner dennoch gelang, bei ihren ersten ministeriellen Auftritten Begeisterung bei Freund zu wecken und mindestens Anerkennung bei Feind zu finden, hatte nicht nur mit dem Zauber zu tun, der dem Neuanfang nach den nüchternen Vorjahren innewohnte. Noch mehr nährte die engagierte Winzertochter auf der einen Seite die Einschätzung, endlich mal eine von uns, die unsere Anliegen versteht und umsetzen wird. Auf der anderen Seite keimte die Hoffnung, dass der angenehm frische Wind das Agrarschiff flugs auf einen neuen, längst überfälligen Kurs bringen werde. Bestätigung fanden beide Seiten in der von Klöckner vorgelegten 100-Tage-Bilanz, die zu anderen Zeiten mindestens in Umfang und Vielfalt für einen Tätigkeitsnachweis einer ganzen Legislaturperiode gereicht hätte.

Ernüchterung

Dass der Höhenflug nicht andauern würde, war ebenso klar wie vorhersehbar. Dazu beigetragen hat auch Hausgemachtes, wenn auch nicht von Klöckner selbst. Man denke nur an die Düngeverordnung. An der hatten sich seit drei Jahrzehnten Landwirtschaftsminister in Bonn und Berlin vergeblich versucht. Zuletzt hatte sich die unter Unionsführung und gewohnt bremsender Mitwirkung des Bauernverbandes beschlossene Novelle als unzureichend erwiesen. Die hatte das oberste europäische Gericht gewogen, für zu leicht befunden und der gänzlich unbeteiligten Ministerin Klöckner zur Nacharbeit vor die Füße geworfen. Die erzwungene Verschärfung mit wenig praktikablen und noch weniger erklärbaren Detailregelungen hatte der Klöckner-freundlichen Stimmung einen gehörigen Dämpfer verliehen. Die mühsam erreichte Neuregelung war ein Auslöser der Welle von Bauerndemonstrationen, die 2019 begonnen hat und seither immer wieder mal über’s Land schwappt. Dass sich die Ministerin weggeduckt hätte, lässt sich allerdings nicht behaupten. Standhafte Auftritte auf großen, aber auch kleineren Kundgebungen und klare Ansagen in Wortgefechten mit überaus kritisch eingestellten Geistern, teilweise unter zweifelhafter Fahne, nötigen Beobachtern Respekt für die kämpferische Politikerin ab. Dies gilt umso mehr, als Unterstützung aus ihrer Bundestagsfraktion im Streit um die Düngeverordnung, aber auch sonstige unangenehme Themen wie Insektenschutz oft nicht nur ausblieb, sondern sich teilweise ins Gegenteil verkehrte. An anderer Stelle läuft das unter Friendly Fire, und das ist bekanntermaßen besonders unangenehm.

Stückwerk

Ohnehin sind die Arbeitsgruppe Landwirtschaft und interessierte Abgeordnete in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion völlig unverdächtig, ein Hort der agrarpolitischen Innovation zu sein. Probleme

werden tendenziell weniger durch vorausschauende Politik als nachreichende Fördermillionen gelöst. Jüngstes Beispiel ist das von Klöckner und ihrer Kabinettskollegin Schulze gemeinsam auf den Weg gebrachte – aber nicht gemeinsam vertretene – und mittlerweile vom Bundestag beschlossene Insektenschutzpaket. Die darin vorgesehenen Bewirtschaftungseinschränkungen finden in der Landwirtschaft ähnlich Anklang wie einzelne Maßnahmen der Düngeverordnung. Hier wie da soll von Klöckner und den Unionsagrariern erstrittenes frisches Geld dafür sorgen, dass betroffene Landwirte Verständnis für die Zumutungen entwickeln, die der unerlässliche Schutz des Grundwassers und der Insekten ihnen aufbürdet. Dafür gibt es gute Gründe. Dennoch wirkt das Verfahren der nachträglichen Schmerzlinderung durch mühsam mobilisierte Millionen weder überzeugend, noch schafft es bei Landwirten Vertrauen, das für die gemeinhin als notwendig erachtete Neuausrichtung der Landwirtschaft unerlässlich ist. Das seit Jahrzehnten in der Agrarpolitik praktizierte Fahren auf Sicht entpuppt sich zunehmend als teure Sackgasse.

Zögerlichkeit

Wie es auch anders gehen könnte, zeigt der von der Borchert-Kommission empfohlene Umbau der Tierhaltung. Klöckner weist zu Recht bei jeder Gelegenheit darauf hin, dass sie es war, die das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung unter Leitung des früheren Bundeslandwirtschaftsministers mit der Lizenz zum Masterplan eingesetzt hat. Nicht von der Hand zu weisen ist allerdings auch, dass es einiger Überzeugung und erklärender Gespräche der Kompetenznetzwerker bedurfte, bis die zunächst zögerliche CDU-Politikerin den Empfehlungen den notwendigen politischen Rückhalt gegeben und dies der geneigten Öffentlichkeit auch kundgetan hat. Mittlerweile ist die Machbarkeit des Konzepts ebenso gutachterlich bestätigt wie die Beherrschbarkeit der damit einhergehenden Folgen. Zwar wirbt die Ministerin seither unermüdlich und eindringlich bei Parlamentariern und Parteien für das Vorhaben. Allerdings ist die Zeit so weit fortgeschritten, dass wahlkämpfenden Abgeordneten eine Entscheidung über ein milliardenschweres Konzept kaum mehr zuzumuten ist. Dass sie auch anders kann, hatte Klöckner im Übrigen zu Beginn der Corona-Pandemie im vergangenen Jahr gezeigt. Ihr vehementes Eintreten für eine Einreiseregelung zugunsten der dringend benötigten ausländischen Saisonarbeitskräfte war zu diesem Zeitpunkt nicht nur mutig, sondern auch mit einem hohen politischen Risiko verbunden. Heute zeigt sich, dass die Infektionsschutzmaßnahmen gewirkt haben. Aber wer konnte das damals wissen?

Systemwechsel

Nicht wissen konnte Klöckner, dass unter ihrem Vorsitz eine Einigung der europäischen Agrarminister auf eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik erreicht werden würde. Zu weit auseinander lagen die Positionen, zu gegensätzlich waren die Interessen, zu übermächtig die Besitzstandswahrer in den Mitgliedstaaten. Das Ziel, die Weichen einer im Kern überholten und kaum mehr zu rechtfertigenden Agrarpolitik endlich neu zu stellen, schien ähnlich greifbar wie eine Annullierung des Brexits. Dass Klöckner trotz schwieriger Begleitumstände es dennoch schaffte, einen Kompromiss zu schmieden, wenn auch auf Kosten noch größerer nationaler Gestaltungsspielräume, ist ihr Verdienst und hat ihr zumindest in Brüssel Anerkennung gebracht. In Deutschland funktionierten hingegen die bekannten Reflexe: Den einen gingen die Vereinbarungen mal wieder zu weit, die anderen empfanden den von der Ministerin proklamierten „Systemwechsel“ als anmaßend und Irreführung der Bevölkerung. Wie so oft bei nicht vollends gefüllten Gläsern kommt es wahrscheinlich drauf an.

Klarheit

Nachdem die Länder im Ringen um die nationale Umsetzung der GAP erfolgreich für eine weitere Eingrünung der Agrarpolitik auf Betreiben der Grünen gefochten haben, zeichnet sich immer deutlicher ab, dass die letzte Stunde der Direktzahlungen zur Einkommensstützung zwar nicht geschlagen, aber zumindest eingeläutet ist. In der übernächsten Förderperiode nach 2027 dürfte deren Schicksal besiegelt werden. Klöckner hat die überaus kühne Prognose gewagt, dass sich die GAP weiter verändern werde. Dies gelte für das Zwei-Säulen-Modell ebenso wie für die Direktzahlungen und die Honorierung der Gemeinwohlleistungen. Das gehe aber nicht per Knopfdruck. Recht hat sie. Nachdem jedoch seit mindestens einem Vierteljahrhundert über den Sinn und vor allem Unsinn von Direktzahlungen diskutiert wird, der Schalter spätestens mit dieser Reform umgelegt und der „Systemwechsel“ zumindest eingeleitet ist, wäre Klarheit und Wahrheit in der politischen Zielsetzung angebracht. Landwirte, die Allgemeinheit und nicht zuletzt die Steuerzahler sollten schon erfahren, wann und wie tief der Knopf spätestens gedrückt werden sollte.

Zukunft

Vieles hat Klöckner in den vergangenen dreieinhalb Jahren angesprochen, angekündigt und angeschoben. Interessant wird sein, was am Ende hinten rauskommt, um einmal mehr einen rheinland-pfälzischen Landsmann der Ministerin zu bemühen. Ob sie die Gelegenheit bekommt, ihre Ansätze zu Ende zu bringen, und wenn ja, wie und wie viele, wird sich zeigen. Ist dies nicht der Fall, könnte sie in die Agrarannalen eingehen als Julia Klöckner, die Unvollendete. ■ *Rainer Münch*

Prof. Dr. Harald Grethe

Die notwendige Transformation der Landwirtschaft honorieren – das Borchert-Paket in Gänze umsetzen

Prof. Dr. Harald Grethe, Humboldt-Universität zu Berlin, und der Präsident des Landvolks Niedersachsen, Dr. Holger Hennies, über den Umbau der Landwirtschaft, die Nichtumsetzung der Empfehlungen der Borchert-Kommission, die Zukunft der Nutztierhaltung sowie Klimaschutz, insbesondere die Wiedervernässung von Mooren

Dr. Holger Hennies

Herr Hennies, die Landwirtschaft steht vor der größten Transformation seit Jahrzehnten, wenn nicht gar ihrer Geschichte – heißt es oft in agrarpolitischen Diskussionen. Teilen Sie die Einschätzung?

Hennies: Als Landwirt kann ich sagen, dass wir uns in einem permanenten Transformationsprozess befinden. Der Einsatz moderner Technik, der nicht nur einer höheren Produktivität dient, sondern zunehmend auch dem Verbraucher-, dem Tier- und dem Umweltschutz, die Themenkomplexe Züchtung und Effizienzsteigerung, Tiergesundheit, Rückgang bzw. Halbierung des Antibiotikaverbrauchs. Und – ja, es gibt große Transformationsherausforderungen. Aber nicht alles, was sich hinter dem Stichwort „Transformation“ versteckt, ist gut begründet.

Die Landwirtschaft als Getriebene – stimmt das Bild?

Hennies: Zurzeit fühlen sich viele Landwirte getrieben von wenig fundierten Forderungen nach einer anderen Landwirtschaft, der vielbeschworenen „Agrarwende“, die aus Praxissicht weder absehbar besser für die Umwelt, noch für die Tiere und auch nicht für die Landwirte selbst sind. Unsere Landwirte wollen nicht am Markt vorbei wirtschaften und ihre Betriebe sehenden Auges an die Wand fahren.Dazu sind sie mittlerweile viel zu sehr Unternehmer geworden.

Wie kommt die Landwirtschaft von einer Rolle als Getriebene hin zur aktiven Gestaltung?

Hennies: Der Niedersächsische Weg hat gezeigt, dass es funktioniert, wenn Landwirte proaktiv auf die Landesregierung zugehen und die Erarbeitung eines gesellschaftlichen Konsenses über die Förderung von Biodiversität fordern und mitgestalten. Das kann auch anderswo funktionieren: Landwirte sitzen dann als gleichberechtigte Partner am Tisch, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Es müssen klare Ziele formuliert und dann gemeinsam abgewogen werden, was nachhaltig ist. Ernährungssicherung und landwirtschaftliche Einkommen dürfen dabei nicht unter den Tisch fallen.

Herr Grethe, was sind aus Ihrer Sicht Grundvoraussetzungen, dass der Umbau der Landwirtschaft nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg erfolgt, sondern sie „mitgenommen“ werden?

Grethe: Die Gesellschaft darf die notwendige Transformation nicht nur fordern, sondern muss die von der Landwirtschaft erbrachten Leistungen auch honorieren. Und die Landwirtschaft muss sich auch „mitnehmen lassen“: Die Einkommens- und Teilhabemöglichkeiten sollten nicht ausgeschlagen werden: Landwirtinnen und Landwirte werden zunehmend auch zu Klimawirt*innen, Biodiversitätswirt*innen, Landschaftswirt*innen und Tierwohlwirt*innen. Wer sonst soll das denn machen? Beide Seiten haben viel zu gewinnen.

Die Politikrelevanz der Agrarwissenschaft und insbesondere der Agrarökonomie hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Ein Beispiel ist das Tierhaltungsgutachten des Wissenschaftlichen Beirats und dessen teilweise Umsetzung im Borchert-Konzept. Was folgt daraus für Ihre Arbeit?

Grethe: Ich wäre etwas vorsichtiger: Die Borchert-Kommission setzt ja nicht um. Es ist ein Riesenschritt, dass so unterschiedliche Akteure wie die Mitglieder der Borchert-Kommission Anfang 2020 nach weniger als einem Jahr Arbeit einstimmig Empfehlungen vorgelegt haben. Aber inzwischen befinden wir uns in 2021 – und auch nach vorgelegter Machbarkeitsstudie und Folgenabschätzung bringt die Politik nicht die Kraft auf, zu gestalten, sondern verliert sich im einsetzenden Wahlkampf. Wenn derart breit getragene Empfehlungen nicht umgesetzt werden, werden Expert*innen- und Stakeholderkommissionen zu Feigenblättern der eigenen Gestaltungsverweigerung.

Herr Hennies, das Verhältnis von landwirtschaftlicher Interessenvertretung und Agrarwissenschaft war in der Vergangenheit distanziert, um es vorsichtig auszudrücken. Woran lag das?

Hennies: Vielleicht hat es damit zu tun, dass sich die Landwirte nicht immer ausreichend mitgenommen fühlten, wie beim Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats zur Zukunft der Nutztierhaltung. Vieles wirkt auf die Berufskollegen sehr praxisfern, z. B. beim Ringelschwanz – das Kupieren war aus Sicht der Landwirte über Jahrzehnte hinweg aktiver Tierschutz, ein kleiner Eingriff mit großer Schutzwirkung. Zudem hat es in der Agrarökonomie in den letzten 20 Jahren einen deutlichen Richtungswechsel gegeben: War es in den 90er und 2000er Jahren die Weltmarktorientierung, so stehen jetzt Tierwohl, Biodiversität und Klimaschutz im Fokus.

Herr Grethe, Klimaschutz wird immer mehr zum zentralen Thema in der Politik. Was bedeutet das für die künftige Gestaltung der Agrarpolitik?

Grethe: 1. Symbolpolitik wird nicht ausreichen. Wir werden an den drei großen Hebeln ansetzen müssen: Deutliche Verbesserung der Stickstoffeffizienz, Verringerung von Konsum und Produktion tierischer Produkte, weitgehende Wiedervernässung heute landwirtschaftlich genutzter Moore und Anmoore. 2. Klimaschutz muss als Querschnittsthema in der gesamten Agrarpolitik mitgedacht werden. 3. Es ergeben sich große Chancen für die Landwirtschaft, mit Leistungen für den Klimaschutz auch Einkommen erzielen zu können.

Herr Hennies, ist die Bedeutung des Themas Klimaschutz auf den Höfen angekommen?

Hennies: Ja! Nach drei Trockenjahren wissen alle Landwirte, dass Veränderungen stattfinden müssen. Und sie wollen und können auch dazu beitragen. Das muss aber so gestaltet werden, dass die Landwirte dabei weiter wirtschaftlich arbeiten können. Es hilft nichts, wenn die Erzeugung ins Ausland abwandert.

Was muss die berufsständische Interessenvertretung leisten, um beim Klimaschutz nicht in die Defensive zu geraten, sondern mitzugestalten?

Hennies: Sie muss anstehende Entscheidungen vorhersehen, sich einbringen und Prozesse vorantreiben und dann eine Vermittlerrolle übernehmen zwischen Wissenschaft, Berufsstand und Politik, darüber hinaus auch noch in die Gesellschaft hinein.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, welche Bedingungen muss eine Strategie zur Klimaneutralität erfüllen, um bei Landwirtinnen und Landwirten Zustimmung zu finden?

Hennies: 1. Berücksichtigen, dass Land- und Forstwirtschaft nicht nur emittieren, sondern auch CO_2 binden können und dass Verlagerungseffekte vermieden werden müssen, 2. für die Landwirtschaft umsetzbare Maßnahmenpakete definieren, 3. hinreichend lange Übergangszeiträume bieten, 4. den im Sektor Tätigen Einkommensperspektiven in der Landwirtschaft bieten und 5. mit Maßnahmen in anderen Sektoren abgestimmt sein, so dass insgesamt eine faire Lastenverteilung stattfindet. Wir brauchen eine klimaeffiziente Landwirtschaft und keine pauschale Extensivierung.

Herr Grethe, sind diese Forderungen legitim?

Grethe: Ja.

Eine weitgehende Reduzierung der Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft bis 2045 komme einem „großen politischen, ökonomischen und rechtlichen Kraftakt“ gleich, heißt es in Ihrer Studie zum Klimaschutz. Was bedeutet das?

Grethe: Die Entwässerung der Moore in den letzten Jahrhunderten war eine Kulturleistung. Jetzt innerhalb von 25 Jahren wiederzuvernässen, greift tief in Nutzungs- und Eigentumsrechte sowie berufliche Perspektiven von Bewohner*innen von Moorgebieten ein. Für die Nutztierhaltung gilt: Auf der Nachfrageseite brauchen wir einen Kulturwandel, der deutlich geringere Mengen beinhaltet, aber tierische Produkte nicht diskreditiert. Auf der Angebotsseite muss ein wesentlicher Teil der Wertschöpfung und damit der Einkommen in der tierischen Produktion durch eine höhere Wertschöpfung pro Produkteinheit und durch andere Produkte ersetzt werden.

Herr Hennies, „Die Gesellschaft honoriert die Landwirtschaft für die Erbringung von Gemeinwohlleistungen, Umweltschutz, Klimaschutz, Tierschutz“, heißt es in der Klimastudie zu einem notwendigen Grundkonsens über eine Neuausrichtung der Agrar- und Ernährungspolitik. Hehre Worte oder realistische Perspektive?

Hennies: Das sollte die realistische Perspektive sein. Aber sowohl bei der GAP-Reform als auch beim Aktionsprogramm Insektenschutz erleben wir das Gegenteil: Die Landwirte, die schon Naturschutz betreiben, werden dafür mit zusätzlichen Auflagen oder finanziellen Sanktionen bestraft. Das ist für den Natur- und Klimaschutz ein verheerendes Signal.

Eine wesentliche Stellschraube für mehr Klimaschutz ist eine Reduzierung des Konsums von tierischen Produkten. Was sagen Sie dazu als Bauernpräsident in der Veredlungshochburg Niedersachsen?

Hennies: Natürlich sind Überlegungen, die tierische Erzeugung zurückzufahren, ein Ansatz hin zu mehr Klimaschutz. Auch die Verteilung der Tiere in Deutschland und Niedersachsen spielt in der Diskussion eine Rolle. Wir treten als Landvolkverband für eine Arbeitsteilung und Spezialisierung der Betriebe ein, auch in der Tierhaltung. Am Ende des Tages muss die Nährstoffbilanz stimmen. Wenn wir uns in Niedersachsen die Nährstoffberichte der vergangenen Jahre anschauen, können wir erkennen, dass durch Maßnahmen auf den Betrieben und die überregionale Verbringung von Nährstoffen ausgeglichene Bilanzen möglich sind.

Was ist für die Landwirtschaft wichtig, wenn es zur Reduzierung der Produktionsmengen der tierischen Erzeugung kommt?

Hennies: Wir brauchen dann mehr Wertschöpfung pro Produkteinheit. Dafür sehen wir im Borchert-Plan gute Ansätze, weil hier höhere Leistungen der Landwirte mit einem Preisschild versehen werden. Trotzdem haben wir große Sorgen, bei der Umsetzung des Borchert-Modells in Deutschland über kurz oder lang zwar eine besonders tierfreundliche, aber international nicht wettbewerbsfähige Tierhaltung zu haben. Wenn die Förderung wegfällt, werden wir vom Markt gefegt.

Grethe: Ich verstehe die Sorge von Herrn Hennies. Deswegen ist es so wichtig, dass staatliche Tierwohlzahlungen langfristig verlässlich sind: Wenn wir ein hohes Tierwohlniveau wollen, werden wir dafür dauerhaft zahlen müssen.

Herr Hennies, eine Wiedervernässung von Mooren birgt ein erhebliches CO_2-Minderungspotenzial. Bei diesem Thema geht es nicht zuletzt um Fragen des Eigentums und damit ans Eingemachte. Wie muss eine Moorschutzstrategie ausgestaltet werden, damit sie von Landwirten mitgetragen werden kann?

Hennies: Wir brauchen 1. politischen Konsens, dass den Menschen und Regionen, die sich in der Vergangenheit im gesellschaftlichen Auftrag der landwirtschaftlichen Nutzung von Moorböden gestellt haben, jetzt wirtschaftlich tragfähige Umstrukturierungschancen geboten werden müssen, 2. eine Potenzialanalyse der Moorstandorte für die THG-Minimierung und 3. die Schaffung einer „Gemeinschaftsaufgabe Moorschutz“, über die der Bund den Ländern eine Kofinanzierung zur Verfügung stellt.

Herr Grethe, Sie schlagen eine weitgehende Wiedervernässung der gegenwärtigen Moorflächen bis 2045 vor. Geht das allein mit Geld und guten Worten?

Grethe: Nein. Es braucht einen Mix von politischen Instrumenten. Zu Beginn sollten Anreizsysteme, die auf Freiwilligkeit setzen, im Vordergrund stehen. Frühzeitig handelnde Pionier*innen müssen bessergestellt werden als diejenigen, die sich erst spät bewegen. Neben der Freiwilligkeit müssen Planungs- und Ordnungsrecht bis 2045 an Bedeutung gewinnen und die Besteuerung von verbleibenden Emissionen in Aussicht gestellt werden.

Was muss man sich unter einer „nassen Nutzung“ von Moorflächen vorstellen?

Grethe: Wasserspiegel auf Flurhöhe. Viele denken dann an „Naturschutz“. Aber eine Nutzung ist sowohl volkswirtschaftlich interessant, wie auch eine Möglichkeit, heutige Nutzer*innen und Bewohner*innen von Moorstandorten für die Wiedervernässung zu gewinnen. Es sollte deutlich stärker als bisher in Pilotprojekte für den nassen Anbau von Biomasse investiert werden. Auch Freiflächenphotovoltaik auf wiedervernässten Flächen wäre ideal: ein Beitrag zur Energiewende, eine hohe Wertschöpfung, geringe Flächennutzungskonflikte und eine gute Kombinierbarkeit mit anderen Nachhaltigkeitszielen wie Biodiversität.

Herr Grethe, Herr Hennies, was ist die wichtigste agrarpolitische Aufgabe, die die nächste Bundesregierung anpacken muss?

Hennies: Sie muss das Borchert-Paket in Gänze umsetzen und wir brauchen dringend eine rationale, global gedachte Klimapolitik. Bei der Förderung von Diversität in der Agrarlandschaft brauchen wir neue kollektive Konzepte, die die Landwirte für Biodiversität begeistern, statt sie zu bestrafen. Außerdem muss die Düngeverordnung von 2020 zeitnah geändert werden.

Grethe: Einverstanden. Außerdem Reduzierung von Konsum und Produktion tierischer Produkte einleiten, Moorschutzstrategie mit Wiedervernässung von 80 % der LF beschließen, einzelbetriebliche Nährstoffbilanzierung engagiert umsetzen und europäische Allianzen für eine stärker an Nachhaltigkeitszielen orientierte GAP ab 2027 schmieden. ■ Rainer Münch

Regenerative Landwirtschaft – neue Idee oder Revival?

Dr. Andrea Beste und Marianne Landzettel

In den letzten Jahren geistern neben Ökolandbau und Biolandbau immer mehr Umschreibungen für „nachhaltige Landwirtschaft“ durch die Medien und Fachtexte. Eine davon ist „Regenerative Landwirtschaft“, ein System, das dem Ökolandbau ähnlich ist, sich aber in einigen Punkten auch deutlich unterscheiden kann.

Die älteste Bewegung für nachhaltige Landwirtschaft in Europa: Ökolandbau

Die ersten ökologischen Landbauaktivitäten entstanden in Europa mit der „Lebensreform-Bewegung“[1] (Williams 2017) nach dem ersten Weltkrieg (1914–1918), die sich gegen Urbanisierung und Industrialisierung wandte. Ziel war die Rückkehr zu einer naturgemäßen Lebensweise. Daraus ergab sich die Besinnung auf den Bodenaufbau mit Produktionstechniken wie Düngung mit organischen Abfällen, Kompostierung, Gründüngung mit Mischkulturen und Bodenbedeckung, schonende Bodenbearbeitung, Nährstoffersatz durch die Rückführung städtischer Abfälle und Fäkalien sowie durch Gesteinsmehle.

Schon damals waren es aber auch Probleme wie Bodenverdichtung, Bodenmüdigkeit, mindere Saatgutqualität und Zunahme von Pflanzenkrankheiten und Schädlingsbefall, die zu einem Umdenken führten. Mit dem „Landwirtschaftlichen Kurs“ während eines mehrtägigen Seminars 1924, der auf diese Probleme einging, begründete Rudolf Steiner (1861–1925) die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise. Der organisch-biologische Landbau, aus dem der „Bioland-Verband“ hervorging, wurde in der Schweiz von Hans Müller (1891–1988) und seiner Frau Maria (1894–1969) sowie dem Arzt und Mikrobiologen Hans Peter Rusch (1906 – 1977) entwickelt. In England waren es 1939 Lady Eve Balfour und Albert Howard (und in den USA 1941 J.I. Rodale), die in eine ähnliche Richtung dachten (Beste 2019). 1972 wurde dann die „International Federation of Organic Agriculture Movements“, kurz IFOAM gegründet. 1975 war sie bereits auf 50 Mitglieder aus 17 Ländern angewachsen. Aktuell zählt IFOAM 157 Mitglieder aus 127 Ländern[2].

Die Prinzipien von damals haben sich bewährt …

Inzwischen belegen hunderte von internationalen, nationalen und regionalen Vergleichsstudien die vorteilhaften Effekte der Prinzipien des Ökolandbaus in allen Bereichen, die für eine nachhaltige Landwirtschaft stehen (eine kleine Auswahl: Lampkin 1994, Pimentel et al. 2005, Badgley et al. 2007, Reganold und Wachter 2016, Sanders et al. 2019; s. Abb.).

Regenerative Landwirtschaft – eine US-Bewegung

Bei einem internationalen Treffen in Costa Rica 2015 kamen Klimaaktivist*innen mit der Öko-Landbauszene zusammen, um eine internationale Bewegung zu gründen, deren Ziel es ist, die globale Erwärmung umzukehren und den Hunger in der Welt zu beenden, indem sie den globalen Übergang zu einer regenerativen Landwirtschaft erleichtern und beschleunigen.

Die Ziele ähneln denjenigen der ersten Öko-Pioniere in Europa ziemlich genau, legen aber einen deutlichen Schwerpunkt auf den Kampf gegen den Klimawandel, der damals ja noch nicht Thema war[3]. Schaut man nach den vor allem US-amerikanisch

Foto: privat

Dr. Andrea Beste

Büro für Bodenschutz & Ökologische Agrarkultur. Analyse, Beratung, Fortbildung, Mainz

www.gesunde-erde.net

Marianne Landzettel

Agrarjournalistin, London

M.Landzettel@phonecoop.coop

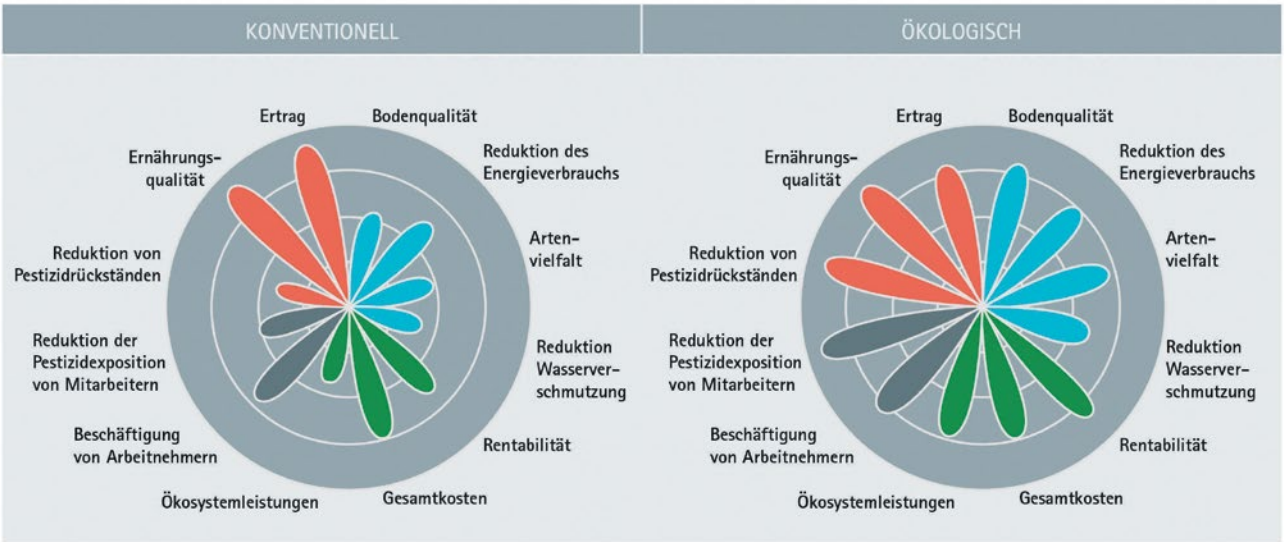
Foto: M. Kunz

[1] www.geschichte-lernen.net/die-lebensreformbewegung-und-gesellschaftlich-kulturelle-hintergruende

[2] www.ifoam.bio

[3] www.regenerationinternational.org/about-us

Abbildung: Vergleich konventionelle und ökologische Landwirtschaft



Quelle: Reganold und Wachter 2016

beeinflussten Wurzeln für den Begriff „regenerative Landwirtschaft“, heißt es bei Christen et al. (2010): „Als Regenerative Landwirtschaft wird ein Ansatz in der Landwirtschaft bezeichnet, der Pestizide und Kunstdünger ablehnt und dabei die Regeneration des Mutterbodens, die Biodiversität und den Kreislauf des Wassers verbessern soll.“ Das entspricht fast deckungsgleich den internationalen IFOAM-Prinzipien des ökologischen Landbaus. Ausgehend vom Rodale Institut wird seit 2018 auch ein Zertifizierungsstandard mit verbindlichen Standards für die USA diskutiert, der den ökologischen Landbau zur Grundlage hat[4].

Warum dann „regenerativ“ und nicht „öko“?

Mais- und Soja-Monokulturen werden über die „Farm Bill“ in den USA staatlich subventioniert. Nach ihrer Einführung Mitte der 1990er Jahre sind heute über 90 % des Saatguts gentechnisch verändert und können auch während der Wachstumsperiode mit Pestiziden behandelt werden. Daher sind die durch industrielle Landwirtschaft geschaffenen Probleme besonders deutlich. Viele Beikräuter und Schädlinge haben längst multiple Resistenzen entwickelt. Der Verlust an Bodenfruchtbarkeit lässt sich auch durch den stetig steigenden Einsatz von synthetischem Dünger nicht mehr ausgleichen. Es gibt zwar in den USA auch einen gesetzlich geregelten Ökolandbau, gefördert wird diese Art von Landwirtschaft aber nicht, im Gegenteil: Überall treffen die US-amerikanischen Landwirt*innen auf Gegenwind und strukturelle Schwierigkeiten. Auch eine flächendeckende Beratung, wie man sie in vielen europäischen Ländern kennt, die bei der Umstellung und speziellen Fragen hilft, gibt es nicht – Lobbyist*innen der Agrarchemieindustrie wissen das zu verhindern. Bioland-wirt*innen sind auf wenige private Leuchtturm-Forschungsstätten zum Ökolandbau wie z. B. das oben erwähnte Rodale Institute angewiesen. Dafür gibt es inzwischen eine stetig wachsende Gruppe von Landwirt*innen, die über regenerative Praktiken (daher der Name) wie Zwischenfrüchte, Direktsaat und langjährige Fruchtfolgen versuchen, die Bodenfruchtbarkeit wiederherzustellen. Der (weitgehende) Verzicht auf Pestizide und synthetische Dünger senkt die Inputkosten und macht die Betriebe rentabel. Die Methoden ähneln denen, die Biobauern und -bäuerinnen in Europa in den 1980er Jahren wiederentdeckten. Inzwischen hat jedoch die Bodenforschung große Fortschritte gemacht und die regenerativen Landwirt*innen in den USA wissen um Bodenbiologie und tauschen in einem informellen Netzwerk, das auch einige Universitäten und Expert*innen wie die Australierin Christine Jones einschließt, Informationen aus, helfen und beraten sich gegenseitig und betreiben Feldforschung. Regenerative Landwirtschaft zu praktizieren ist dennoch risikoreich. Der Großteil der Agrarförderung für Betriebe läuft in den USA über Ernteversicherungen und diese haben, unter Einfluss der Agrarindustrie, Auflagen in den Verträgen stehen, die beispielsweise die Nutzung von gentechnisch verändertem Saatgut oder das Totspritzen von Zwischenfrüchten vorschreiben. Kann man das nicht nachweisen, verliert man den Anspruch auf Auszahlung im Schadensfall.

[4] www.fastcompany.com/40541750/regenerative-organic-certification-wants-to-be-the-ethical-label-to-rule-them-all

Durch den Mangel an staatlicher Förderung, Beratung und der fehlenden Infrastruktur ist die Umstellung auf Ökolandbau in den USA ein ungleich höheres Risiko als in Europa. Auch Ökoverarbeitung und -vermarktung ist in dem von globalen Food-Playern beherrschten Markt extrem schwierig, denn auch diese werden in den USA nicht separat gefördert. Regenerativ arbeitende und Ökolandwirt*innen in den USA kämpfen mit ähnlichen Problemen und setzen größtenteils auf dieselben landwirtschaftlichen Methoden. Der größte Unterschied besteht beim Kampf gegen Unkraut: Während Ökolandwirt*innen keine Herbizide einsetzen und dafür gelegentlich pflügen, haben regenerative Landwirt*innen ihre Pflüge ausgemustert, greifen aber aufgrund des dann höheren Unkrautdrucks auf Herbizide zurück. Und immer mehr Landwirt*innen arbeiten ökologisch, lassen sich aber nicht zertifizieren. In vielen stadtfernen Gegenden der USA ist es kaum möglich, nur über den Absatz der höherpreisigen Produkte die Ökobewirtschaftung abzusichern. Das ist ein Grund, warum man andere Begriffe nutzt, um das was man tut, zu umschreiben (Landzettel 2020).

Europa: Guter Ansatz mit Gefahr zum Greenwashing

In Deutschland nennt man den regenerativen Ansatz ganz im Sinne von Christine Jones auch „aufbauende Landwirtschaft“ und meint, damit noch ein bisschen weiter zu gehen als der Ökolandbau[5]. Allerdings wird dies oft nicht als Verbesserungsoption innerhalb des Ökolandbaus kommuniziert, sondern durchaus konkurrierend dazu. Häufig wird die Grenze zur konventionellen Bewirtschaftung nicht klar gezogen, weil man auch konventionelle Praktiker*innen mit einbeziehen will, die sich für den Bodenaufbau engagieren wollen.

Der Begriff „regenerative Landwirtschaft“ ist bisher nicht geschützt. Es gibt auch keine wissenschaftliche Definition oder ein internationales oder nationales Markenlabel. Das hat einen großen Nachteil: Diese Ungenauigkeit in der Definition lädt zu (meist politisch motiviertem) Greenwashing ein.

In Deutschland hat man häufig das Gefühl, der Begriff „regenerative Landwirtschaft“ stünde neben dem Begriff „agrarökologisch“ in einem Wettbewerb zum Ökolandbau. Doch während die Begriffe „ökologisch“ (sowie „bio-“ oder „öko-“) in Europa, bzw. „organic“ weltweit, geschützt sind, sind es die Bezeichnungen „agrarökologisch“ oder „regenerativ“ nicht. Auf europäischer Ebene und global ist zu beobachten, dass nicht nur Konzerne, sondern auch Entscheidungsträger*innen immer wieder auf Begriffe wie „regenerativ“ oder „agrarökologisch“ ausweichen, wenn sie nachprüfbare Änderungen des Systems

Regenerative Landwirtschaft in Nebraska, USA: Galloways auf dem biozertifizierten Betrieb von Kevin Fulton. Der größte Teil des Betriebs besteht aus erhaltenen oder neu angelegten Präriegrasflächen. Fulton baut in mehrjährigen Rotationen auch Mais und Soja an. Vor der Aussaat werden die vorhandenen Zwischenfrüchte von den Rindern abgeweidet.

[5] www.amazingcarbon.com/PDF/JONES-RecogniseRelateInnovate.pdf

und daher die explizite Nennung des Ökolandbaus vermeiden wollen, denn dieser ist eindeutig definiert und lässt keinen Interpretationsspielraum zu.

Die Gefahr dieses Greenwashings zeigt ein Beispiel sehr anschaulich: Auf dem Klimagipfel in New York im September 2019 gründeten 19 Weltkonzerne eine Koalition für „alternative farming practices", sie nennen sie OP2B, „One Planet Business for Biodiversity". Initiiert wurde dieser Zusammenschluss von Danone. Daneben sind u. a. die Kellogg Company, L'Oreal, Mars, Nestlé, Unilever und Yara Mitglieder der Koalition. Doch das Wort Ökolandbau fällt kein einziges Mal. Dafür wird der Begriff „regenerative agriculture" als Basisbegriff eingeführt. Das hat Gründe: Zertifizierte Bioprodukte sind teurer und passen für die meisten hier versammelten Konzerne ganz und gar nicht in ihr Business-Konzept, denn für manche würde das Konzept des Ökolandbaus das eigene Geschäftsmodell unterminieren. Man nehme nur einmal Yara, den weltweit größten Produzenten und Händler für Mineraldünger. Ökolandbau ist für diesen Konzern eine ernste Bedrohung seiner Absatzzahlen.

Frischer Wind im Ökolandbau….

In Europa ergibt es eigentlich nicht viel Sinn, außerhalb des Ökolandbaus „agrarökologisch" oder „regenerativ" zu produzieren und zu vermarkten, wenn man nachhaltige Landwirtschaft betreiben will, denn bei der „ökologischen" Bewirtschaftung halten alle dieselben Grundregeln ein, man bekommt Fördergelder, hat (in vielen europäischen Ländern) eine professionelle Beratung, etablierte und kontrollierte Märkte mit steigender Nachfrage und – was besonders wichtig ist – man ist den Konsument*innen gegenüber transparent und gegenüber der Konkurrenz abgesichert. Außerdem vermeidet man „Trittbrettfahrer*innen" und Pseudoproduktion.

In Europa kann es die Bewegung, die Politik und die Forschung für eine konsequent nachhaltige Landwirtschaft sogar schwächen, wenn ökologische Strömungen unnötig miteinander konkurrieren. Denn dann öffnet man den Kräften in der Politik, die nur rhetorisch „ökologisieren" und Fördermittel umleiten wollen, Tür und Tor.

Für erste Schritte hin zu einer bodenaufbauenden Landwirtschaft sind Praktiken der „regenerativen Landwirtschaft" in Europa und in den USA auch für konventionelle Betriebe sinnvoll – nicht als vermarktbares Label, aber über die Senkung der Inputkosten (weniger bis keine Herbizide, kein synthetischer Dünger). Bis zur Biozertifizierung ist es dann oft nur noch ein kleiner Schritt.

Jedoch könnten die Ideen auch frischen Wind in die Ökoszene bringen, denn beim Ökolandbau gibt es durchaus noch Luft nach oben. Gerade die Systeme Permakultur, Agroforst, intensive Mischkulturen oder integrierte Feld-Wald-Weidewirtschaft, die auch z. T. in der „regenerativen Landwirtschaft" praktiziert werden, besitzen großes Potenzial zur Entwicklung ertragreicher Öko-Agrar-Systeme bei zunehmendem Humusaufbau (Beste 2018). Diese könnten darüber hinaus einen deutlich höheren Kalorien-Output pro Fläche erzeugen als die aktuell üblichen Anbausysteme im europäischen Ökolandbau – und das kombiniert mit Klimaschutz- und Klimaanpassungsvorteilen sowie Ressourcenschutz. Dafür wäre mehr Forschung in dieser Richtung notwendig. In Europa fließen aber nur 2,3 % der Agrarforschungsmittel in ökologisch orientierte Agrarforschungsfelder (Beck und Cuoco 2014, Stand 2014).

Es ist an der Zeit, den europäischen Ökolandbau und seine Anbausysteme weiterzuentwickeln. Die Netzwerke zur „regenerativen Landwirtschaft", aber auch die der Agrarökologie (deren Entwicklung wiederum eine ganz andere Geschichte zugrunde liegt; Beste 2019) bieten vielversprechende Potenziale hierfür. Sie stellen die richtigen Fragen und bieten Lösungen, die den Ökolandbau deutlich verbessern könnten. Sie sollten diese allerdings nicht in Konkurrenz zum Ökolandbau entwickeln und platzieren, sondern als konstruktiven Input. Davon würden alle profitieren.

Vielleicht haben wir noch 10 Jahre.

US-amerikanische Bauern gehen neue Wege im Kampf gegen die Folgen der Klimakrise.

Reisebericht. ABL Bauernblatt Verlag 2020, Hardcover, 320 S., ISBN 978-3-930413-68-3, 22,00 €.

Literatur zu diesem Artikel finden Sie unter: www.asg-goe.de/pdf/LR0221-Literatur-Beste-Landzettel.pdf

Rentenbank:

„Bioökonomie – mit der grünen Branche in eine neue Wirtschaft?“

Foto: Rentenbank, Fotograf: Robert Lichtenberg

Touchscreens aus Zucker

Eierschalen als Energiespeicher

Foto: Rentenbank, Fotograf: Robert Lichtenberg

Naturkautschuk aus Löwenzahn

Foto: Rentenbank, Fotograf: Robert Lichtenberg

Im Geschäftsbericht für 2020 hat die Rentenbank das Thema Bioökonomie aufgegriffen. Verschiedene Anwendungsmöglichkeiten des bioökonomischen Erfindungsreichtums in der postfossilen Wirtschaft werden im Text und in der Bilderserie „Helden der Bioökonomie“ gezeigt. Die in surrealen Fotomontagen dargestellten „Helden“ überraschen und faszinieren.

Die Bioökonomie ist ein Modell des Wirtschaftens, das auf der nachhaltigen Nutzung biologischer Ressourcen beruht, um Lebensmittel, Energie und Industriegüter zu produzieren. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Nutzung biologischer Abfälle, Reststoffe und Nebenprodukte. So soll der Übergang zu einer biobasierten Wirtschaft unsere Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen verringern und mehr Nachhaltigkeit erreichen sowie zum Klima- und Umweltschutz beitragen. Die Land- und Forstwirtschaft nimmt in der Bioökonomie eine Schlüsselrolle ein. Ihre Rolle als Lieferant von Biomasse ist für andere Industrien und Wirtschaftszweige entscheidend. In den letzten Jahren ist die Bioökonomie sowohl national als auch international zu einem Schwerpunkt des politischen, wirtschaftlichen und technologischen Interesses geworden.

Anwendung findet die Bioökonomie z. B.

- in der Land- und Forstwirtschaft u. a. in der Produktion von Kunststoffen aus sog. **„Flüssigholz“**, welches aus verschiedenen Bestandteilen natürlichen Holzes hergestellt werden kann. Flüssigholz ist nicht erdölbasiert, beliebig formbar, widerstandsfähiger als Holz und vielfach recycelbar.
- durch die Nutzung von **Eierschalen als Energiespeicher**. Aus fein zermahlenen Eierschalen können kostengünstig Lithium-Ionen-Kondensatoren gebaut werden. Durch eine hohe Energiedichte und schnelle Auf- und Entladung sind sie besonders attraktiv in der Elektromobilität. Da Eierschalen in großen Mengen in der Lebensmittel- und Pharmaindustrie anfallen, könnte hiermit ein Beitrag zur Energiewende geleistet werden.
- in **Touchscreens aus Zucker**. Aus biobasiertem Kunststoff lassen sich Touchscreens herstellen, die besonders hitzebeständig und stoßfest sind. Grundlage ist ein Isosorbit, welches chemisch aus Zucker hergestellt wird. Aufgrund des besonders widerstandsfähigen Materials ist auch eine längere Lebensdauer möglich.

Die Bioökonomie liefert insgesamt wichtige Denkanstöße mit einem Fokus auf technischen Innovationen, die Umweltschutz und ökonomische Anforderungen effizient miteinander verbinden.

Rentenbank

Weitere Informationen und Beispiele sind zu finden unter:
www.rentenbank.de/ueber-uns/publikationen/geschaeftsberichte/

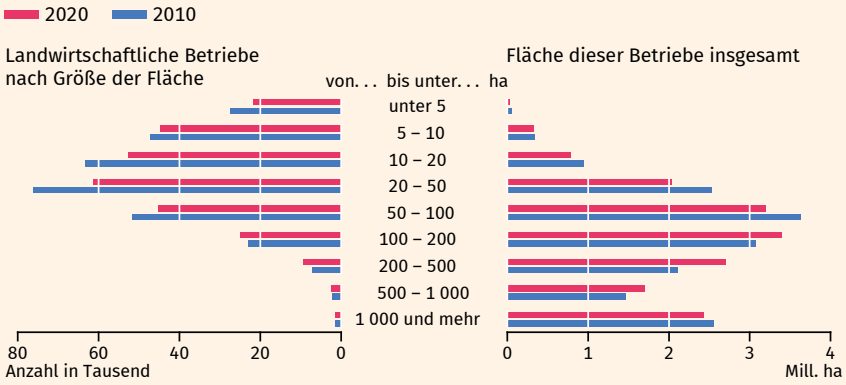
Erste Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2020

Im Februar 2020 startete die Erhebung der Landwirtschaftszählung 2020. Zum ersten Mal seit 2010 haben die rund 265 000 Landwirt*innen in Deutschland wieder Auskunft über ihre Betriebe gegeben. Da die Erhebungszeiträume und Erhebungsstichtage der Landwirtschaftszählung 2020 am 1. März 2020 oder davor lagen, bilden die Ergebnisse dieser Erhebung keine Auswirkungen der Corona-Pandemie ab, wie z. B. Kapazitätsengpässe in Schlachtbetrieben und Probleme bei der Beschaffung von Saisonarbeitskräften.[1]

Strukturwandel in der Landwirtschaft hält an: Zahl der Betriebe geht weiter zurück, durchschnittliche Größe der Betriebe steigt

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland ist weiterhin rückläufig. So reduzierte sich deren Zahl seit der vorangegangenen Landwirtschaftszählung 2010 um 35 600 auf etwa 263 500 Betriebe (-12 %). Diesem fortlaufenden Rückgang der Betriebszahlen steht ein Anstieg der durchschnittlichen Betriebsgröße entgegen, von durchschnittlich 56 ha Fläche 2010 auf etwa 63 ha 2020. Die landwirtschaftlich genutzte Gesamtfläche in Deutschland hat sich im Vergleich zu 2010 um 89 700 ha (1 %) auf 16 614 400 ha im Jahr 2020 verringert.

Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Diese grundlegende Entwicklung hin zu weniger und größeren Betrieben lässt sich an der Größenklassenstruktur der Betriebe ablesen. Nach wie vor bewirtschaftet mit 86 % der überwiegende Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe eine Fläche von maximal 100 ha. Gegenüber 2010 nahm ihre Zahl um gut 40 100 auf etwa 225 400 Betriebe ab. Die Zahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von mehr als 100 ha stieg von 33 600 Betrieben in 2010 um etwa 4 500 auf rund 38 100 Betriebe an. Diese 38 100 Betriebe stellen etwa 14 % aller Betriebe dar, bewirtschaften jedoch 62 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland. Entgegen dem Bundestrend geht die durchschnittliche Betriebsgröße in Ostdeutschland leicht zurück, u. a. deshalb, weil Neugründungen mit einer sehr geringen Betriebsgröße starten.

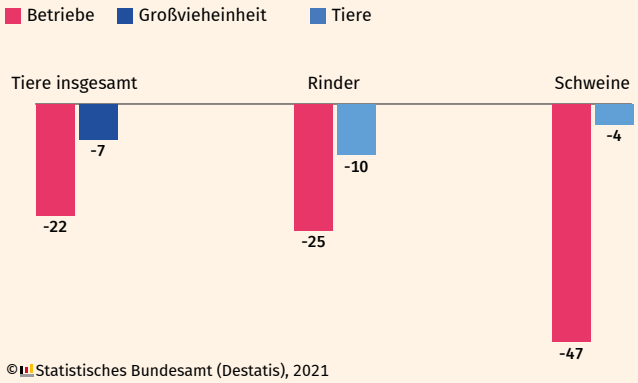
Dabei nimmt die Geschwindigkeit dieses Strukturwandels ab: Zwischen 2010 und 2016 war sowohl der jährliche Rückgang der Zahl der Betriebe um etwa 4 000 Betriebe, als auch die Flächenzunahme im jährlichen Mittel um etwa 0,8 ha pro Betrieb stärker als im Zeitraum 2016 bis 2020 (jährlicher Rückgang um etwa 3 000 Betriebe und Flächenzunahme um etwa 0,6 ha pro Betrieb).

Betriebe halten durchschnittlich mehr Tiere

Zum Stichtag 1. März 2020 wurden in 167 900 landwirtschaftlichen Betrieben Tiere gehalten – anteilig sind das 64 % aller Betriebe, 9 Prozentpunkte weniger als 2010. Die Zahl der tierhaltenden Betriebe insgesamt ging in diesem Zeitraum um 22 % zurück. Besonders deutlich zeigt sich der Rückgang bei den Betrieben mit Schweinehaltung, deren Zahl sich in den vergangenen zehn Jahren um 47 % reduzierte. Der Schweinebestand hingegen ging im gleichen Zeitraum lediglich um 4 % zurück. Auch die Zahl der Betriebe mit Geflügelhaltung sank im letzten Jahrzehnt, und zwar um 16 % – jedoch im Wesentlichen im Zeitraum zwischen 2010 bis 2016. Seit 2016 ist die Betriebszahl nahezu konstant.

Insgesamt ist also zu beobachten, dass die Tierbestände seit 2010 nicht in dem Maße sinken wie die Zahl der Betriebe und dadurch der durchschnittliche Viehbestand pro viehhaltenden Betrieb zunimmt.

Veränderung der Betriebe mit Tierbestand 2020 gegenüber 2010
in %



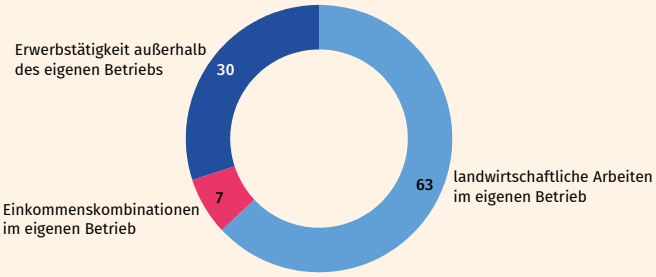
© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

[1] Der Artikel basiert auf den im Januar 2021 präsentierten vorläufigen Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020. Zur Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse s. Kasten am Ende des Artikels.

Wer leistet die Arbeit auf Deutschlands landwirtschaftlichen Betrieben?

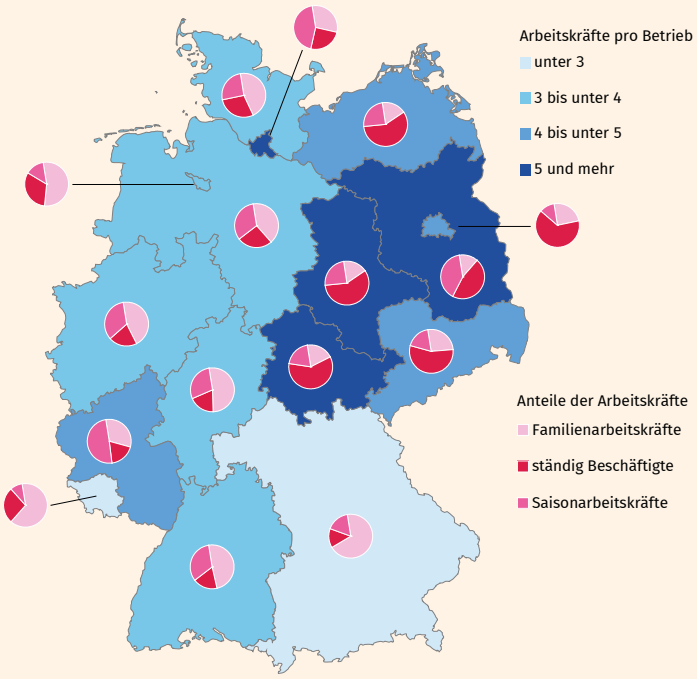
Dem Rückgang der Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben (-13 % gegenüber 2010) steht eine Zunahme der Leistungen durch Dritte gegenüber. Deren von den Landwirt*innen zugekaufte Arbeitsleistung ist 2020 auf 20,6 Mio. Arbeitstage angestiegen. In Deutschland waren im Jahr 2020 gut 936 900 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig. Knapp die Hälfte, 436 100 Personen, waren Familienarbeitskräfte in Einzelunternehmen. Daneben arbeiteten 229 300 ständig angestellte Arbeitskräfte und 271 500 Saisonarbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben. Von den in der Landwirtschaft tätigen Personen waren 335 000 weiblich, also ein gutes Drittel. Die Abbildung unten zeigt die regionalen Unterschiede in der Beschäftigtenstruktur, einhergehend mit Unterschieden in den Betriebsstrukturen.

Verteilung der Arbeitszeit der Familienarbeitskräfte 2020
in %



©Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 2020



©Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Die Differenzierung der von den Betrieben beschäftigten Arbeitskräfte nach dem Arbeitseinsatz zeigt: Während von den ständig angestellten Arbeitskräften 55 % angaben, auf den Betrieben vollbeschäftigt zu sein, waren von den Familienarbeitskräften im Durchschnitt nur 34 % vollbeschäftigt in ihren Einzelunternehmen tätig. Die Abbildung oben zeigt darüber hinaus, wie sich die Arbeitsleistung aller Familienarbeitskräfte auf unterschiedliche Tätigkeitsfelder verteilt.

Einkommensdiversifizierung oder auf mehreren Standbeinen steht man gut

Die Einkommensdiversifizierung durch Tätigkeiten neben der landwirtschaftlichen Primärproduktion nimmt zu. 2020 gaben 42 % aller Betriebe an, Umsätze aus zusätzlichen, auf dem Hof betriebenen Aktivitäten zu erwirtschaften (2010: 31 %). Bei mehr als einem Fünftel dieser Betriebe steuerten die Umsätze aus den zusätzlichen Einkommensquellen mehr als 50 % zum Gesamtumsatz des landwirtschaftlichen Betriebes bei. Am häufigsten gewannen die landwirtschaftlichen Betriebe mit Einkommensalternativen ihr Zusatzeinkommen aus Arbeiten in der Forstwirtschaft (34 %) und durch die Erzeugung erneuerbarer Energie (31 %).

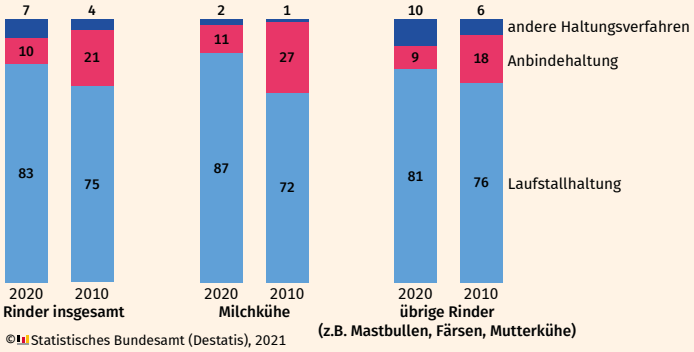
Betriebe mit Einkommenskombinationen nach Art der Einkommenskombination 2020
in %

©Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Die bedeutendsten Haltungsverfahren für die Tierarten Rinder, Schweine und Geflügel dominieren in der Tierhaltung immer mehr

Bei den Haltungsverfahren zeigt sich je nach Tierart ein unterschiedliches Bild: Bei den Rindern wurde die Laufstallhaltung weiter ausgebaut. Ihr Anteil an den Haltungsplätzen stieg im letzten Jahrzehnt von 75 % auf 83 %. Nur noch 10 % aller Haltungsplätze befanden sich 2020 in Ställen mit Anbindehaltung (s. Abb. 5). In der Schweinehaltung stieg dagegen der Anteil der Ställe mit Vollspaltenboden, und zwar von 67 % auf 79 % im Jahr 2020. In der Legehennenhaltung wurden die Haltungsplätze in der Freilandhaltung noch stärker erweitert als in der Bodenhaltung, die mit einem Anteil von 65 % im Jahr 2020 nach wie vor dominiert. Auf die Käfighaltung entfallen nur noch 4 % aller Plätze.

Haltungsplätze für Rinder nach Haltungsverfahren
in %



©Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Der ökologische Landbau hat im vergangenen Jahrzehnt weiter an Bedeutung gewonnen

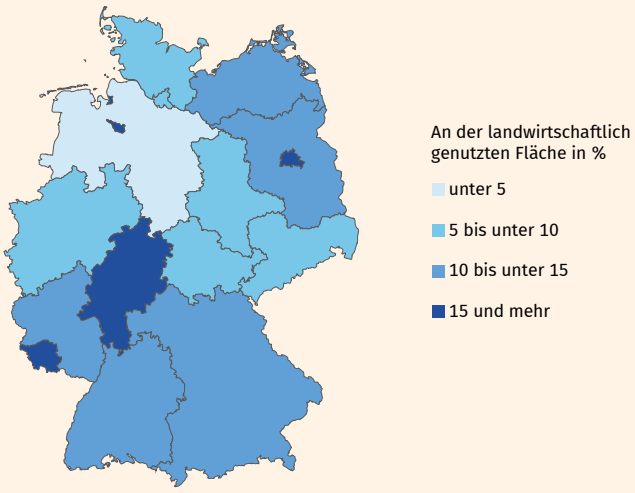
Der Trend zur Umstellung auf den ökologischen Landbau hält an. Mit der Zahl der Ökobetriebe ist die ökologisch bewirtschaftete Fläche gestiegen und zwar um 69 % von 941 500 ha im Jahr 2010 auf über 1 593 000 ha im Jahr 2020. Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche ist in diesem Zeitraum von 5,6 % auf 9,6 % gestiegen (Anteil nach Bundesländern s. Abb.).

Von den 1 593 000 ha Ökofläche befanden sich noch 191 000 ha (12 %) in der Umstellungsphase von konventioneller zu ökologischer Bewirtschaftung. Insgesamt machte Dauergrünland mehr als die Hälfte der ökologisch bewirtschafteten Fläche aus.

Knapp 26 400 Betriebe wirtschafteten 2020 nach den Regeln des ökologischen Landbaus, das sind 10 % der Betriebe insgesamt (2010: 6 %).

In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Betriebe mit ökologischer Tierhaltung um 43 % auf rund 17 500 gestiegen. Diese Betriebe machen einen Anteil von 10 % an allen tierhaltenden Betrieben aus. 8 % des gesamten Rinderbestandes in Deutschland werden ökologisch gehalten, beim Geflügel sind es 5 % und bei den Schweinen nur knapp 1 %.

Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche 2020



©Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Wie geht es weiter auf den Betrieben?

47 % der Inhaber*innen von landwirtschaftlichen Einzelunternehmen waren zum Zeitpunkt der Befragung 55 Jahre oder älter (2010: 31 %). Das Thema Hofnachfolge hat somit eine große Bedeutung, denn diese Betriebe bewirtschaften rund 27 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Nur etwa 38 100 (36 %) der betreffenden Einzelunternehmen haben ihre Hofnachfolge bis zur Befragung geklärt. Von den designierten 38 100 Hofnachfolger*innen sind 17 % weiblich, 2010 waren es 14 %.

Die Texte und Abbildungen sind entnommen aus dem Statement zur Pressekonferenz der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zu den vorläufigen Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 am 21.1.2021; Text: Christoph Unger, Jasmin Singer, Carsten Schreiner und Jörg Führer

www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2021/LZ2020/statement-lz2020.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff 26.6.2021)

In zehn StoryMaps präsentieren die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ab sofort die endgültigen Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2020. Die Veröffentlichungen betrachten die Themen Ackerbau, Viehbestand, Ökolandbau, Pachten, Arbeitskräfte und Beruf, Betriebsformen und Hofnachfolge, Weinbau, Dünger, Boden und Bewässerung und Viehhaltung und erscheinen sukzessive auf folgender Website:

www.statistikportal.de/de/veroeffentlichungen/landwirtschaftszaehlung-2020

Lernen am Modell – die Resilienz von ländlichen Gemeinschaften in Politik und Praxis der Landentwicklung stärken

Dr. Alistair Adam Hernández

In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift wurden drei besonders dynamische und lebendige Orte in der europäischen Peripherie vorgestellt – Wooler, Albarracín und Oberndorf an der Oste.[1] Diese dienten im Rahmen einer Dissertation im Fach Geographie als reale Referenzsysteme zur empirischen Untersuchung der Attribute und Eigenschaften einer möglicherweise resilienten Dorfgemeinschaft. Ziel der zugrunde liegenden Forschung war es zudem, Resilienz in Dorfgemeinschaften anhand eines Modells zur praktischen Anwendung in der Dorf- und Regionalentwicklung erfassbar und annähernd messbar zu machen. Im vorliegenden Artikel wird das Resilienz-Modell vorgestellt und es werden daraus Rückschlüsse für eine Politik zur Entwicklung resilienter ländlicher Räume gezogen.

Wie im vorangehenden Artikel betont, handelt es sich bei Resilienz um ein umstrittenes und unscharfes Konzept in Wissenschaft und Praxis. Resiliente Dörfer im Kontext dieser Forschungsarbeit waren zur Absorption punktueller Störungen fähig, aber vor allem stießen sie, angesichts widriger Bedingungen, proaktiv Prozesse der kontinuierlichen Anpassung und Transformation an, ohne dabei ihre wesentlichen Strukturen, Funktionen und ihre Identität zu verlieren. Die absichtsvolle und selbstorganisierte Gestaltung bzw. Beeinflussung von Wandlungsprozessen durch ländliche Gemeinschaften sollte hier unterstrichen werden.

Da hier Dörfer und Dorfgemeinschaften als komplexe soziale Systeme konzeptualisiert werden, sollten sich die Anwender*innen des Modells über Folgendes bewusstwerden: Das Dorf steuert sich als System im Grunde selbst und das Resilienz-Modell erhöht lediglich durch ein erweitertes Verständnis von relevanten und seltener beachteten Dimensionen und Wirkfaktoren die Chancen auf wirkungsvolle Interventionen durch Planer*innen, Entwickler*innen, Kommunalpolitiker*innen oder andere Engagierte.

Das Resilienz-Modell erklärt

Das vorgestellte Resilienz-Modell wurde basierend auf dem langjährigen und multidisziplinären Wissensbestand von Psychologie, Sozialökologie und Gemeinwesenentwicklung entworfen. Anhand aufwändiger empirischer Arbeit in den benannten Untersuchungsorten (Mixed Methods in Form von Befragungen, Interviews, Dorfgesprächen und teilnehmender Beobachtung) konnte es quasi „in der Praxis“ auf die Probe gestellt und mit örtlichen Lernerfahrungen angereichert werden. Das Ergebnis ist weiterhin noch „work in progress“ und wird beispielsweise im Rahmen von Schulungen für Fachkräfte der Dorf- und Landentwicklung kontinuierlich reflektiert und weiterentwickelt. Im Folgenden wird anhand von drei relevanten Perspektiven und insgesamt neun dazugehörigen Dimensionen Resilienz im Bezugssystem Dorf erklärt. Die Stellschrauben zur Erfassung, Steuerung und Förderung von Resilienz werden dadurch leichter sichtbar und in Kurzform für die Praxis operationalisiert.

Perspektive: Lebendige Beziehungen im Dorf

Im Rahmen dieser ersten Perspektive wird die Aufmerksamkeit auf den Sozialraum im Ort gerichtet und seine Konfiguration, Ausrichtung und Funktionsfähigkeit durchdrungen. Des Öfteren sind eher resiliente Dorfgemeinschaften daran zu erkennen, dass sie vor Aktivitäten, Engagement und Dynamik sprudeln. Dies hängt beispielsweise mit einem sinnstiftenden Miteinander, einer offenen Mentalität sowie mit der Fähigkeit, aus der Vielfalt an Menschen und Ressourcen im Ortsumfeld eine Quelle für positive Veränderungen zu machen, zusammen.

1 *Funktionierende soziale Beziehungen und Netzwerke – das Zwischenmenschliche ist Trumpf!*

Dreh- und Angelpunkt dörflicher Resilienz sind die Interaktionen von Menschen untereinander. Eher resilienten Dörfern gelingt es – wenn auch wellenartig, aber doch kontinuierlich –, Gelegenheiten und Räume

Foto: Marius Maasewerd

Dr. Alistair Adam Hernández

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Wissenschaftliches Referat „Ökologie und Landschaft“, Hannover

Adam@arl-net.de
www.arl-net.de

[1] Alistair Adam Hernández: „Resiliente Dörfer in Europa“, Ländlicher Raum, 01/2021, S. 20–24.

für bedeutungsvolle, gemeinschafts- und sinnstiftende sowie brückenbauende Beziehungen zwischen Bürger*innen zu schaffen. Mit „brückenbauend“ sind Begegnungen zwischen „unüblichen“ Verdächtigen oder Partner*innen gemeint, die oft zur Entfaltung spannender Initiativen durch sich ergänzende Sichtweisen und Kompetenzen führen. Statt dies dem Zufall zu überlassen, bewährt sich eine absichtsvolle Anbahnung und Gestaltung der sozialen Dynamik im Ort durch beispielsweise formalisierte Austausch- und Netzwerktreffen oder sogar durch Organisationen mit Rechtspersönlichkeit.

2 *Resilienz als eine Frage der Haltung im Dorf*

Gemeinschaften, die mit immer neuen Herausforderungen konfrontiert werden, kennen die Situation gut: Schaffen sie es, aus der anfänglichen Schock-Starre loszukommen und die eigene Zukunft steuernd in die Hand zu nehmen? Oder überwältigt sie eher die Sehnsucht nach alten Zeiten und sie verzetteln sich in zwecklosen Verlierer-Debatten? Der Ausgang hängt stark mit kollektiven Einstellungen, Haltungen und Überzeugungen wie Offenheit, Optimismus oder Zielorientierung zusammen. Eher resiliente Dorfgemeinschaften schaffen es trotz Widrigkeiten eine optimistische Zukunftsperspektive zu formulieren und bleiben hartnäckig auf Kurs, um diese umzusetzen. Offenheit gegenüber neuen Menschen, Ideen und Sachverhalten ist eine unabdingbare Grundhaltung, um Handlungsoptionen für die Zukunft zunächst zu erkennen und dann auch auszuprobieren. Schließlich dient das Erfahren von Selbstwirksamkeit in der Gemeinschaft und somit der Aufbau eines kollektiven Selbstvertrauens als kraftvoller Treiber in Dörfern und ländlichen Gemeinschaften, die ihr Schicksal möglichst proaktiv in die Hand zu nehmen versuchen.

3 *Verschiedenheit als Stärke im Dorf*

Demografischer und wirtschaftsstruktureller Wandel verursachen homogenisierende Prozesse in entlegenen Dörfern. Bei genauerem Hinsehen lässt sich jedoch in fast jedem Dorf noch eine beachtliche Vielfalt entdecken. Nicht selten braucht es einen Blick von außen, weniger betriebsblind, um verborgene Potenziale aufzudecken. Die eingangs beschriebene offene Haltung ist hier wieder der Schlüssel zur Entdeckung, Entfaltung und gezielten Nutzung dieser Vielfalt. Dies bezieht sich z. B. auf die Sichtweisen und Kompetenzen der Bürger*innen, auf die Themen der Vereine und Verbände, aber auch auf die Diversität der natürlichen, landschaftlichen oder ökonomischen Ressourcen vor Ort. Eher resiliente Dörfer streben die Erhaltung und den Schutz ihrer Ressourcenvielfalt für nachkommende Generationen an. Jedoch darf dies kein Vorwand zur Hemmung zukunftsweisender Veränderungen werden: Diese Ressourcenvielfalt soll zweifelsohne produktiv für den Entwurf neuer sozialökologischer Wirtschaftsperspektiven durch die Reaktivierung lokaler und auch regionaler Wertschöpfungsketten eingesetzt werden.

Perspektive: Wirkungsvolle Akteur*innen, Strukturen und Prozesse im Dorf

Die zweite Perspektive im Resilienz-Modell blickt auf die „Akteur*innen, Strukturen und Prozesse“, welche möglichst selbstbestimmte und wirkungsvolle Handlungen der Dorfgemeinschaft als Ganzes ermöglichen. Die Eröffnung von Spielräumen für koordiniertes, eigenständiges und demokratisches Handeln in- und außerhalb des Dorfs ist meist Ergebnis eines langfristigen und oft konfliktträchtigen Übungsprozesses, der für den Aufbau von Resilienz unerlässlich ist.

4 *Die Artikulation und Durchsetzung des kollektiven Willens in ländlichen Gemeinschaften*

Das gemeinschaftliche Handeln und Entscheiden in eher resilienten Dörfern hängt im Kern stark mit einer transparenten Kommunikation, authentischen Partizipation der Bürger*innen und ausgeprägten Konfliktlösefähigkeit zusammen. Darüber hinaus ist die Einbettung der ländlichen Gemeinschaft – z. B. als Ortsteil oder als eigenständige Gemeinde – in die Verwaltungsgliederung jedes Landes mit den daraus abgeleiteten Spielräumen und Kompetenzen ein bedeutsamer Kontingenzfaktor. Die Untersuchung zeigte sehr unterschiedliche Voraussetzungen für eine befähigende Subsidiaritätskultur auf Ortsebene im Vereinigten Königreich, Spanien und Deutschland. Eher resiliente Dörfer artikulieren auf diesem oft steinigen Weg den kollektiven Willen und reagieren auf die einwirkenden Störeinflüsse und Herausforderungen mit zukunftsweisenden Projekten und Initiativen.

5 *Verantwortungsübernahme durch Schlüsselpersonen und Schlüsselorganisationen*

Jedes Dorf benötigt ein oder mehrere Menschen, die besondere soziale Verantwortung im Ort übernehmen. Mit der Macht, welche diese kollektive Verantwortung zur Verfügung stellt, sollte verantwortungsvoll und potenzialentfaltend umgegangen

werden. Besonders wertvoll für den Aufbau von Resilienz stellten sich „übersetzende“ Schlüsselpersonen heraus, welche die Sprache und Logik verschiedener Gruppen in- und außerhalb des Dorfs verstehen und anwenden: z. B. Altbürger*innen und Zugezogene, Verwaltung und Ehrenamt, Politik und Medien etc. Aufgrund u. a. geschwächter kommunaler Strukturen waren in allen untersuchten Fallbeispielen zudem neue Schlüsselorganisationen auffindbar, welche entweder als Ergänzung oder als Lückenfüller die Geschicke der Gemeinschaft gemeinwohlorientiert zu lenken versuchten. Professionalisierung ist in diesen Organisationen grundlegend und ihre Kernaufgaben sollten zur Sicherung eines langfristigen Erfolges keinesfalls ausschließlich auf den Schultern des Ehrenamtes lasten.

6 *Lieber bewahren, besser anpassen oder doch transformieren?*

Das Dorf ist ständigen Veränderungen unterworfen. Dieser Wandel erfordert eine bewusste Aufmerksamkeit für das, was bewahrt, was flexibel angepasst und was künftig völlig neu gedacht und transformiert werden soll. Bestimmte Werte, Produktionsmethoden oder beispielsweise festliche Traditionen aus der Vergangenheit sind berechtigterweise zu erhalten bzw. sollten reaktiviert und neu gelebt werden. Jedoch sind andere Elemente des dörflichen Zusammenlebens heute obsolet und neuartige Lösungen und Herangehensweisen für ein gutes Leben müssen noch angenommen, gefunden und etabliert werden. Somit wird Altes und Neues in eher resilienten Dörfern bewusst tradiert.

Perspektive: Zukunftsfähige Lösungen für das Dorf

Im Rahmen der dritten und letzten Perspektive liegt der Fokus auf der kreativen, reflexiven und oft unternehmerischen Konzipierung und Umsetzung von zukunftsweisenden Ideen und Projekten in Dörfern. Dies findet eingebettet in einem zyklischen Prozess des Verstehens, Experimentierens und der Evaluierung statt, der langfristig zu größerer Resilienz beiträgt.

7 *Anpassung und Transformation brauchen Wissen, Fähigkeit und Experimente*

Um aktiv Einfluss auf den stattfindenden Wandel auf dem Land zu nehmen, muss die örtliche Schwarmintelligenz für zu erprobende Projekte und Experimente aktiviert werden. Erfolgreiche Transformationen für das Wohl einer ländlichen Gemeinschaft erfordern meistens eine fundierte Auseinandersetzung mit der Problematik sowie den kollektiven Mut, um gemeinsam einen Blick über den Tellerrand hinaus zu wagen. Fehler und Misserfolge werden mit Sicherheit eintreten, sind aber auch eine wertvolle Lernquelle eher resilienter Gemeinschaften. Damit dies auch zustande kommt, sind in eher resilienten Dörfern konkrete Gelegenheiten, Austauschformate oder auch etablierte Lern- und Kreativorte für diesen Zweck vorgesehen.

8 *Schwieriges, aber lebenswichtiges Gleichgewicht von Mensch, Natur und Wirtschaft*

Dörfer, insbesondere in der Peripherie, kämpfen unter erschwerten Bedingungen um die Aufstellung nachhaltiger Wirtschaftsperspektiven. Zudem steht oft der demografische Wandel einer Erneuerung und Aufrechterhaltung eines vitalen Sozialraums im Wege, da Dienstleistungen und Infrastrukturen durch eine ältere Bevölkerung stärker beansprucht werden, aber junge Fachkräfte für deren Bereitstellung fehlen. Als Stütze von Wirtschaft und Beschäftigung können Landschaft, Natur und andere natürliche Ressourcen Fluch und Segen zugleich sein, je nachdem, ob die Gemeinschaft davon profitiert, ohne das Gemeinwohl und die Umwelt zu beeinträchtigen. Die erwähnten Schlüsselorganisationen können durch lokale und regionale Kooperationen entscheidende Beiträge zur Erhaltung dieses fragilen Gleichgewichtes leisten und neue Geschäftsmodelle mit einem sozialökologischen Bewusstsein etablieren.

9 *Daseinsvorsorge und Grundinfrastruktur als bedeutsame Ankerpunkte*

Auch eher resiliente Dörfer können schmerzhafte Verluste bei wichtigen Dienstleistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge erleiden. Angemessener Zugang zu Gesundheits-, Bildungs- und Gefahrenabwehreinrichtungen trägt unerlässlich zur Lebendigkeit einer ländlichen Gemeinschaft bei. Oft mangelt es an spürbaren Möglichkeiten, um auf Versorgungslücken des Marktes oder des Staates Einfluss zu nehmen, was in den Gemeinschaften ein Gefühl der Machtlosigkeit hinterlässt. Jedoch – so zeigten es die untersuchten Fallbeispiele – stellt der tatkräftige und kreative Einsatz der Gemeinschaft für die Erhaltung existierender Infrastrukturen und die Erschließung neuer Lösungen zur Gewährleistung einer angemessenen Daseinsvorsorge typische Meilensteine inmitten von Veränderungsprozessen, die zu mehr Resilienz geführt haben, dar.

Kann Resilienz ein Treiber für eine neuartige Land- und Dorfentwicklung sein?

Bereits anhand der vereinfachten Modelldarstellung in den vorigen Abschnitten wird die multifaktorielle und verwobene Natur der Wirkfaktoren und Zusammenhänge erkennbar, die Resilienz im Dorf erklären. Deshalb erfordert eine Politik zur Förderung von Resilienz in ländlichen Räume in Zeiten andauernder und überlappender Krisenzustände ein besonders koordiniertes und ineinandergreifendes Fördersystem mit angepassten, aber auch völlig neu ausgerichteten analytischen, strategischen und auch investiven Instrumenten. Eine solche Politik sollte die etablierten, aber doch längst als unwirksam bzw. nicht nachhaltig erwiesenen Pfade verlassen können und zur Entfachung der kreativen Selbstorganisationskräfte ländlicher Gemeinschaften durch Beratung, Begleitung und Finanzierung beitragen. Hierzu scheint der Freistaat Bayern einen ersten Vorstoß bei der Neuausrichtung einer resilienten Landentwicklungspolitik anhand integrativ-strategischer und auch mittelbezogener Instrumente zu machen.[2]

Eine finanzielle und personelle Stärkung für eine ermöglichende und agile kommunale Selbstverwaltung mit Mitteln und Fähigkeiten, um auch bis in die Ortsebene professionell „hineinzudynamisieren“, wäre auf dem Weg zu resilienten ländlichen Räumen unerlässlich. Zudem sollte eine Kehrtwende in der regionalen Förderpolitik vollzogen werden: von der üblichen, an starre Ausschreibungen gekoppelte Top-down-Angebotsplanung zu einer deutlich langfristigeren und prozesshafteren Entwicklung von Ideen „von unten“. Das hieße auch, spürbar in Kapazitätsaufbau, Beratung und Begleitung nah am Geschehen zu investieren und die Silo-Mentalität in Ressorts und Verwaltungsebenen abzubauen. Metaphorisch gesagt: *mehr Humus am Boden bilden und weniger mit mehrfachem Guss aus der Gießkanne die zarten Gewächse ertränken*. Schließlich sollen institutionelle und förderpolitische Rahmenbedingungen für das nötige Vertrauen sorgen, die Orte, Gemeinschaften und ihre Organisationen brauchen, um unternehmerische, innovative und damit zwangsläufig riskante Vorhaben zu erproben, welche eines Tages die neue Normalität auf dem Land prägen werden.

Die COVID-19-Pandemie hat ein wertvolles Gelegenheitsfenster für einen befähigenden Wandel in ländlichen Räumen eröffnet. Eine resiliente Dorf- und Landentwicklungspolitik sollte es dezidiert nutzen, darf aber dabei die Regionen weder in Gewinner- und Verliererdörfer aufteilen noch darin nur die bereits Starken weiter stärken. Resilienzförderung ist somit ein endloser Dauerlauf mit unbestimmtem Ausgang, bei dem verschiedene Dörfer und ländliche Gemeinschaften aufgrund unterschiedlicher Ausgangslagen nicht nur eine differenzierte Unterstützung brauchen, sondern auch eine hoffnungsvolle und glaubhafte Entwicklungsperspektive benötigen.

Abbildung: Die drei Grundperspektiven im Resilienz-Modell für ländliche Gemeinschaften

Quelle: eigene Darstellung

Die Forschungsarbeit ist am 4. März 2021 im oekom Verlag erschienen:

Das resiliente Dorf. Eine interdisziplinäre Analyse von Akteuren, Lernprozessen und Entwicklungen in drei ländlichen Gemeinschaften Europas, 480 S., ISBN: 978-3-96238-308-4, 44,00 € (PDF 34,99 €).

www.oekom.de/buch/das-resiliente-dorf-9783962383084

[2] Hafner, S.; Hehn, N. und Miosga, M. (2019): Resilienz und Landentwicklung. Vitalität und Anpassungsfähigkeit in ländlichen Kommunen stärken. Kurzfassung. München: Ländliche Entwicklung in Bayern, Bereich Zentrale Aufgaben, Abteilung Grundsatzfragen, Dorferneuerung und ILE. www.stmelf.bayern.de/mam/cms01/landentwicklung/dokumentationen/dateien/resilienz_und_landentwicklung.pdf (letzter Zugriff 25.5.2021)

Transnationale Zusammenarbeit: Neue Fördermöglichkeiten für Städte und Regionen

Brigitte Ahlke und Nina Kuenzer

Die Europäische Union unterstützt mit Förderprogrammen der transnationalen Zusammenarbeit, besser bekannt als Interreg B, seit 1997 die raum- und ressortübergreifende regionalentwicklungspolitische Zusammenarbeit ihrer Mitgliedstaaten. Akteur*innen aus ländlichen Regionen haben die Möglichkeit, sich an transnationalen Projekten zu beteiligen und in Kooperation mit europäischen Partnern gemeinsam Probleme anzugehen und transnationale Strategien für Städte und Regionen zu erarbeiten. Für deutsche Projektakteurinnen und -akteure besteht darüber hinaus die Möglichkeit, für ihre transnationalen Vorhaben, die einen klaren Beitrag zur Raumentwicklung leisten, zusätzliche Unterstützung durch eine nationale Förderung aus dem Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit zu erhalten.

Förderprogramm Interreg 2021–2027

In diesem Jahr beginnt die neue siebenjährige Förderperiode der europäischen Kohäsionspolitik. Als bewährtes Instrument soll auch künftig die transnationale Zusammenarbeit im Rahmen von Interreg B gefördert werden. Hierfür stehen für die Jahre 2021–2027 rund 1,47 Mrd. € Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung. Angesichts der aktuellen Herausforderungen bilden der europäische „Green Deal“, die „Territoriale Agenda 2030“ und die Bewältigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie einen wichtigen strategischen Rahmen für die künftige Ausrichtung der Interreg-Programme.

Projektbeteiligung in Interreg-Kooperationsräumen

Die Interreg-Projekte werden in verschiedenen Kooperationsräumen umgesetzt. Zu Projekten können sich beispielsweise regionale Akteurinnen und Akteure in ländlichen Räumen wie städtische oder kommunale Verwaltungen, Behörden, Forschungseinrichtungen, Verbände, Vereine oder Unternehmen zusammenschließen, um gemeinsame Herausforderungen zu bearbeiten. Abgesehen von den beträchtlichen finanziellen Fördermitteln und den projektbezogenen Ergebnissen eröffnet die Teilnahme an Interreg-Projekten auch neue Perspektiven, Kenntnisse und einen Blick über den eigenen Tellerrand hinaus: In einem Projekt arbeiten mehrere Partner aus unterschiedlichen Ländern in der Regel drei Jahre lang zusammen. Sie diskutieren miteinander, erhalten eine neue Sicht auf eigene Probleme, lernen sich und die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort kennen, profitieren vom Fachwissen und den Erfahrungen der anderen. Die Teilnehmenden gewinnen Einblicke in andere Länder und ihre Strukturen – und damit auch Verständnis und Toleranz.

Deutschland ist an sechs transnationalen Kooperationsräumen beteiligt. Sie erstrecken sich vom Nord- und Ostseeraum über den Raum Nordwesteuropa, Mitteleuropa und den Donauraum bis hin zum Alpenraum. Jeder Programmraum erarbeitet ein eigenes Kooperationsprogramm, das den geografischen, ökonomischen und sozialen Gegebenheiten vor Ort bestmöglich entspricht. Um auf die gemeinsamen europäischen Chancen und Herausforderungen adäquat reagieren zu können, werden die Programme auf eine Auswahl aus den in den EFRE-Verordnungsentwürfen festgelegten politischen Zielen für die Struktur- und Kohäsionspolitik ab 2021 ausgerichtet. Trotz unterschiedlicher Schwerpunkte greifen alle die politischen Ziele der EU für ein grüneres, CO_2-ärmeres sowie intelligentes und stärker digitalisiertes Europa auf – verbunden mit den Kooperationsraum-spezifischen territorialen Herausforderungen (s. Abb. 1).

Brigitte Ahlke (Dipl.-Geographin) **und Nina Kuenzer** (M.Sc. in Geographie)
sind im Referat „Europäische Raum- und Stadtentwicklung“
des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
zuständig für die transnationale Zusammenarbeit
im Rahmen von Interreg B.
brigitte.ahlke@bbr.bund.de nina.kuenzer@bbr.bund.de
www.bbsr.bund.de

Bewerbung für Interreg B-Projekte ab Herbst 2021 möglich

Die Erarbeitung der transnationalen Programme für die aktuelle Förderperiode läuft derzeit auf Hochtouren. Mit dem formellen Inkrafttreten der Interreg-Verordnung – voraussichtlich im Sommer 2021 – können die transnationalen Programme bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingereicht werden. Die meisten Programmräume streben dies in der zweiten Jahreshälfte 2021 an. Im Herbst 2021 ist auch mit ersten Aufrufen zur Antragseinreichung für Interreg B-Projektförderungen zu rechnen. Die Programme widmen sich in der aktuellen Förderperiode 2021–2027 wieder verstärkt territorialen und räumlichen Fragestellungen. Insbesondere sollen hierbei auch lokale und regionale Akteurinnen und Akteure wie beispielsweise aus ländlichen Räumen im Vordergrund stehen.

Zusätzliche Förderung aus dem Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit

Mit nationalen Mitteln aus dem Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit unterstützt das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) ergänzend ausgewählte Interreg B-Projekte, die einen thematischen Schwerpunkt von besonderem Bundesinteresse aufweisen. Gefördert werden deutsche Interreg B-Akteure und ihre transnationalen Vorhaben. Im Rahmen der thematischen Schwerpunkte der Interreg B-Programme sollen so Projekte, die einen klaren Beitrag zur nachhaltigen Raumentwicklung in Deutschland leisten und integrierte und raumwirksame

Abbildung 1: Förderschwerpunkte transnationaler Zusammenarbeit 2021–2027

Politische Ziele	Alpenraum	Donauraum	Mitteleuropa	Nordseeraum	NWE	Ostseeraum
Intelligenteres Europa	●	●	●	●	●	●
Grüneres, CO_2-ärmeres Europa	●	●	●	●	●	●
Stärker vernetztes Europa			●			
Sozialeres Europa		●			●	
Bessere Governance (ISO)	●	●	●	●		●

● voraussichtlicher Förderschwerpunkt (Diskussionsstand April 2021)

© BBSR

Ansätze verfolgen, durch das Bundesprogramm unterstützt werden. Der Schwerpunkt der Förderung liegt auf der nachhaltigen Entwicklung von Regionen. Mit der Förderung aus dem Bundesprogramm sollen zudem neue lokale Akteurinnen und Akteure in die transnationale Zusammenarbeit eingebunden, Kooperationsbeziehungen verstetigt oder neue lokale und regionale Folgeaktivitäten vorbereitet werden.

Neue thematische Ausrichtung des Bundesprogramms

In der jetzt anlaufenden Förderperiode wird das Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit Projekte unterstützen, die sich an den Zielen und Prioritäten der neuen Territorialen Agenda 2030[1] orientieren. Im Fokus stehen hierbei die entsprechenden Ziele für ein „Gerechtes Europa“ und ein „Grünes Europa“. Diese sollen die Reduzierung regionaler Ungleichheiten sowie die Schaffung nachhaltiger Perspektiven für alle Regionen in Deutschland und Europa unterstützen.

Das Ziel „Gerechtes Europa“ fokussiert hierbei auf eine ausgeglichene räumliche Entwicklung – insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen – die allen Orten und Menschen ähnliche Zukunftsperspektiven bietet. Das Ziel „Grünes Europa“ adressiert eine nachhaltige, grüne Entwicklung, den Klimawandel und seine Herausforderungen sowie die daraus resultierende gesellschaftliche Transformation (s. Abb. 2).

Abbildung 2: Sechs Prioritäten der Territorialen Agenda 2030

© BBSR

[1] Um die nationalen Raumentwicklungspolitiken an gemeinsamen europäischen Zielen auszurichten, wurden diese Ziele und Leitvorstellungen 2007 erstmals in einer Territorialen Agenda festgehalten und seither zweimal an die sich ändernden gesellschaftlichen, ökologischen und politischen Rahmenbedingungen angepasst. Die letzte Anpassung wurde am 1.12.2020 in Form der Territorialen Agenda 2030 beschlossen.

Erster Projektaufruf für lokale und regionale Träger

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), das das BMI bei der Durchführung des Bundesprogramms unterstützt, startete im April 2021 einen ersten Projektaufruf für die Förderung von Vorhaben zur Antragstellung transnationaler Interreg-Anträge für die Förderperiode 2021–2027 (sog. Vorlaufvorhaben, s. Abb. 3). Deutsche potenzielle Lead Partner (federführende Partner) werden darin unterstützt, einen Interreg B-Antrag auszuarbeiten. Angesprochen sind vor allem lokale und regionale Akteure wie etwa Kommunen und Gemeinden, Landkreise, Regionalverbände oder Landeseinrichtungen, aber auch sektorale Einrichtungen wie Umwelt- oder Energieagenturen, Stiftungen und Verbände, Wirtschaftsförderungseinrichtungen etc. Eine Bewerbung von diesen Akteur*innen wird besonders begrüßt, da europäische Ziele und Leitbilder so vor Ort Verankerung finden und Projektergebnisse für die Zivilgesellschaft erlebbar gemacht werden. Ebenso begrüßt werden deutsche interessierte Partner, die bislang noch nicht in der Funktion des Lead Partners tätig waren und dies künftig tun möchten.

In der Regel gibt es zwei Projektaufrufe jährlich im Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit. Aktuelle Projektaufrufe und Informationen zur Antragstellung werden regelmäßig auf der Webseite www.interreg.de veröffentlicht.

Gute Beispiele der transnationalen Zusammenarbeit

Der Mehrwert transnationaler Zusammenarbeit für Städte und Regionen zeigt sich in vielen erfolgreichen Interreg B-Projekten. Die Projektpartner erarbeiten gemeinsam Lösungsansätze, die auf die individuellen Bedürfnisse der jeweiligen Programmräume zugeschnitten sind. Ein gutes Beispiel für diese transnationale Zusammenarbeit ist das Interreg B-Projekt RegEnergy (Renewable Energy Regions). Im Interreg-Programmraum Nordwesteuropa wird die Energie bisher immer noch größtenteils aus endlichen Rohstoffen mit hohem CO_2-Ausstoß gewonnen. RegEnergy will den Anteil erneuerbarer Energien in der Region erhöhen. Treibhausgasemissionen sollen reduziert und der Anteil erneuerbarer Energien durch die Schaffung von Angebots- und Nachfrage-Partnerschaften zwischen städtischen und umliegenden ländlichen Gebieten erhöht werden. Das Projekt konzentriert sich dabei auf die Schaffung von institutionellen und administrativen Rahmenbedingungen, strategischer Infrastruktur sowie auf die Frage nach den benötigten Technologien. Somit bewegt es sich mit seinem Vorhaben zur Förderung emissionsarmer Energien im Rahmen der Ziele der territorialen Agenda 2030 für ein grüneres und gerechteres Europa.

Auch im Alpenraum verfolgt das Interreg B-Projekt AlpBioEco eine grüne Strategie. So sollen aus Lebensmitteln wie Walnüssen, Äpfeln und Kräutern aus der Alpenregion neue bzw. alternative Produkte hergestellt und somit die bioökonomischen Potenziale dieser pflanzlichen Erzeugnisse voll ausgeschöpft werden. Die regionalen Akteur*innen decken mit ihrem Projekt alle Schritte von der Produktion, der Verarbeitung bis hin zur Vermarktung dieser natürlichen Produkte ab. Daraus entstandene Geschäftskonzepte, die die Wertschöpfungskette der Alpenerzeugnisse bioökonomisch bereichern, schaffen im Alpenraum zukünftig neue Arbeitsplätze und tragen so zur strukturellen und nachhaltigen Entwicklung der Region bei.

Abbildung 3: Arten der Förderung des Bundesprogramms

Im Bundesprogramm sind drei Kategorien der Förderung vorgesehen:

Vorlaufvorhaben: Förderung der Antragstellung
Die Vorlaufförderung finanziert die Vorbereitung eines Interreg-Antrags. Sie richtet sich vorrangig an deutsche Organisationen, die beabsichtigen, in der Funktion als Lead Partner ein Interreg B-Projekt zu entwickeln und zu beantragen.

Kofinanzierungsvorhaben: Anteilige Unterstützung der Kofinanzierung der EU-Mittel
Für Interreg B-Projekte besteht die Möglichkeit der Bezuschussung für die anteilige nationale Kofinanzierung durch das Bundesprogramm. Diese Förderung richtet sich an deutsche Lead Partner – eine angemessene Eigenbeteiligung wird erwartet.

Andockvorhaben: Finanzierung zusätzlicher Projektbausteine
Für laufende oder abgeschlossene Interreg B-Projekte bietet sich das Andockvorhaben an, das der Finanzierung von Maßnahmen dient, die im Rahmen eines Interreg B-Projekts nicht oder nur ungenügend durchgeführt werden können. Diese Förderung richtet sich an alle deutschen Projektpartnerinnen und -partner.

© BBSR

Weitere Informationen rund um die transnationale Zusammenarbeit, anstehende Termine und Ansprechpartnerinnen und -partner zu Interreg sowie zum Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit finden Sie unter www.interreg.de.

Mitten im Dorf: Feuerwehren im ländlichen Raum am Beispiel Bayerns und Nordrhein-Westfalens

Benedikt Mattern

Feuerwehren sind im gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ein fester Bestandteil der öffentlichen (Sicherheits-)Infrastruktur mit vielfältigen Aufgaben, denen die Bürger*innen ein hohes Vertrauen entgegenbringen. Ihre Vorläufer entstanden bereits im Mittelalter. Sie dienten der Selbst- und Nachbarschaftshilfe zur Bekämpfung von Bränden in den oft sehr eng und aus rein brennbaren Baustoffen errichteten Siedlungen (Henkel 2012: 99f.). Ein Großteil der deutschen Feuerwehren in ihrer heutigen Organisationsform blickt inzwischen auf ein rund 150-jähriges Bestehen zurück. Im ländlichen Raum prägen sie das Bild vieler Ortschaften und das Gemeinschaftsleben entscheidend mit und nicht selten sind sie sogar eines der letzten Überbleibsel, die das Dorf noch ausmachen.

Träger der Feuerwehren sind die Gemeinden als unterste politische Ebene, die diese Aufgabe als Pflichtaufgabe bzw. Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung wahrnehmen (BayFwG Art. 1 (1); BHKG § 2 (2)). Diese umfasst die Aufstellung, Ausrüstung und Unterhaltung einer den örtlichen Verhältnissen angepassten Feuerwehr (BayFwG Art. 1 (2); BHKG § 3 (1)) sowie die Fürsorge für die aktiven, in den meisten Fällen ehrenamtlich tätigen Feuerwehrdienstleistenden, z. B. durch Beitragsleistungen an den jeweiligen gesetzlichen Unfallversicherungsträger. Wann eine Gemeinde hauptamtliches Feuerwehrpersonal vorhalten muss bzw. wann ehrenamtliches Personal ausreichend ist, wird in den Feuerwehrgesetzen der einzelnen Bundesländer unterschiedlich geregelt. Die Feuerwehrgesetze unterscheiden allerdings kaum bis gar nicht zwischen dem Status einer Feuerwehr (ehrenamtlich oder hauptamtlich), insbesondere, wenn es um deren Aufgaben geht.

Mit Blick auf die materielle Ausstattung ihrer Feuerwehren können die Gemeinden staatliche Förderungen erhalten (BayFwG Art. 3 in Verbindung mit FwZR sowie BHKG § 5 (1) ff.). In Nordrhein-Westfalen gibt es beispielsweise aktuell einen Sonderaufruf „Feuerwehrhäuser in Dörfern 2022“ im Rahmen der dortigen Dorferneuerung.[1] Vor allem in Bayern stehen auch sog. Feuerwehrvereine in enger Verbindung mit den Feuerwehren der Gemeinden. Hierbei handelt es sich in der Regel um eingetragene Vereine (e.V.), die sich der Nachwuchsgewinnung und – neben der staatlichen Bezuschussung – der finanziellen Förderung „ihrer“ Feuerwehren verschrieben haben. Sie sind allerdings nicht mit der gemeindlichen Feuerwehr gleichzusetzen.

Aufgaben und Struktur der öffentlichen Feuerwehren

Neben der Abwehr von Schadfeuern leisten die Feuerwehren Hilfe, vor allem technischer Art, bei sonstigen Unglücksfällen oder Notständen (BayFwG Art. 4 (1); BHKG § 3 (1)). Ferner stellen sie auf Anordnung der Gemeinde sog. (Brand-)Sicherheitswachen bei größeren kulturellen und sportlichen Ereignissen (BayFwG Art. 4 (2); BHKG § 27 (1)), sie wirken im Katastrophenschutz mit (BayKSG Art. 7 (3); BHKG § 3 (1)) und sind als Teil der (politischen) Gemeinde zur Amtshilfe gegenüber anderen ersuchenden Behörden, z. B. der Polizei, verpflichtet (BayVwVfG Art. 4 (1); VwVfG NRW § 4 (1)).

Der überwiegende Teil der Feuerwehren in Deutschland ist dabei als rein Freiwillige Feuerwehr organisiert. Laut Deutschem Feuerwehrverband (DFV e.V.) leisten bundesweit rund 3,5 % aller Feuerwehrmänner und -frauen ihren Dienst hauptberuflich in Berufsfeuerwehren und ca. dieselbe Anzahl in den Werkfeuerwehren größerer Gewerbebetriebe.[2]

Innerhalb der Gemeindeverwaltung ist die Feuerwehr – unerheblich ob ehren- oder hauptamtlich –

Benedikt Mattern

Benediktbeuern, Fachbereichsleiter für abwehrenden und vorbeugenden Brandschutz, Staatliche Feuerwehrschule Geretsried

benedikt.mattern@gmx.de

[1] Vgl. www.mhkbg.nrw/themen/bau/land-und-stadt-foerdern/dorferneuerung (letzter Zugriff 14.6.2021).

[2] Vgl. www.feuerwehrverband.de/presse/statistik (letzter Zugriff 14.6.2021).

eine eigene Organisationseinheit. Geführt wird sie im Falle einer Freiwilligen Feuerwehr von einem Leiter/einer Leiterin, in Bayern auch Kommandant*in genannt, der/die für einen Zeitraum von sechs Jahren von den aktiven Feuerwehrdienstleistenden in das Amt gewählt bzw. seitens des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin ernannt wird (BayFwG Art. 8 (2); BHKG § 11 (1) ff.). Der Leitung der Feuerwehr obliegt, ähnlich z. B. einer Abteilungsleitung, die dienstliche Verantwortung für alle aktiven Feuerwehrangehörigen. Im Einsatz nimmt sie im Regelfall die Rolle einer sog. örtlich bestellten Einsatzleitung wahr (BayFwG Art. 18 (2); BHKG § 33).

Alle Feuerwehrangehörigen müssen – für den Bereich der Freiwilligen Feuerwehr gesprochen – eine rund 200 Stunden umfassende Grundausbildung absolvieren. Hinzu kommen Sonderlehrgänge für spezielle fachliche Aufgaben (z. B. für Jugendwart*innen, Gerätewart*innen und (Fach-)Ausbilder*innen in der Feuerwehr) oder für Führungsaufgaben, welche fast immer von den Landesfeuerwehrschulen angeboten werden und jeweils drei bis zehn Tage dauern. Leiter*innen einer Feuerwehr sowie ihre Stellvertreter*innen absolvieren zusätzlich einen speziellen vier- bis fünftägigen Feuerwehr-Verwaltungslehrgang.

Identifikation der Gesellschaft mit der Einrichtung Feuerwehr

In der Studie „Trust in Professions“ des GfK Vereins (Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e.V.) aus dem Jahr 2018 genießen Feuerwehrleute im Vergleich mit weiteren 31 Berufsgruppen wiederholt das höchste Vertrauen der deutschen Bevölkerung.[3] Dies hat mit Sicherheit mit dem Charakter eines „helfenden Berufs“ zu tun, weshalb auch Rettungsdienstmitarbeiter*innen, Krankenschwestern/-pfleger und Ärzt*innen sehr weit oben angesiedelt sind. Dass aber gerade Feuerwehrleute die Statistik anführen, legt die Vermutung nahe, dass dies nicht nur mit der eigentlichen Tätigkeit, sondern mindestens genauso mit ihrem örtlichen Bezug zu einer jeden Gemeinde und somit einer besonderen Nähe zu den Bürger*innen zusammenhängt. Diese Nähe wird wohl zusätzlich dadurch gestärkt, dass der überwiegende Teil aller deutschen Feuerwehrangehörigen, gerade im ländlichen Raum, seinen Dienst ehrenamtlich leistet.

Die Feuerwehr hat ihren festen Standort mitten im Dorf. Sie gehört dazu, wie der Kirchturm, das Rathaus, der Dorfplatz, die Bäckerei, die Metzgerei oder das Wirtshaus dazu gehören sollten. Und vermutlich ist es genau diese tiefe Verwurzelung, die im Umkehrschluss auch die starke Identifikation der Feuerwehrangehörigen mit der Dorfgemeinschaft ausmacht. Der Wahlspruch der Feuerwehr „Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr“ ist mehr als ein Lippenbekenntnis und zeigt sich nicht selten in einem Engagement, das durch eine regelmäßige Unterstützung des Brauchtums und der dörflichen Gemeinschaft weit über die eigentlichen Pflichtaufgaben der Feuerwehr hinausgeht.

Ökonomische Betrachtung des Systems Feuerwehr

Anders als im Falle privatwirtschaftlicher Betriebe, wie beispielsweise der Bäckerei, der Metzgerei oder der Wirtschaft, kann die Feuerwehr durch die Verpflichtung jeder Gemeinde, eine Feuerwehr aufzustellen und zu unterhalten, auch nicht einfach geschlossen werden. Dennoch wird von Bürgermeister*innen oder Gemeinderäten immer wieder die Frage nach dem „Wieviel kostet das?“ gestellt, um diese im nächsten Satz mit einem „Zuviel“ oder „Unrentabel“ zu beantworten.

Es ist zutreffend, dass im Bereich der Feuerwehrinfrastruktur eine sehr hohe Standortdichte zu verzeichnen ist. Allein in Bayern gibt es rund 7 600 Feuerwehren[4], was in etwa der Anzahl an (politischen) Gemeinden vor der Gemeindegebietsreform in den 1970er Jahren entspricht (Mattern 2020: 34). Eine solch hohe Dichte ist jedoch auch erforderlich, besonders um die Fahrzeiten für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige zum Feuerwehrhaus kurz zu halten und so die vorgeschriebenen Hilfsfristen zu gewährleisten. Die Frage danach, ob eine solche Vorhaltung rentabel ist, muss dabei in den Hintergrund rücken.

Welch große Rolle allein das Ehrenamt im Feuerwehrbereich mit Blick auf finanzielle Aspekte spielt, zeigt eine Untersuchung von Friedhelm Wolter aus dem Jahr 2005 (Wolter 2011). Wolter stellte darin u. a. einen Systemvergleich an, in dem er das bestehende bundesdeutsche Feuerwehrwesen einem fiktiven System aus standortoptimierten, überörtlich tätigen und hauptamtlich besetzen Feuerwehrstützpunkten gegenüberstellt.

[3] Vgl. www.nim.org/sites/default/files/medien/135/dokumente/2018_-_trust_in_professions_-_deutsch.pdf (letzter Zugriff 14.6.2021).

[4] Vgl. www.stmi.bayern.de/sus/feuerwehr/index.php (letzter Zugriff 14.6.2021).

Nach seiner Untersuchung wären die Aufwendungen für den „Betrieb einer [bundesweiten] beruflichen Feuerwehrstruktur ohne ehrenamtliche Komponenten“ (Wolter 2011: 250) fast doppelt so hoch wie die derzeitigen Aufwendungen für das bestehende System Feuerwehr *einschließlich* der Investitionen in die vielen Standorte der Freiwilligen Feuerwehren. Wolter beziffert dabei „ein theoretisches ökonomisches Gewicht des Feuerwehrehrenamtes in Deutschland“ (Wolter 2011: 251) im Milliardenbereich.

Fazit und Apell

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass jede einzelne Feuerwehr auch und gerade im ländlichen Raum als erhaltenswert angesehen werden muss, da jede einzelne Feuerwehr einen essenziellen Beitrag zur Sicherheit „ihrer“ Bürger*innen leistet und dem Dorf ein Identifikationsmerkmal bietet.

Den kommunalpolitischen Entscheidungsträgern*innen sei ans Herz gelegt, „ihre“ Feuerwehr anhand realer Gefahren und Risiken im Gemeindegebiet und nicht anhand eines standardisierten Bemessungsszenarios zu beurteilen. Gerade im Rahmen größerer und lang andauernder Schadenlagen (Katastrophenfall) wäre objektiv zu erwarten, dass die Reduzierung von kleineren Feuerwehrstandorten zu einer spürbaren Absenkung des jeweiligen Sicherheitsniveaus führt.

Sollten sich im Einzelfall strukturelle Problemstellungen mit Blick auf die gemeindliche Feuerwehr ergeben, kann eine interkommunale oder auch überörtliche Zusammenarbeit z. B. deutliche Verbesserungen bei der Verfügbarkeit von ehrenamtlichen Feuerwehrkräften gerade unter Tags (sog. „Tagesalarmsicherheit“) herbeiführen. Ferner kann sich eine finanzielle Entlastung des Gemeindehaushalts durch abgestimmte und gemeinsame Beschaffungen ergeben. In jedem Fall sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die einzelnen Feuerwehrstandorte langfristig zu stärken.

Die kommunale Feuerwehr als einer der letzten Pfeiler dörflicher Selbstverantwortung ist ein hohes Gut, auf das man zu Recht stolz sein kann und das die Wertschätzung aller verdient.

Foto: B. Mattern

Literatur zu diesem Artikel finden Sie unter: www.asg-goe.de/pdf/LR0221-Literatur-Mattern.pdf

Bürgerladen Ippinghausen

Dorfladen-Sterben und die Bürgerladen-Gegenbewegung ab 1994

Günter Lühning

Die Zahl der Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte (LEH) hat sich von 160 000 in 1970 auf 37 375 in 2020 stark reduziert. Die Zahl kleiner LEH-Geschäfte mit Verkaufsflächen < 400 m² – insbesondere die letzten Nahversorger im ländlichen Raum – haben sich von 66 450 in 1990 um 85 % auf nur noch 8 450 kleine Nahversorger sehr stark reduziert.[1] „Diese Schließungswelle führte zu einer Gegenbewegung", betont Anton Brand, 2. Vorsitzender des Bürgerladen-Vereins „Die DORFbegegnungsLÄDEN in Deutschland e.V." und verweist auf inzwischen über 300 Bürgerläden in Deutschland, deren Gründungswelle vor gut 25 Jahren begann.

Die Dorfläden in Ippinghausen bei Kassel in Hessen und Utzenhofen bei Amberg in Bayern wurden vor 27 Jahren gegründet und im November 1994 eröffnet. Noch älter ist nur die Konsumgenossenschaft im Harz-Städtchen Wildemann in Niedersachsen, die schon vor über 40 Jahren gegründet worden sein soll.

Günter Lühning

1. Vorsitzender der Dorfbegegnungsläden in Deutschland e.V., der Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden und des Dorfladen Otersen w.V.

luehning@dorfbegegnungslaeden.de
www.dorfbegegnungslaeden.de

Ippinghausen in Nordhessen

Ippinghausen mit seinen 1 070 Einwohner*innen gehört zur Stadt Wolfhagen bei Kassel. Sehr früh, früher als in weit mehr als 300 anderen Dörfern Deutschlands, beklagten die Einwohner*innen in Ippinghausen nicht nur den Mangel an Nahversorgung, das Fehlen von örtlichen Geschäften und die immer weiteren Wege zum Einkaufen – sondern in Ippinghausen nahmen Mann und Frau das dörfliche Schicksal sehr frühzeitig selbst in die Hand und praktizierten „Eigeninitiative statt Unterversorgung".

1994 schloss in Ippinghausen der letzte Lebensmittelladen im Dorf. Weite Einkaufsfahrten in die Städte Wolfhagen in die eine Richtung und Naumburg in die andere Richtung waren die Aussichten. Damit wollte man sich in Ippinghausen nicht abfinden. Ortsvorsteher Karl Keßler ergriff die Initiative. Mit Gleichgesinnten gründete er das Projekt „Bürgerladen" mit einem stattlichen Fundament:

- 220 Gesellschafter*innen
- jeweils 200 DM als Gesellschafter-Einlage in die GbR
- insgesamt 44 000 DM als Startkapital kamen 1994 zusammen

Die Eröffnung des Bürgerladens erfolgte im November 1994, um unbedingt noch das Weihnachtsgeschäft mitzunehmen. „Hier wohne ich, hier kaufe

[1] EHI-Retail-Institute, www.handelsdaten.de

ich!“ ist auf dem Bürgerladen-Firmenschild über dem Haupteingang zu lesen. Dieser Slogan ist Programm. Der Bürgerladen sei eine „Erfolgsgeschichte“ für Ippinghausen, betont der heutige Ortsvorsteher Klaus-Peter Mohrdieck.

Utzenhofen in Bayern

In Utzenhofen mit seinen nur rund 300 Einwohner*innen schloss das einzige Lebensmittelgeschäft bereits Mitte der 1980er Jahre. Im Rahmen der Leitbild-Diskussion zu Beginn der Dorferneuerung entstand die Idee eines von den Dorfbewohner*innen selbst betriebenen Dorfladens. Folgende Ziele wurden formuliert:

- Der Dorfladen soll die Grundversorgung mit Lebensmitteln, Haushalts- und Schreibwaren sichern sowie die Direktvermarktung von vor Ort produzierten Lebensmitteln fördern.
- Des Weiteren soll er Dienst- und Sozialleistungen anbieten.
- Der Dorfladen soll als Treffpunkt für die Bevölkerung und als Ausgangspunkt kultureller Aktivitäten dienen.

1992 erwarb die Marktgemeinde Kastl (insgesamt 2 600 Einwohner*innen in mehreren Ortsteilen) in der Ortsmitte von Utzenhofen eine leerstehende Hofstelle und begann mit Förderung des Amtes für Ländliche Entwicklung Oberpfalz mit dem Umbau der Hofstelle. Eine Teilfläche wurde an die Bürgerinitiative für den neuen Dorfladen vermietet. Vorbereitet von einem Arbeitskreis gründete die Einwohnerschaft eine „Dorfladen Utzenhofen GbR mbH“ mit gut 100 Mitgliedern. Im November 1994 erfolgte die Eröffnung. Aus Kostengründen hat der Dorfladen Utzenhofen an sechs Tagen pro Woche vormittags und an zwei Nachmittagen geöffnet. Im November 2019 berichtete die Lokalzeitung: „25 Jahre nach der Eröffnung des Dorfladens blickten die Utzenhofener auf die Anfänge ihres ‚großen Abenteuers‘ zurück. Ein Abenteuer, das sie nicht bereuen“. ■

Fördermöglichkeiten für die Nahversorgung in ländlichen Räumen

Winfried Eberhardt

Eine Unterstützung der Nahversorgung erfolgt ganz unterschiedlich durch die öffentliche Hand. Die Bundesländer verfolgen die Belange einer in die Zukunft gerichteten Nahversorgung zumeist über die jeweiligen Landesprogramme zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), durch Landesinitiativen oder Modellvorhaben. Daneben gibt es auf Landkreisebene und in Österreich weitere interessante Fördervarianten.

Die Förderarchitektur bestehender Förderangebote zur Nahversorgung ist komplex. Auf Bundesebene bezeichnet der Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz (GAK) die Maßnahmen einschließlich der mit ihnen verbundenen Zielstellungen; er beschreibt die Fördergrundsätze, Fördervoraussetzungen sowie die Art und die Höhe der Förderungen. Voraussetzung für eine Förderung vor Ort in einem Bundesland ist, dass die Maßnahme der GAK vom jeweiligen Land angeboten wird, denn für die Durchführung der Förderung ist ausschließlich das jeweilige Land zuständig. Die Länder, die GAK-Förderung anbieten wollen, erlassen zur Umsetzung eigene Förderrichtlinien, die aber inhaltlich an die Förderungsgrundsätze der GAK gebunden sind. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Politik zur Entwicklung ländlicher Räume, insbesondere dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in Deutschland.

Entwicklungsprogramme der Bundesländer

In ihren EU-kofinanzierten Entwicklungsprogrammen bzw. -plänen für den ländlichen Raum können die Bundesländer mehrere Förderbereiche nutzen. I. d. R. sind es vier potenzielle Instrumente und zwar:

- die Dorferneuerungs- bzw. Dorfentwicklungsprogramme,
- die Förderung von Kleinstunternehmen der Grundversorgung,
- die Förderung von Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen,
- die Regionalentwicklungsinitiative LEADER.

Winfried Eberhardt

Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig

winfried.eberhardt@thuenen.de

www.thuenen.de/de/lr

Förderschild

Die Bundesländer entscheiden, ob und wie sie diese Maßnahmen in ihren Förderprogrammen festlegen und wie sie diese umsetzen wollen. Dies betrifft v. a. die inhaltliche Ausgestaltung sowie die finanzielle Ausstattung inklusive der jeweiligen Fördersätze und -höhen. Detaillierte Informationen zu den Förderbedingungen enthalten die Entwicklungsprogramme/-pläne der Länder und die dazugehörigen Förderrichtlinien des Landes.[1]

Im Rahmen der GAK- und ELER-Förderung, aber auch in anderen Förderinstrumenten auf Länder- oder Regionsebene, sind folgende Aspekte häufig zu Fördervoraussetzungen geworden: Beratung im Vorfeld, Situationsanalysen an geplanten Standorten (lokaler Bedarf), Nachweise zur Wirtschaftlichkeit und Einbindung der Bewohner*innen bei der Konzeptentwicklung.

Fördergegenstand sind zumeist Investitionszuschüsse in neue Gebäude und Sachwerte, aber auch Beratungs- bzw. Ingenieurleistungen, die mit der Vorhabenumsetzung verbunden sind (Förderschwerpunkt Grundversorgung). In manchen Ländern werden zudem Grundstückserwerb sowie Kauf, Einrichtung und Umbau von Gebäuden oder die Umnutzung von Gebäuden bezuschusst. Z. T. werden auch Unterstützungsmöglichkeiten für mobile Angebote als möglicher Fördergegenstand benannt. In einigen Ländern existieren Beratungsangebote zur Unterstützung bestehender oder geplanter Nahversorgungseinrichtungen. Bei Finanzierungsengpässen können ggf. Angebote von Landesbanken und Bürgschaftsbanken in Anspruch genommen werden.

Für Dorfladenprojekte sind zwei Aspekte beachtenswert:

- Tritt eine Gemeinde als Zuwendungsempfänger auf, erhält sie eine höhere Förderquote: Die Höhe der Förderung beträgt für Gemeinden, Gemeindeverbände, Teilnehmergemeinschaften sowie deren Zusammenschlüsse und gemeinnützige juristische Personen bis zu 65 % der förderfähigen Kosten. Bei anderen Begünstigten wird zumeist ein geringerer Zuschuss von bis zu 35 % der förderfähigen Kosten gewährt.
- Die Einbindung in regionale Konzepte ist von Vorteil: Bei Vorhaben, die der Umsetzung eines vom Bundesland anerkannten regionalen Entwicklungskonzeptes (REK oder ILEK) oder einer lokalen Entwicklungsstrategie (LEADER) dienen, kann der Fördersatz um bis zu 10 Prozentpunkte erhöht werden.

Beispiele für länderspezifische Modelle und Initiativen der Bundesländer

Einige Bundesländer setzen auf spezielle Nahversorgungsmodelle, Landesinitiativen oder Modellvorhaben, drei Beispiele:

Schleswig-Holstein verfolgt mit dem landesweiten Nahversorgungsmodell „MarktTreff“ seit 1999 eine spezielle Strategie. In den geförderten Orten entstehen Multifunktionsangebote nach ortsspezifischem Bedarf. Durch die jahrelange Zusammenarbeit ist ein Netzwerk vieler Partner*innen entstanden, die regelmäßig Erfahrungen austauschen. In den letzten Jahren wird verstärkt die Gründung von Genossenschaften als Träger angeregt. Neben den Planungs- und Beratungskosten, wie Standort-Check, MarktTreff-Projektleitung, Konzeptkosten, Tragfähigkeitsuntersuchung der Wirtschaftlichkeit, wird allgemein Übliches wie bauliche Investitionen und Ladeninfrastruktur bezuschusst. Mittlerweile gibt es fast 50 MarktTreffs.

In Mecklenburg-Vorpommern erhalten örtliche Initiativen bei der Sicherung oder Wiederherstellung der Nahversorgung vor Ort über die „Landesinitiative Neue Dorfmitte Mecklenburg-Vorpommern“ (kurz: „Neue Dorfmitte“ (NDM)) Unterstützung. Die Basis für eine NDM bilden der stationäre (Dorfladen) oder ein mobiler Lebensmittelladen. Für die Vorhaben ist im Vorfeld ein qualifizierter gutachterlicher Nachweis zur Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsverträglichkeit erforderlich, dessen Kosten aber auch zuwendungsfähige Ausgaben darstellen. Bisher sind überwiegend kleine bestehende Angebote unterstützt worden.

In Bayern und Rheinland-Pfalz besteht insbesondere für kleine Nahversorgungseinrichtungen wie Dorfläden ein Netzwerk vieler Partner*innen, die professionell beraten und betreut werden. In Rheinland-Pfalz ist das Dorfladenberatungsprojekt „M-Punkt RLP“

[1] Eberhardt, W. (2019): Fördermöglichkeiten zur Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 83 S., Thünen Working Paper 128. Das Thünen Working Paper wurde im Rahmen des Projekts „Dynamik der Nahversorgung“ erstellt. Gefördert wurde das Projekt durch das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

die zentrale Anlaufstelle für alle Fragestellungen zu den Themen Dorfladen bzw. Nachbarschaftsladen, Gemeindezentren, kommunale und regionale Nahversorgung. Das Projekt bietet Beratungs- und Hilfeleistungen insbesondere für Kommunen an, die sich dafür interessieren, einen Dorfladen zu eröffnen. Das Angebot beinhaltet alle Fragen rund um die Errichtung, Förderung und Finanzierung sowie den langfristigen Betrieb. Der Fokus liegt auf der Wirtschaftlichkeit: fehlt das wirtschaftliche Potenzial oder sind sie konzeptionell nicht zweckmäßig, werden stationäre Projekte nicht weiterverfolgt. Darüber hinaus werden auch bestehende Einrichtungen beraten, damit diese ihre Wirtschaftlichkeit verbessern und bestehen bleiben.

Dorfladen Adelheidsdorf im Landkreis Celle

Langjährige Erfahrungen mit Betriebskostenzuschüssen in Österreich

Weitere Fördervarianten, die in dieser Form aus Förderprogrammen in Deutschland nicht bekannt sind, existieren in Österreich. In der „Richtlinie zur Förderung der Lebensmittel-Nahversorgung“ im Land Vorarlberg sind neben den auch in Deutschland möglichen Investitionszuschüssen zusätzlich Betriebskostenzuschüsse (jährlich bis maximal 25 000 € pro Dorfladen) vorgesehen. Ein Betriebskostenzuschuss wird dort seit 1999 unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes (Ertragslage) gewährt. Allein 2020 wurden 48 Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt rund 880 000 € bewilligt. Dies entspricht im Durchschnitt 18 300 € pro Laden. Im Land Südtirol kann der Zuschuss bis zu 11 000 € pro Jahr betragen, dort wurden 2019 über 80 kleine Nahversorgungseinrichtungen unterstützt. Des Weiteren sind z. B. auch Zuschüsse für Zustelldienste (Voralberg) oder auch digitale Kommunikationsmaßnahmen zum Ausbau des Kundenkreises förderfähig (Land Steiermark). Die Corona-Krise hat dort gezeigt, wenn es die Nahversorgungsförderung der Dorfläden nicht gäbe, wären Teile des Landes ohne funktionierende Nahversorgung.

Fördervarianten auf Landkreisebene

Auf regionaler Ebene bestehen in manchen Regionen zur Sicherung der Nahversorgung darüber hinaus Unterstützungsmöglichkeiten für Projekte mit geringerem Finanzbedarf.

Die Landkreise Emsland und Grafschaft Bentheim bieten jeweils kleine eigene Förderprogramme zur Nahversorgung an. Per Zuschuss werden die Konzeption und Realisierung von Vorhaben zur Sicherung der Nahversorgung sowie Einrichtungen zur Versorgung der dörflichen Bevölkerung unterstützt, wie z. B. Dorf-/Nachbarschaftsläden oder kleine Dienstleistungs- und Grundversorgungszentren mit Einzelhandel, ärztlicher Versorgung oder Apotheke.

Die Region Hannover unterstützt ihr regionales Netzwerk der Dorfläden und Initiativen. Sie übernimmt für Maßnahmen zur Stärkung der Nahversorgung anteilig Kosten bspw. für Vorleistungen zu konkreten Projekten wie Bedarfsermittlungen, Machbarkeitsstudien und Wirtschaftlichkeitsberechnungen von Dorf-, Hof- und Multifunktionsläden, für Moderationsprozesse und Beteiligungsverfahren zur Einbindung von Bürger*innen vor Ort sowie für Öffentlichkeitsarbeit. Neben diesen Fördermöglichkeiten gibt es dort zwei weitere Unterstützungsangebote an die Netzwerkmitglieder: Teilnahme am regelmäßigen Erfahrungsaustausch und an Schulungsangeboten für Dorfladen-Initiativen.

Abschließend ist der Vollständigkeit halber zu vermerken, dass bundesweit noch weitere Beispiele auf lokaler Ebene existieren, wo sich z. B. Kommunen beim Start von Dorfläden auf Basis bürgerschaftlichen Engagements beteiligen und auf unterschiedliche Art unterstützen (z. B. Anteile einer Genossenschaft zeichnen, Mietzuschuss in der Startphase oder zu den Energiekosten, kostenlos oder vergünstigt zur Verfügung gestellte Verkaufsflächen, ideelle Unterstützung). ■

Dorfläden in Bayern – eine Erfolgsgeschichte

Wolfgang Gröll

Seit mehr als 25 Jahren werden in Süddeutschland sehr erfolgreich Bürgerläden gegründet. Mehr als 200 Bürgerläden (Dorfläden mit Bürgerbeteiligung) wurden bereits an den Start gebracht; davon haben weniger als 10 % wieder geschlossen.

Diese Erfolgsgeschichte hat in Bayern sehr klein angefangen. Die Wiege zahlreicher Bürger- und Dorfläden findet man in Thierhaupten. Gerlinde Augustin, Leiterin der Schule für Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten e.V.[1], erkannte sehr früh die Notwendigkeit und das Potenzial der Bürger- und Dorfläden in Bayern. Seit mehr als 15 Jahren werden mindestens ein- bis zweimal jährlich alle Bürgermeister*innen bayernweit zur Informations- und Motivationsveranstaltung nach Thierhaupten eingeladen und einen Tag lang über das Thema intensiv informiert.

Dorfladen-Netzwerk vertritt die Interessen der einzelnen Läden

Vor ca. 25 Jahren musste noch jeder Bürgerladen ohne Fördermittelunterstützung gegründet und auch aufgebaut werden. Es gab auch keine Großhändler wie EDEKA, REWE etc., die bereit gewesen wären, kleinere Bürger- und Dorfläden zu beliefern. Zu dieser Zeit gründete sich das erste Dorfladen-Netzwerk, um die Interessen der Bürger- und Dorfläden gegenüber den Lieferanten sowie den jeweiligen Landesregierungen (damals noch hauptsächlich Sachsen, Thüringen, Bayern) zu vertreten.

Das Dorfladen-Netzwerk war von Grund auf so strukturiert, dass es ohne öffentliche Förderung geführt wird. Mit Hilfe des Bayerischen Wirtschaftsministeriums wurden gezielt Innovationsprojekte zu den Themen „Mindestlohn für Dorfläden“ noch vor der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes sowie „5-Sterne-Dorfladen“ mit der Auszeichnung zum „Dorfladen des Jahres“ gefördert. Derzeit arbeiten sieben Berater*innen für die Qualifizierung der Betreiber*innen von Bürger- und Dorfläden in ganz Deutschland. Das jüngste Projekt ist die 24/7-Akademie. Hier können sich die Mitglieder des Dorfladen-Netzwerkes zeitlich unbegrenzt über die wichtigsten Fachthemen rund um den Dorfladen zwanglos informieren. Die Schwerpunkte der Dauerbegleitung sind Trainees vor Ort in den Bereichen Bedientheke, Sortimentsgestaltung, Kalkulation, Task-Force-Einsätze, Qualifizierung zum 5-Sterne-Dorfladen etc.

Fördermöglichkeiten für Bürger- und Dorfläden

In Bayern befinden sich derzeit ca. 50 Dorfladenprojekte in der Gründer- und Umsetzungsphase. Trotz – oder wegen?!? – Corona hat sich dieser Trend eher verstärkt.

Dank der aktuell sehr guten Förderung der Bürger- und Dorfläden wird es für die Akteur*innen vor Ort leichter, in hochwertige Technik und Ausstattung zu investieren. Im Rahmen der Standortbewertungen werden bereits heute schon je nach Region Mindestlöhne von 11,50 € und 12,00 € angesetzt. Unabhängig von Fördermöglichkeiten wurde schon sehr früh darauf gesetzt, dass die Mitarbeiter*innen vor Ort fair und auch marktgerecht bezahlt werden können.

Oberstes Credo dabei war und ist, dass die Dorfladenprojekte grundsätzlich ohne öffentliche Förderung realisiert werden können sollen. Mit der Inanspruchnahme von öffentlichen Fördermitteln sollten folgende Ziele verfolgt werden:

- Verkürzung der Anlaufphase
- Ermöglichen höherer Investitionen, um die Gesamtattraktivität des Bürger- bzw. Dorfladens zu erhöhen.

Folgende Fördermittel können aktuell für die Bürger- bzw. Dorfläden in Bayern in Anspruch genommen werden:[2]

- Förderung der Dorferneuerung über die Kleinstunternehmerförderung von 10 000 € bis maximal 200 000 € (= De Minimis-Regelung der EU); Fördersatz zwischen 35 % und 45 %

Foto: ASG

Wolfgang Gröll

Vereinigung der Bürger- und Dorfläden in Deutschland e.V., Berg

wimgroell@t-online.de
www.dorfladen-netzwerk.com

[1] www.sdl-thierhaupten.de

[2] Nähere Informationen in Eberhardt, W.: Fördermöglichkeiten zur Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen. Braunschweig 2019, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Thünen Working Paper 128. S. auch den Artikel auf S. 37 in diesem Heft.

- Förderung über die Städtebauförderung von bis zu 60 %
- Über die Gemeinden auch „Innen statt Außen“ von bis zu 90 % für Baumaßnahmen
- Leader-Förderung (Fördersätze je Region bis 65 % möglich)
- Bürgschaft ohne Rückbürge über die Bürgschaftsbank Bayern bei bürgerschaftlichem Vorhaben; damit wird die Möglichkeit gegeben, auch Förderdarlehen in Anspruch zu nehmen.
- Stille Beteiligungen über die Mittelstandsbeteiligungsgesellschaft ohne Rückbürge
- Beratungsförderung über das Vorgründercoaching in Bayern
- Beratungsförderung in der Entstehungs- und Gründerphase über die Gemeinden zu Beginn des Dorfladenprozesses; in dieser Phase der Idee bis zur Gründung übernehmen die Gemeinden die Beratungs- und Begleitungsphase des Dorfladenprojektes mit Bürgerbeteiligung

Ausblick

Blickt man in die Zukunft, so wird die Erfolgsgeschichte „Bürger- und Dorfläden“ erst noch richtig Fahrt aufnehmen. Spätestens in 10 bis 15 Jahren, wenn die „Babyboomer“ in ihren wohlverdienten Ruhestand gehen, fällt der Arbeitsort als Einkaufsort weg. Der Wohnort als Einkaufsstätte rückt damit deutlich in den Mittelpunkt. Hinzu kommt, dass die Dorfcafés und Tagesbistros als sozialer Treffpunkt immer mehr aufgesucht werden. Verpackungsfreies Einkaufen, Interneteinkauf über einfache Dorfladen-Apps sowie regional unterschiedlich das Einkaufen auch außerhalb der Öffnungszeiten werden dafür sorgen, dass sich diese Dorfläden stets am Puls der Zeit bewegen. ■

Warum Coworking zu Dorfläden passt

Coworking Spaces sind nicht mehr nur in Großstädten ein Phänomen. Die gemeinschaftlichen Orte zum flexiblen und mobilen Arbeiten entstehen auch immer stärker in der Peripherie. Im Gegensatz zu ihren städtischen Pendants decken die ländlichen Coworking Spaces wesentlich stärker die Breite der Gesellschaft ab. Statt nahezu ausschließlich Digitalarbeitende zu beherbergen, passen sich die ländlichen Spaces dem Bedarf vor Ort an und bieten zunehmend weitere Services wie Kinderbetreuung, Werkstätten, Postannahmestellen oder Cafés an.

Hier kommen Dorfläden ins Spiel. Sie können den Nutzen eines Coworking Spaces noch erweitern und seine Attraktivität erhöhen. Schließlich verfolgen beide Konzepte ähnliche Ziele:

1. Daseinsvorsoge ausbauen: Das Landleben wird attraktiver oder für manche überhaupt erst möglich, wenn es moderne und nachhaltige Einkaufs- und Arbeitsmöglichkeiten auch in kleinen Orten gibt.
2. Fahrzeiten reduzieren: Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute so nah ist? Sowohl die Umwelt als auch die Gesundheit der Menschen profitieren von kürzeren Fahrzeiten – sei es zum Arbeitsplatz oder um einen Sack Kartoffeln zu kaufen.
3. Dorf beleben: Florierende Coworking Spaces mit Zusatzangeboten wie einem Dorfladen sorgen für Aufmerksamkeit. Mehr Menschen kommen in den Ort, um die Infrastruktur zu nutzen. Das wiederum inspiriert weitere Gewerbe, sich dort niederzulassen, und kleine Orte werden so auch tagsüber wieder lebendig.

PopUp-Coworking bietet die Möglichkeit zu testen, ob Coworking an diesem Standort ein sinnvolles Zusatzangebot sein könnte – z. B. neben einem Dorfladen.

Nicole Dau, Öffentlichkeitsarbeit, Beratung, CoWorkLand, nicole@coworkland.de, www.coworkland.de

Dorfläden als Absatzmarkt regionaler Lebensmittel

„Bewusster einkaufen, regionale Erzeuger unterstützen und dabei etwas für den Klimaschutz tun: Das ist für viele wichtig“ stellte Bundesministerin Julia Klöckner anlässlich der Veröffentlichung des BMEL-Ernährungsreports 2021 „Deutschland, wie es isst“ heraus.[1] Geschmack (96 %), regionale Herkunft (82 %) und Saisonalität (78 %) sind die drei (von acht) meistgenannten Kriterien für die Auswahl von Lebensmitteln. Die regionale Herkunft ist den Befragten bei folgenden Lebensmitteln (sehr) wichtig: Eier sowie frisches Obst und Gemüse (jeweils 86 %), Brot- und Backwaren (83 %), Fleisch und Wurstwaren (78 %) sowie Milch und Milcherzeugnisse (71 %).

Käseherstellung im Lkw direkt auf dem Hof der Familie Hiebler, v.l.: Christoph Einhellig, Kaser; Josef Hiebler mit Schwester Elisabeth, Milchbauern; Anton Klöck, Milchbauer; Peter Böhmer, Dorfladen; Kathi Grünauer, Milchbäuerin

Je stärker regionale Lebensmittel bei den Verbraucher*innen an Bedeutung gewinnen, desto größer wird der Bedarf an Hofläden und Dorfläden als Vermarkter regionaler Produkte. Bei den Hofläden haben sich in der Vergangenheit drei Vertriebswege entwickelt:

1. Hofläden mit persönlicher Bedienung,
2. Hofläden ohne Personal, in Selbstbedienung mit Bezahlung auf Vertrauensbasis und
3. zunehmend Hofläden mit einem oder mehreren Waren-Automaten, deren Anschaffung schon eine ordentliche Investition darstellt.

Immer öfter fungieren Dorf- und Bürgerläden als Absatzmarkt für regionale Lebensmittel, als Dorf- und Hofladen unter einem Dach, sodass die lokalen Erzeugnisse nicht in 5 bis 15 verschiedenen Hofläden angeboten werden, sondern gebündelt im Dorfladen.

„Nicht überall passt ein Hofladen“, schrieb im April 2021 das Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt[2] und empfahl, die Gründung eines Dorfladens anzuregen. Durch die Bündelung der regionalen Erzeugnisse mehrerer Direktvermarkter in einem Dorfladen können bei den Landwirt*innen und Erzeuger*innen Personalkosten und auch die hohen Investitionen in Waren-Automaten gespart werden. Durch diese Ersparnisse lassen sich die Wiederverkäufer-Rabatte an den Dorfladen refinanzieren – denn der Dorfladen muss Personal- und Energiekosten sowie Mieten und andere Kosten decken können. Wie ein „Dorfladen als Absatzmarkt“ landwirtschaftlicher Erzeugnisse funktionieren kann, beschrieb das Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt in seiner Reportage zur Direktvermarktung am Beispiel des Farchanter Dorfladens im Landkreis Garmisch-Partenkirchen.

Regionalität nicht in der Nische sondern im Fokus

Der Dorfladen Farchant ist eine bürgerschaftlich organisierte Selbsthilfeeinrichtung, die 2013 von 280 Anteilseigner*innen gegründet wurde und auf 130 m² Ladenfläche mit täglich gut 200 Kund*innen jährlich rund 900 000 € Umsatz erzielt. Diese hohe Kundenfrequenz nutzt auch den regionalen Produkten, die beim agilen Geschäftsführer Peter Böhmer kein Nischen-Dasein fristen, sondern klar im Fokus des Warensortiments stehen. „Das Angebot im Farchanter Dorfladen ist auf den vier Säulen

- Regionalität
- Frische
- Bio-Produkte
- und ergänzende Supermarkt-Ware von einem Großhändler

aufgebaut“, so Peter Böhmer, der seinen Kund*innen insgesamt ein Vollsortiment anbieten kann. Gleichzeitig leistet die Regionalwaren-Vermarktung aufgrund kurzer Lieferwege auch einen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz. Mit seinem grünen Kleinbus holt Peter Böhmer die regionalen Produkte von den Bauernhöfen, Käsereien und einem regionalen Kaffeeröster ab – und ist stets nah dran an Produzent*innen und Produkten. Zum beliebten Regional-Sortiment des Farchanter

[1] www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/ernaehrungsreport2021.html (letzter Zugriff 8.6.2021)

[2] Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt vom 23.4.2021, S. 40.

Dorfladens zählen: Eier, Honig, Kaffee, Liköre, Gewürze, Geflügel, Räucherfisch, Lammfleisch, Mehl-Produkte, heimisches Wildbret, viel Obst und Gemüse, Kartoffeln vom Biohof, Aronia-Säfte, Apfelsäfte, Fruchtsäfte, Apfel-Essige, Ziegenkäse aus Lenggries, Joghurt, Farchanter Käse.

Sogar 5 kg- oder 10 kg-Fleischpakete vom Murnau-Werdenfelser Rind werden erfolgreich nach Vorbestellung vom Farchanter Dorfladen vermarktet – neuerdings auch online.

Durch sein langjähriges Engagement hat Peter Böhmer, der auch Vorstandsmitglied im Verein „Die DORFbegegnungsLÄDEN in Deutschland e.V." ist, den Dorfladen Farchant zu einem bundesweit beachteten Leuchtturm-Projekt entwickelt – insbesondere als Förderer der regionalen Wertschöpfungskette und als Vermarkter guter Lebensmittel aus bekannter Herkunft. 2019 wurde der Farchanter Dorfladen auf der LandSchau-Bühne der Internationen Grüne Woche in Berlin von der Dorfladen-Bundesvereinigung[3] als „Dorfladen des Jahres" prämiert. Auf seinen Lorbeeren ruhen sich Peter Böhmer und seine 12 Kolleginnen und Kollegen aber nicht aus. Auf einem eigenen Youtube-Kanal des „Dorfladen Farchant UG" werden in professionell erstellten Videos Lieferant*innen und Hersteller*innen regionaler Lebensmittel vorgestellt.

Unter dem Motto „Wer weiter denkt, kauft näher ein" setzen die Farchanter „Dorfladler" auf stationären Vertrieb und gute persönliche Beratung sowie einen „Ratsch" im Dorfladen. Peter Böhmer und sein Team gehen aber auch neue Wege und nutzen in Zukunft auch den Vertriebskanal „Internetshop" – zunächst als Rindfleisch-Shop[4]. Die Bündelung von regionalen Lebensmitteln in diesem neuen Internetshop könnte die regionale Wertschöpfungskette weiter stärken. ■ Günter Lühning

[3] www.dorfladen-netzwerk.de [4] www.fleisch.dorfladen-farchant.de

Hybride Dorfläden:

Stationär & digital – das Beste aus zwei Welten

Die Digitalisierung hat Einzug gehalten in die ländliche Nahversorgung. Reine 24/7-Märkte, sieben Tage in der Woche rund um die Uhr geöffnet – aber ohne persönliche Bedienung – werden aktuell von verschiedenen Anbietern projektiert, erprobt und realisiert. Aber auch hybride Konzepte, die eine Mischung von Öffnungszeiten mit und ohne Personal realisieren, werden umgesetzt.

In den Medien haben die 24/7-Märkte einen Hype ausgelöst. Ob diese Entwicklung nachhaltig und erfolgreich ist, wird erst in der Zukunft zu beantworten sein. Den Freunden herkömmlicher Nahversorgung mit Tante Emmas Enkelinnen hinter dem Bedientresen und an der Ladenkasse fehlt bei den reinen 24/7-Märkten die „Seele", die Menschlichkeit beim Einkaufen – insbesondere die soziale Funktion eines Dorfladens als örtliche Begegnungsstätte. Mit Blick in die Zukunft werden sich jedoch zunehmend mehr Dorf- und Bürgerläden der Digitalisierung öffnen müssen, um steigende laufende Kosten für Energie und Personal abfedern und die letzten Nahversorger auf dem Lande zukunftssicher erhalten zu können.

„Lebensmittelversorger sind ein entscheidender Revitalisierungsimpuls für die Dörfer", betonte Thorsten Bausch, CMO von myEnso/Tante Enso mit Blick auf den § 72 des Grundgesetzes (gleichwertige Lebensverhältnisse) zu Beginn eines Online-Seminars von Agrarsozialer Gesellschaft e.V., Verein „Die DORFbegegnungsLÄDEN in Deutschland e.V." und Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. Thorsten Bausch gründete gemeinsam mit Norbert Hegmann den Online-Supermarkt myEnso in Bremen. Für Seniorenheime und Dörfer ab ca. 1 000 Einwohner*innen haben die Bremer das Kleinflächen-Konzept „Tante Enso" entwickelt – als Kombination von „Tante Emma" einerseits und dem „myEnso-Online-Vertrieb" andererseits.

„Tante Enso" verbindet

- den stationären Lebensmittelverkauf mit Online-Bestellmöglichkeiten
- bis zu 3 000 Artikel in den Regalen vor Ort mit rd. 20 000 Artikeln virtuell im Online-Shop
- Einkaufszeiten mit persönlicher Bedienung, die jeder Laden individuell bestimmen kann, mit Einkaufszeiten ohne Bedienung und mit Nutzung der Self-Scanning-Kasse.

Der erste „Tante Enso“-Dorfladen wurde in Blender im Landkreis Verden südlich von Bremen eröffnet, 2020 folgte der zweite, ebenfalls in Niedersachsen, in Kooperation mit der Bürger-Genossenschaft in Schnega, einem 1 300-Einwohner-Dorf im Landkreis Lüchow-Dannenberg.[1] Vorausgegangen war der Gründung in Schnega eine erste Informationsveranstaltung mit 350 (!) Interessierten. Die 30 000 € Mindesteinlage für die Bürgergenossenschaft waren schnell zusammen. Mit Bedienung hat der Tante Enso-Dorfladen von Montag bis Sonnabend (außer am Mittwoch) jeweils von 8.00 bis 12.00 Uhr geöffnet und zusätzlich am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 15.00 bis 18.00 Uhr. Außerhalb der Zeiten mit Bedienung bekommen die Kund*innen mit „Tante Enso“-Karte Zutritt zum Dorfladen und können kameraüberwacht einkaufen. Nach dem SB-Einkauf wird die eingekaufte Ware von den Kund*innen eigenständig über den Scanner gezogen und am Ende per Karte und Lastschrifteinzug oder zu Lasten des Guthabens auf der Karte bezahlt. Diese Flexibilität wurde während des Online-Seminars von Edna Heller aus Schnega positiv herausgestellt. „Ich muss mich nicht an Ladenschließungszeiten halten und Stress machen, sondern kann entspannt am späteren Abend einkaufen. Den Einkaufstrubel vor Feiertagen kennen wir auch nicht, weil sich die Kundenströme auf 24 Stunden am Tag verteilen. Durch diese Kombination werden Tante Enso-Dorfläden zu hybriden Dorfläden – „mit dem Besten aus zwei Welten“. Trotzdem praktizieren die Einwohner*innen in Schnega auch den Klönschnack beim Einkaufen und die sozialen Kontakte“, bestätigte Edna Heller. Im zweiten Schritt soll es bald ein DorfCafé neben Tante Enso geben.

„Kann die ältere Kundschaft mit dieser neuen Technik umgehen?“ war eine der vielen Fragen während der Online-Veranstaltung. „Die Annahme, dass ältere Menschen nicht offen gegenüber neuen Technologien sind, hat sich für uns nicht bewahrheitet, sogar ganz im Gegenteil! Unsere älteste Self-Checkout-Kundin ist 98 Jahre alt! Sie hat sich die Benutzung der Kasse vom Tante Enso-Personal zeigen lassen und nutzt diese inzwischen sogar bevorzugt, weil sie die damit verbundene Flexibilität und Eigenständigkeit sehr schätzt“, antwortete Lisa Bädecker von Tante Enso.

Gefragt wurde auch nach den Ansiedlungs-Voraussetzungen für „Tante Enso“-Dorfläden. Lisa Bädecker: „Neben den harten Fakten wie Einwohnerzahl und Distanz zum nächsten Supermarkt, zählt für uns der Wille des Ortes. Wie groß ist der Wunsch nach einer Nahversorgung durch Tante Enso wirklich? Den Liebesbeweis erbringen Dörfer durch besondere Bewerbungsvideos, Willensbekundungen und nicht zuletzt durch die Anteilszeichnung in unserer Genossenschaft und direkte Teilhabe an ihrem Tante Enso“. „Bei der Einwohnerzahl sind es grundsätzlich 1 000 Einwohner, wichtiger ist aber die Zahl der angestrebten Anteile von 300 Einwohnern mit 100 € pro Anteil“ ergänzte Thorsten Bausch.

„Ich glaube, wer nach einer Lösung für die Versorgung der Menschen in ländlichen Regionen sucht, der darf den Menschen als Teil der Lösung dann auch nicht ausschließen. Es geht am Ende um Lebensqualität für den Menschen und die ist ohne Menschen für mich nicht lebenswert“, resümierte Thorsten Bausch von myEnso. ■ Günter Lühning

[1] Von der Eröffnung berichtete u. a. das NDR-Fernsehen: www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hallo_niedersachsen/Einzelhandel-20-Der-digitale-Dorfladen-in-Schnega,hallonds61836.html

MarktTreff (SH) und Neue Dorfmitte (MV):

Soziale Faktoren mitten im Dorf

Ingwer Seelhoff

MarktTreffs in Schleswig-Holstein

Es gab Zeiten, da hatte das schleswig-holsteinische Dorf Koberg im Kreis Herzogtum Lauenburg keinen sozialen Ortsmittelpunkt. Seit 2008 ist dies anders: Die Menschen der 780-Einwohner-Gemeinde schufen mit einem MarktTreff in dem ehemals kleinsten Bauerngehöft von 1748 ein multifunktionales Zentrum, das sie mit vielfältigem Leben füllen. „Seit der Eröffnung hat sich gezeigt, dass unser MarktTreff mit seiner Kombination aus lediglich 45 Quadratmeter großem Backladen mit kleinem Lebensmittelsortiment und Dorfgemeinschaftshaus ein Glücksgriff für Koberg ist“, sagt Johannes Kuhnhardt, einer der Aktivkräfte des rund 100 Mitglieder zählenden MarktTreff-Vereins. Fast jeden Tag finden zu Nicht-Corona-Zeiten Veranstaltungen statt – von Vorträgen über Theateraufführungen, Sportangeboten und Krabbelgruppen bis hin zu Literaturabenden und Privatfeiern. Ganz wichtig: das „Mittagessen in Gemeinschaft“, das vor allem für Ältere im Dorf – auch wegen des sozialen Austauschs – große Bedeutung hat. Kuhnhardt: „Mittlerweile haben wir 22 000 Essen gekocht und gemeinsam genossen.“

Der soziale Treffpunkt ist eine Funktion, die allen über 40 schleswig-holsteinischen MarktTreffs[1] gemeinsam ist – jeweils in ihrer individuellen Ausprägung. Und die kann sich wandeln, weiß Christina Pfeiffer, Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Kiel,

Gelebte Dorfgemeinschaft: Eröffnung des MarktTreffs Koberg 2008

das seit 1999 Gemeinden für dieses Modell jeweils eine infrastrukturelle Förderung mit EU-, Bundes- und Landesmitteln ermöglicht: „MarktTreff ist ein lernendes Projekt – das macht es so faszinierend.“ Kombinieren die Dorfzentren doch Einkaufsmöglichkeit oder Gastronomie mit Dienstleistungen und der Treffpunktfunktion fürs Dorf. Erste MarktTreff-Standorte im Land zwischen den Meeren integrieren gerade vor dem sozialen Hintergrund Kümmerer-Stellen oder Quartiersmanagement, z. B. durch die Diakonie.

Neue Dorfmitte Mecklenburg-Vorpommern

Die soziale Funktion von Dorfläden und -zentren rückt auch in Mecklenburg-Vorpommern stärker in den Fokus. Mit ihrer Initiative „Neue Dorfmitte MV“[2] hat das Land seit 2011 mittlerweile 48 Lebensmittelgeschäfte in Ortschaften gefördert.

„Die Neue Dorfmitte ist eben der gute alte Konsum auf dem Dorf, nur viel schöner und viel vielfältiger. Die Idee ist, dass wir in die Dörfer zurückholen den Punkt, wo man sich trifft, wo man über Dinge schnackt. Deswegen versuchen wir, die Neue Dorfmitte zu ergänzen um Cafébereiche, um die Post, um viele andere Ideen“, betont Minister Christian Pegel, dessen Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung, Schwerin, gemeinsam mit dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Dorfläden und -zentren fördert. Einer der Standorte ist das „Stall.Dich.Ein“ in Poppendorf (700 Einwohner*innen) im Landkreis Rostock: 15 km von der Ostseeküste entfernt, eine Kombination aus Dorfladen, Café, Kreativwerkstatt und Veranstaltungsmöglichkeiten – und das alles in einem ehemaligen Schweinestall. „Jeden Morgen hierherzukommen, die Türen aufzumachen, die ersten Kunden zu begrüßen, die ersten Gespräche zu führen, das ist wirklich was, worauf ich mich jeden Morgen freue“, berichtet Julia Kindt, Betreiberin des Dorfladens, voller Begeisterung. ■

Ingwer Seelhoff

Geschäftsführer ews group gmbh, Lübeck

seelhoff@ews-group.de
www.ews-group.de

[1] www.markttreff-sh.de [2] www.neue-dorfmitte-mv.de

Mit neuer, energieeffizienter Kühltechnik, Kühl-Bedientresen und Tiefkühlmöbeln können Dorfläden den Energieverbrauch senken und Kosten sparen. Seit Jahresbeginn 2020 gibt es dafür auch für kleine Lebensmittelgeschäfte Bundeszuschüsse.

Foto: Günter Lühning

Dorfläden als Klimaschützer

Durch die Schließung von 85 % aller kleinen Lebensmittelgeschäfte (bis 400 m² Verkaufsfläche) seit 1990 und den Rückgang auf nur noch 8 450 Läden[1] hat sich die Nahversorgung in vielen Regionen Deutschlands zu einer „Weit entfernt-Versorgung“ entwickelt. Folgen: deutlich mehr Einkaufsfahrten, deutlich höherer CO_2-Ausstoß und negative Folgen für den Klimaschutz.

Dort, wo Nahversorger-Geschäfte und damit kurze Wege (auch per Fahrrad oder zu Fuß) zum Lebensmitteleinkauf erhalten werden, wird auch ein bedeutender Beitrag für den Klimaschutz geleistet. 2019 plädierten drei Physiker der Universität Heidelberg für die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien, aber auch für stärkere Energieeinsparungen – auch im Verkehrssektor. „Würde beispielsweise im Verkehr zwölf Prozent weniger Kraftstoff verbraucht, würde dies mehr Energie einsparen als alle Windkraftanlagen zusammen liefern“, betonten die drei Physiker in ihrem Gastbeitrag für den Münchner Merkur.

Immer öfter schreiben sich kleine Dorfläden, davon über 300 bürgerschaftlich organisierte Selbsthilfeeinrichtungen, Nachhaltigkeit und Klimaschutz auf ihre Fahnen – auch um sich vom Wettbewerb abzuheben und dem zunehmenden Kostendruck durch steigende Energiepreise zu entkommen. Dorfläden sind Klimaschützer weil

1. sie regionale Lebensmittel – oft aus einem 40 bis 50 km-Umkreis – verkaufen und kurze Wege zwischen Erzeuger und Verkaufsstätte fördern,
2. sie kurze Wege zum Einkaufen ermöglichen und weite Fahrten von fünf und mehr Kilometern zum Brötchen-Einkauf sowie Pkw-Fahrten von zehn und mehr Kilometern zum nächsten Vollsortimenter nicht erforderlich machen,
3. sie immer öfter Sonnenstrom vom Dorfladen-Dach zur Eigenversorgung der Kühlgeräte im Dorfladen nutzen und
4. zunehmend energieeffiziente Kühltechnik, Kühl-Bedientresen und Kühl- und Tiefkühlregale nutzen.

In der Klimaschutzbroschüre des Handelsverbandes Deutschland HDE[2] wurde 2019 mit dem Dorfladen Otersen auch ein Bürgerladen als „Vorreiter“ porträtiert – nachdem Otersen 2018 von der Deutschen Energieagentur (dena) für das Modellvorhaben „Energieeffizient Handeln“ nominiert war. Innerhalb von zehn Jahren gelang es dem Dorfladen aus Niedersachsen, fast 50 % des Stromverbrauchs und damit jährlich 19 t CO_2 einzusparen. Seit Ende 2010 nutzt der Dorfladen eine 10 100 Watt (10,1 kWp) Sonnenstromanlage auf dem Dorfladen-Dach und nahm im Sommer 2021 weitere 70 Photovoltaik-Module mit 24,9 kWp Leistung in Betrieb. In Zukunft soll die Sonne jährlich gut 34 000 Kilowattstunden Strom in den Dorfladen liefern – fast den gesamten Jahres-Strombedarf.[3]

Seit Jahresbeginn 2021 gibt es jetzt auch für kleine Lebensmittelgeschäfte und Dorfläden wieder Bundesfördermittel für die Modernisierung der Kältetechnik und der Kühlmöbel.[4]

■ Günter Lühning

[1] EHI-Retail-Institute, www.handelsdaten.de

[2] http://dorfladen-netzwerk.de/2019/12/neue-klimaschutz-broschuere-des-handelsverbandes-hde (letzter Zugriff 18.6.2021)

[3] Kleine Nahversorger können weitere Informationen beim Dorfladen Otersen per E-Mail an dorfladen@otersen.de anfordern.

[4] http://dorfladen-netzwerk.de/2020/12/jetzt-auch-fuer-dorflaeden-bundes-foerderung-fuer-klimafreundliche-kaeltetechnik

Modell- und Demonstrationsvorhaben LandVersorgt:

Von LebensMittelPunkten bis Lieferdrohnen

Während der Corona-Pandemie hat sich die Art des Einkaufens verändert und wird sich weiter verändern. Online-Shops verzeichnen Zuwächse und die Digitalisierung einerseits sowie der Kostendruck insbesondere durch steigende Personalkosten andererseits werden auch nach der Pandemie die Nahversorgung im ländlichen Raum mehr oder weniger stark verändern.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) begleitet die Weiterentwicklung und den Veränderungsprozess in der ländlichen Nahversorgung mit dem Modell- und Demonstrationsvorhaben „LandVersorgt – Neue Wege der Nahversorgung in ländlichen Räumen“. Unterstützt werden *„beispielhafte, innovative Projekte, die geeignet sind, die Nahversorgung in den ländlichen Räumen zu verbessern und damit einen Beitrag zur Sicherung von Teilhabe und Daseinsvorsorge zu leisten. Diese Fördermaßnahme wird durch den Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) im Rahmen des Aktionsbündnisses Leben auf dem Land begleitet und ist auf Kommunen im ländlichen Raum ausgerichtet. Gefördert wird die Erarbeitung von innovativen Projektkonzepten für die Entwicklung nachhaltiger Lösungen für die Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs. Die Konzepte sollen modellhaft sein, neue Ideen aufgreifen und übertragbare Lösungen entwickeln – so dass sie für andere ländliche Regionen als Vorbild dienen können“.*[1] Nach einem 2020 gestarteten Bewerbungsverfahren wurden deutschlandweit 15 Modellvorhaben von Kommunen und Regionen ausgewählt.

Die Bandbreite der zukünftigen Optionen für die Nahversorgung auf dem Land – das spiegeln auch die 15 Modellprojekte wider – kann kaum größer sein. 24/7-Märkte, die an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr geöffnet haben, aber ganz ohne persönliche Bedienung auskommen wollen, erfahren aktuell besondere Aufmerksamkeit in den Medien. Auch mehrere der geförderten Kommunen haben vergleichbare Lösungen in ihren Konzepten vorgesehen. Zwei Modellprojekte aus Thüringen (Nobitz) und Hessen (Wolfhagen) sehen den ländlichen Nahversorger jedoch auch in Zukunft mit freundlicher Bedienung und wollen auf die soziale Komponente der „LebensMittelPunkte“ mit dörflichem Treffpunkt nicht verzichten. Ein zukunftsfähiger Kompromiss könnten Hybride Dorfläden (teilweise 24/7 und teilweise mit Bedienung) werden.

Ein weiterer Ansatz, der verfolgt wird, ist die Kombination aus Lebensmittel-Nahversorgung

Die 15 Standorte der Modellprojekte

© BMEL

[1] www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/dorfentwicklung/nahversorgung/mud-land-versorgt.html (letzter Zugriff 27.6.2021)

mit weiteren Angeboten in einem multifunktionalen Dorfladen. Zahlreiche geförderte Projekte bearbeiten darüber hinaus das Thema Lieferlogistik. Die Gemeinde Wusterhausen/Dosse, Brandenburg, entwickelt beispielsweise ein Konzept für den Einsatz von Lieferdrohnen.

Groß ist die Bandbreite bei der Digitalisierung und Automatisierung sowie dem Bring-Dienst auch bei Nahversorgungslösungen außerhalb des Modellvorhabens. Kleinen Warenautomaten auf Hofläden stehen Neuentwicklungen von Start-up-Unternehmen wie z. B. „DorfladenBox“ in Österreich, Click & Collect-Abholstationen mit Normal- und Kühlfächern sowie „LateBird“-Container mit 600 Artikeln in Deutschland gegenüber.

Ein LandVersorgt-Projekt in der Gemeinde Kirchlinteln, Niedersachsen, will in einer Dorfregion mit 2 500 Einwohner*innen in acht Dörfern – mit nur noch einem Dorfladen – neue Wege gehen und einen 180 m²-Dorfmarkt zum Hybrid-Dorfladen umwandeln, per Elektro-Kleinbus bestellte Ware ausliefern und Menschen zum selbstbestimmten Einkaufen fahren. Erprobt werden sollen auch Abhol-Stationen und die Einrichtung von Bestell- und Abhol-Cafés z. B. in Dorfgemeinschaftshäusern, um die ländliche Nahversorgung zu verbessern. Die Erkenntnisse aus den 15 LandVersorgt-Modellprojekten werden die Neuausrichtung der ländlichen Nahversorgung sicherlich zukunftsweisend beeinflussen.[2] ■ Günter Lühning

[2] In der Online-Veranstaltungsreihe „Zukunftsmodell Dorfladen“ von Agrarsozialer Gesellschaft e.V., dem Verein „Die DORFbegegnungsLÄDEN in Deutschland e.V.“ und dem Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. werden bis zum Jahresende in sieben weiteren Veranstaltungen ebenfalls unterschiedliche Typen kleiner Nahversorger („Tiny Stores“) sowie „Click & Collect“-Abholboxen behandelt.

Drehscheibe Neuenkirchen:

Multifunktionshaus schließt dörfliche Versorgungslücken

Uwe Hummert

Die Drehscheibe Neuenkirchen soll den Bürger*innen der Samtgemeinde als Dreh- und Angelpunkt für ihre Belange und als Treffpunkt dienen. Nach dem Motto „Wir bringen es zusammen – Menschen und Ideen unter einem Dach“ bietet die Drehscheibe professionelle externe Beratungsangebote, private Dienstleistungen, Informationen zu Tourismus und Kultur sowie ein Warenangebot in Ergänzung zum örtlichen Einzelhandel und hilft auf diese Weise, dörfliche Versorgungslücken zu schließen.

Das Projekt Drehscheibe Neuenkirchen wurde in einem leerstehenden Ladenlokal in der Nähe des Ortskerns umgesetzt. Eine Lenkungsgruppe, bestehend aus Bürger*innen der Mitgliedsgemeinden sowie Akteur*innen aus Verwaltung, Politik und der ortsansässigen Werbegemeinschaft, entwickelte Ideen und trieb den Umbau des Ladenlokals zu einem Mehrfunktionshaus voran; sie begleitet auch die Umsetzung weiterhin aktiv. Am 29. August 2017 öffnete die Drehscheibe ihre Türen.

Foto: privat

Uwe Hummert

Leiter Multifunktionshaus Drehscheibe, Samtgemeinde Neuenkirchen

hummert@neuenkirchen-os.de
www.neuenkirchen-os.de
www.facebook.com/DrehscheibeNeuenkirchen

Das Mehrfunktionshaus beruht auf vier Säulen:

- Shop-in-Shop (Vermietung kleiner Flächen an Gewerbetreibende): Das Shop-in-Shop-System bietet den Bürger*innen ein niedrigschwelliges Angebot und dient als sog. „Türöffner“: Der Shop mit regionalen und handwerklichen Erzeugnissen senkt die Hemmschwelle, in die Drehscheibe zu kommen und weitere Angebote, insbesondere die sozialen Beratungsangebote, in Anspruch zu nehmen.
- Beratungsangebote (extern): Vermittlung von Angeboten, u. a. der Agentur für Arbeit, Heilpädagogischen Hilfe, Caritas, Deutschen Rentenversicherung und des Landkreises Osnabrück
- Dienstleistungen: Hörgeräteakustiker (ein Beratungstag/Woche), Reinigung/Wäscherei (zwei Abholungen/Woche), Kopierer/Scanner, E-Book- und E-Bike-Ausleihe
- Informationen zu Tourismus- und Kulturangeboten: Flyer-/Prospektwand und Infoterminal[1]

[1] Ein kurzer Film vermittelt einen guten Eindruck vom Mehrfunktionshaus: www.nordsehen.tv/Videos/drehscheibe-neuenkirchen

Erfolgsfaktoren und Hemmnisse

Zentraler Erfolgsfaktor für das Projekt war die Einrichtung der Lenkungsgruppe, die ein breites Spektrum an Interessen, Kreativität und Offenheit vereint. Gerade die Politik spielt dabei eine wichtige Rolle, denn ohne deren Bereitschaft, die Daseinsvorsorge in der Samtgemeinde Neuenkirchen durch ein solches Projekt zu verbessern, wäre das Projekt nicht so gut gelungen. Auch in Zukunft führt die Samtgemeinde Neuenkirchen das Projekt weiter und finanziert es. Der Drehschreibe stehen u. a. Gelder für Personal, sachliche Ausgaben und für Werbung zur Verfügung.

Die Bürger*innen sind dem Projekt gegenüber positiv eingestellt und nehmen die Angebote vermehrt wahr, Veranstaltungen sind immer gut besucht. Insgesamt hat sich die Drehscheibe als Treffpunkt für alle Bürger*innen der Samtgemeinde Neuenkirchen etabliert. Die große Bereitschaft von Verwaltung und Politik, das Projekt mitzutragen, liegt in der hohen Akzeptanz durch die Bevölkerung begründet. Von den örtlichen Gewerbetreibenden wird die Drehscheibe, insbesondere der Shop-in-Shop, als Teil der Gewerbestruktur vor Ort akzeptiert. Sie ist nicht als Konkurrenz, sondern Ergänzung zu anderen Angeboten vor Ort zu sehen.

Dementsprechend soll das Konzept weiter ausgebaut werden, insbesondere durch die Ergänzung der bestehenden Angebote und die Ausweitung der Teilnahme an Festen, Aktionen und Events in der Samtgemeinde Neuenkirchen. Durch die ständige Weiterentwicklung der Angebotskombination sollen immer mehr Menschen angesprochen werden und in die Drehscheibe kommen. Die Drehscheibe wird als ein zentraler Bestandteil der ganzheitlichen Entwicklung der Samtgemeinde Neuenkirchen gesehen. U. a. ist geplant, sie verstärkt in die örtlichen Verwaltungsstrukturen einzubinden und eine engere Zusammenarbeit mit der Gemeinde zu erreichen. Z. B. soll das bestehende Bürgerportal „Open Rathaus“ in die Drehscheibe eingegliedert werden. Auf dieser Plattform können die Bürger*innen bereits digitale Verwaltungsdienstleistungen in Anspruch nehmen, Termine buchen oder sich für Veranstaltungen anmelden. Außerdem sind die Strukturen der Drehscheibe langfristig ein wichtiges Element in der strategischen Planung zukünftiger Projekte wie z. B. der sozialen Dorfentwicklung in der Samtgemeinde Neuenkirchen und der geplanten „Dorfküche“ im Nachbarort Voltlage. Zu guter Letzt soll die Arbeit der Drehschreibe auf die anderen beiden Mitgliedsgemeinden ausgeweitet werden. In sog. Satellitenstellen sollen Beratungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürger*innen angeboten werden. Da dies aber mit einem sehr hohen Aufwand an Organisation und Personal verbunden ist, wird dieser Projektbaustein voraussichtlich nicht in gleichem Umfang wie die Drehscheibe ausgebaut werden können.[2]

Foto: Uwe Hummert

Foto: Uwe Hummert

[2] Am 29.9.2021 wird Projektleiter Uwe Hummert das Mehrfunktionshaus Drehscheibe in der ASG-Online-Seminarreihe „Zukunftsmodell Dorfladen“ vorstellen.

Die Agrarsoziale Gesellschaft gratuliert …

… StS a.D. Dr. Martin Wille zum 80. Geburtstag

Dr. Wille, von 2010 bis 2016 ASG-Vorsitzender und seit 2016 Ehrenmitglied des ASG-Vorstandes, beging am 30. Juni 2021 seinen Geburtstag. Dr. Willes berufliche Laufbahn führte ihn nach dem Studium von Landwirtschaft und Volkswirtschaftslehre sowie seiner Promotion in Göttingen zunächst ins Bundeslandwirtschaftsministerium, anschließend ins Bundeskanzleramt. Mitte der 80er Jahre wechselte er in das nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerium, wo er zuletzt Abteilungsleiter war. Von 1998 bis 2002 war er beamteter Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, danach engagierte er sich u. a. als Regierungsberater für das bulgarische Landwirtschaftsministerium sowie im SPD-Parteivorstand. Als Vordenker der deutschen und europäischen Agrarpolitik hat er sich viele Jahre mit Fragen einer zukunftsfähigen landwirtschaftlichen Produktion auseinandergesetzt.

… StS a.D. Dr. Aloys Altmann zum 75. Geburtstag

ASG-Kuratoriumsmitglied Dr. Aloys Altmann beging am 28. April 2021 seinen Geburtstag. Der promovierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler war von 1998 bis 2001 Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium in Sachsen-Anhalt, anschließend bis 2003 in gleicher Position im Landwirtschaftsministerium in Schleswig-Holstein. Von 2004 bis 2013 war er Präsident des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein und ist seitdem Präsident des Bundes der Steuerzahler in Schleswig-Holstein. Von 1999 bis 2001 hat sich Dr. Altmann im ASG-Kuratorium engagiert, anschließend zwischen 2001 und 2004 im ASG-Vorstand und seit 2011 wieder im Kuratorium.

… Dr. Gerd Wesselmann zum 70. Geburtstag

Der promovierte Landwirt beging seinen Geburtstag am 1. April 2021. Er bewirtschaftete den elterlichen landwirtschaftlichen Betrieb bis zur Übergabe an einen seiner Söhne 2010. Bis 2016 war Dr. Wesselmann Direktor des Bereichs Landwirtschaft bei der Westdeutschen Genossenschafts-Zentralbank (WGZ). Darüber hinaus ist er landwirtschaftlicher Sachverständiger und Unternehmensberater mit eigenem Beratungsbüro. Von 2003 bis 2017 vertrat Dr. Wesselmann die WGZ im Kuratorium der ASG.

… Ministerin a.D. Dr. Juliane Rumpf zum 65. Geburtstag

Die Vorsitzende des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. (seit November 2016) beging ihren Geburtstag am 8. Mai 2021. Dr. Rumpf war nach dem Studium der Agrarwissenschaften in Kiel wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Milcherzeugung der Bundesanstalt für Milchforschung in Kiel und hat 1983 im Fach Haustiergenetik promoviert. 1985 wechselte sie ins Finanzministerium von Schleswig-Holstein und war dort zuletzt als Abteilungsleiterin der Haushaltsabteilung tätig. Von 2009 bis 2012 leitete Dr. Rumpf das schleswig-holsteinische Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume. Seit Juni 2018 ist sie Kreispräsidentin des Kreises Rendsburg-Eckernförde. Dr. Rumpf setzt sich bei ihrer Arbeit u. a. stark für gleichwertige Lebensverhältnisse, insbesondere den Ausbau des Breitbandnetzes im ländlichen Raum, sowie für die Qualifizierung junger Menschen in der Landwirtschaft ein.

*Die ASG wünscht den Jubilar*innen zu ihren besonderen Geburtstagen und für die Zukunft alles Gute, vor allem beste Gesundheit, und freut sich auf weitere Jahre einer konstruktiven Zusammenarbeit im Sinne der Menschen in der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen.*

Gutes Leben auf dem Land?

Imaginationen und Projektionen vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart

Werner Nell, Marc Weiland (Hrsg.), Bielefeld: transcript 2021, Rurale Topografien Bd. 12, 632 S., ISBN 978-3-8376-5425-7, 49,00 € (Print), ISBN 978-3-8394-5425-1, 48,99 € (eBook).

Bilder eines guten Lebens auf dem Land haben aktuell wieder Konjunktur. In ihrer Einleitung beleuchten die Herausgeber die lange Geschichte der Instrumentalisierung von Vorstellungen des Ländlichen. Gegliedert nach Konzeptionen, Imaginationen und Projektionen analysieren die weiteren Beiträge des Sammelbandes die Wahrnehmungen und Bedürfnisse, die denVorstellungen eines guten Lebens auf dem Land während der letzten gut 200 Jahre und heute zugrunde liegen. Dabei ergibt sich ein weiter Bogen von Repräsentationen des Ländlichen in literarischen Werken von Johann Heinrich Voß über Karl May bis Juli Zeh, im Heimatfilm sowie im modernen Zombie-Film, bis hin zu Ländlichem in der Lebensmittelbranche. za

Das Landleben

Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform

Werner Bätzing. München: C.H.Beck 2020, 2. Aufl., 302 S., ISBN 978-3-406-74825-7, 26,00 € (Print), 19,99 € (eBook).

Um eine Antwort darauf zu finden, was „das Landleben“ eigentlich ist, wodurch es sich vom Leben in der Stadt unterscheidet und ob es in der modernen globalisierten Welt überhaupt noch gebraucht wird, zeichnet der Autor die historische Entwicklung des „Landlebens“ von Beginn der Sesshaftwerdung und Einführung der Landwirtschaft bis heute nach. Beginnend mit der Industriellen Revolution setzt dabei seiner Ansicht nach eine Entwertung des Landlebens ein, die bis heute anhält. Verschiedene Szenarien für die mögliche zukünftige Entwicklung ländlicher Räume führen in seinen Augen im Ergebnis alle zu einem Verschwinden ländlicher Lebens- und Wirtschaftsräume. Da es jedoch zu den „normativen Voraussetzungen dieses Buches gehört, dass Stadt und Land zwei komplementäre Lebenswelten sind, die nur gemeinsam ein ‚gutes Leben‘ ermöglichen“, präsentiert Bätzing abschließend fünf Leitideen, wie z. B. die Aktivierung eigener regionaler und kultureller Identitäten, die Nutzung regionaler Potenziale zur Stärkung der regionalen Wirtschaft oder die multifunktionale Ausgestaltung ländlicher Infrastrukturen, die aber überwiegend wenig Neues zu bieten haben. za

Zukunft Dorf. Dorfentwicklung in Niedersachsen

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Hannover 2021, 70 Seiten. Kostenlos abrufbar unter www.ml.niedersachsen.de/download/169344/Broschuere_Zukunft_Dorf_DORFENTWICKLUNG_IN_NIEDERSACHSEN.pdf

Die Broschüre soll bei der Entwicklung und Gestaltung von Dörfern und Dorfregionen, bestehend aus zwei bis fünf Dörfern, unterstützen. Sie richtet sich an Dorfbewohner*innen, Gemeinden und Planungsbüros und will Anregungen geben, wie eine Dorfentwicklung initiiert und unterstützt werden kann. Mit ihr wird der Erfahrungsschatz aus über 35 Jahren Dorfentwicklungsprogramm weitergegeben. Es werden Tipps, Hinweise und Beispiele, auch für Fördermöglichkeiten, gegeben. fa

Zukunftsfähige Konzepte zur Lebensmittelnahversorgung in Dörfern – eine sozial-empirische Analyse moderner Konzepte in Deutschland

Nora Hartmann. Masterarbeit im Fach Regionalmanagement und Wirtschaftsförderung an der HAWK Göttingen. Mai 2021.

Im Rahmen der Masterarbeit wurden neun verschiedene Konzepte der Lebensmittelnahversorgung aus ganz Deutschland untersucht. Als Grundlage dienten Experteninterviews.

Aufgrund unterschiedlicher Voraussetzungen der Läden und Initiativen lassen sich nur bedingt verallgemeinernde Aussagen treffen. Als wichtig für fast alle stellte sich jedoch das Angebot regionaler Lebensmittel, die Integration weiterer Angebote – etwa ein Café – sowie die Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit heraus. Unterschiede konnten beim Kontakt zu politischen Institutionen, beim Erhalt von Fördermitteln sowie in der Bedeutung des Ehrenamts und der Vernetzungsarbeit festgestellt werden. Die Ergebnisse machen deutlich, dass es für eine erfolgreiche ländliche Lebensmittelnahversorgung engagierter Menschen bedarf.

Kontakt für weitere Informationen: nora.hartmann@posteo.de

Neue und innovative Formen der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte – Analyse und Erarbeitung von Handlungsempfehlungen

Michael Böhm und Christine Krämer. ECOZEPT GbR, Freising, und Projektbüro mareg, Ippesheim, 2020.

Auf Basis von Fachliteratur und agrarstrukturellen Daten auf Bundes- und Landesebene wird der Status Quo der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte erhoben. Weiterhin werden Expert*innen aus Politik und Beratung, direktvermarktende Betriebe und Konsument*innen befragt sowie die Stärken und Schwächen von zehn besonders innovativen Direktvermarktungsmodellen in Deutschland, Frankreich und der Schweiz analysiert. Anhand dieser Daten identifizieren die Autor*innen vier Spannungsfelder und zehn Trends in der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Zum Schluss werden Handlungsempfehlungen für Beratung, Politik und Betriebe in einem Leitfaden zusammengefasst.

Abrufbar unter: www.orgprints.org/id/eprint/37311

Ernährung 4.0: Wie nachhaltig sind digitale Plattformen zum Erwerb von Lebensmitteln?

Kurzpapier zur Analyse der Wertschöpfungs- und Nachhaltigkeitseffekte digitaler Plattformen im Bereich Ernährung. Cara–Sophie Scherf und Dr. Nele Kampffmeyer, Öko-Institut e.V., Berlin, 2020.

Die Autorinnen untersuchen, welche Typen digitaler Plattformen für den Erwerb von Lebensmitteln existieren und welche Geschäftsmodelle diesen zugrunde liegen. Weiterhin analysieren sie, in welchem regionalen Kontext diese Plattformen stehen und zu welchen positiven und negativen Auswirkungen im Bereich Nachhaltigkeit sie führen können. Es zeigt sich, dass das digitale Angebot für den Erwerb von Lebensmitteln wenig heterogen ist. Beim regionalen Bezug gibt es hingegen Unterschiede. Für Nachhaltigkeitseffekte von digitalen Plattformen spielen verschiedene Faktoren eine Rolle, z. B. ob durch sie der Absatz von regionalen und Bio-Produkte, der Aufbau stabiler Lieferantenbeziehungen oder die Zahlung fairer Preise gestärkt wird, welche Logistiklösungen zum Einsatz kommen und wie die Waren verpackt werden.

Abrufbar unter:
www.oeko.de/publikationen/p-details/ernaehrung-40-wie-nachhaltig-sind-digitale-plattformen-zum-erwerb-von-lebensmitteln

Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG) ist ein gemeinnütziger Verein, der sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen einsetzt.

In ihrer Arbeit verknüpft die ASG wissenschaftliche Forschung, Gutachtertätigkeit, Bildung, Politik und Öffentlichkeitsarbeit.

Zu den bearbeiteten Themenfeldern gehören Agrar-, Sozial- und Umweltpolitik, Dorf- und Regionalentwicklung, Nachhaltigkeit und Ökologie, Strukturwandel in Landwirtschaft und ländlichen Räumen sowie Mensch, Gesellschaft und Umwelt.

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber
Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG)
Postfach 1144
37001 Göttingen
Tel. (0551) 4 97 09-0
Fax (0551) 4 97 09-16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Geschäftsführung
Dipl.-Ing. agr. Michael Busch
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning

Redaktion
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
Karin Zander M. A.
Dagmar Babel M. Sc.

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autor*innen wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Layout
Mirko Wende, www.mirkomedia.de

Druck
Kunst- und Werbedruck, Bad Oeynhausen

Nachdruck und sonstige Verbreitung
Mit Hinweis auf die Erstveröffentlichung und mit Bitte um ein Belegexemplar.

Ländlicher Raum
erscheint viermal im Jahr (jeweils zum Ende eines Quartals).
Bei der dritten Ausgabe handelt es sich um ein themenorientiertes Schwerpunktheft mit doppeltem Umfang.

Die Zeitschrift ist auch online auf der ASG-Website als pdf verfügbar. Abonnent*innen können zusätzlich oder alternativ zur Print-Ausgabe auch die Online-Ausgabe per E-Mail erhalten.

Preise
Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum" beträgt 36,- € plus Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag (90,- €, Studierende 36,- €) enthalten.

Konto
Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE 57 2605 0001 0001 087 006
BIC: NOLADE21GOE

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Recyclingpapier.

Gefördert durch:

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

rentenbank

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

ASG Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

„Gleichwertige Lebensverhältnisse“

Schwerpunktheft 03/2020

Eine ganze Reihe von Untersuchungen haben in den letzten Jahren die Lebensverhältnisse in Deutschland unter die Lupe genommen und die Unterschiede zwischen Regionen herausgearbeitet. Diese gibt es nicht nur zwischen Stadt und Land, sondern auch zwischen Land und Land, Stadt und Stadt, zwischen Ost und West, Nord und Süd. Seit Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu gleichwertigen Lebensverhältnissen vor etwa zwei Jahren, ist die Frage wieder stärker in den Vordergrund getreten, wie mit diesen Unterschieden umzugehen ist und wie nach Möglichkeit allen Menschen in diesem Land gleiche Lebenschancen ermöglicht werden können.

Die Beiträge dieses Heftes behandeln verschiedene Aspekte gleichwertiger Lebensverhältnisse. Zum einen geht es um die Frage, wie sich Gleichwertigkeit überhaupt bestimmen lässt, welche Parameter dabei einzubeziehen sind und in welcher Form (z. B. als Mindeststandards). Zum anderen haben wir einzelne Lebensbereiche herausgegriffen und betrachten sie näher in Bezug auf Gleichwertigkeitsdefizite und Möglichkeiten zu ihrer Überwindung. Dies ist erstens der Bereich des Wohnungsangebots – vor allem in Dörfern und insbesondere mit Blick auf junge Menschen –, zweitens der Bereich der Digitalisierung, der infolge der Coronakrise wie kaum ein anderer in den Blickpunkt geraten ist, und drittens der Bereich der kommunalen Finanzen. Für einen großen Teil der Infrastruktur müssen die Kommunen als die unmittelbar Zuständigen vor Ort Geld investieren, welches vielerorts nicht vorhanden ist. Mehrere Beiträge beleuchten deshalb die Gründe für die finanzielle Schieflage und machen Vorschläge für eine Entschuldung und angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen.

„Flächenverbrauch“

Ausgabe 01/2021

2030 sollen in Deutschland weniger als 30 Hektar Fläche pro Tag (aktuell ca. 56 ha/Tag) neu in Anspruch genommen werden – so lautet das flächenbezogene Nachhaltigkeitsziel der Bundesregierung. Die bisher gemachten Vorgaben (wie z. B. Innenentwicklung vor Außenentwicklung) oder eingesetzten Instrumente (beispielsweise Ökokonten) lassen jedoch viele Spielräume bzw. werden durch andere konträre Maßnahmen wie das Baukindergeld, die Pendlerpauschale oder § 13b des Baugesetzbuches in ihrer Wirksamkeit gemindert. Leidtragende ist neben der Natur zumeist die Landwirtschaft, betreffen neue Flächenausweisungen doch größtenteils landwirtschaftlich genutzte Böden.

Die Beiträge in diesem Heft diskutieren die Auswirkungen eben jenes § 13b auf die Bautätigkeit im Außen- und Innenbereich, Erleichterungen für die Umnutzung zu Wohnzwecken im Außenbereich sowie die Wirksamkeit von Ökokonten für den Bodenschutz; sie werfen einen Blick auf den Flächenverbrauch im Vergleich zur Gemeindegröße und auf das Missverhältnis zwischen den CO_2-Reduktionszielen im Gebäudesektor und dem seit den 1960er Jahren stetig gestiegenen Pro-Kopf-Bedarf an Wohnfläche.

Im Interview: Prof. Dr. Dirk Messner, Präsident Umweltbundesamt und Prof. Dr. Achim Spiller, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) beim BMEL

Weitere Themen im Heft: 50 Jahre Bayerischer Weg der Agrarpolitik, erfolgreiche metropolenferne Regionen, resiliente Dörfer in Europa

Einzelpreis 9,- €

Zu beziehen bei:

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Kurze Geismarstr. 33
37073 Göttingen

Tel. (0551) 4 97 09 - 0
Fax (0551) 4 97 09 - 16
info@asg-goe.de

oder über das Bestellformular auf
www.asg-goe.de/bestellen